

Name: Etzdorf, Walther v.	ZS Nr. 1926	Bd. I	Vermerk:
katalogisiert Seite: 1 - 51			
Sachkatalog:		Personen:	
Arbeit III - Arbeitsbeschaffg.		Cordemann, R.H.	
" - Arbeitslosigkeit		Etzdorf, Walther v.	
Geld III - Kredite		Furtwängler,	
Sozialpolitik III - Wohnungen		Gebhardt,	
Wehrm. III - Verh.z. NSDAP		Gereke, Günther. Dr. RK f.ArbBeschaffg.	
Wirtsch.II - 2.Deutscher Erwerbs- losenverband		Herpel, Ludwig. Dr.	
		Schleicher, Kurt v. Gen.	
		Straßer, Gregor. Wdr	
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:		Personen:	
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:		Personen:	
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:		Personen:	

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

Institut für Zeitgeschichte Archiv

AUSGLEICHSKASSE IN RENDSBURG E.G.M.B.H. + AUSGLEICHSKASSE IN RENDSBURG E.G.M.B.H. + AUSGLEICHSKASSE

Ausgleichskasse in Rendsburg
e. G. m. b. H.

AUSGLEICHSKASSE IN RENDSBURG E.G.M.B.H. + AUSGLEICHSKASSE IN RENDSBURG E.G.M.B.H. + AUSGLEICHSKASSE

Nr. A **00618**

Ausgleichscheck über **3.— RM.**

Übertragen Sie zu Lasten meiner / unserer Ausgleichsrechnung

an

~~32799~~

Westholsteinische Bank
Rendsburger Filiale
74785

Drei Reichsmark

Nur zur Verfügung
den

(Ausstellungsort)

An die
Ausgleichskasse in Rendsburg
e. G. m. b. H.

Wassergasse 193
Bismarckstr.
Niederrig.
Barmstedt

Empfänger

(Stempel, Unterschrift)

3182

AUSGLEICHSKASSE IN RENDSBURG E.G.M.B.H. + AUSGLEICHSKASSE IN RENDSBURG E.G.M.B.H. + AUSGLEICHSKASSE

Dieser Ausgleichscheck ist durch Guthaben des Ausstellers auf
Ausgleichsrechnung voll gedeckt. Er wird jedem Ueberbringer
auf Ausgleichsrechnung feibergelt voll gutgefordert.

Ausgleichskasse in Rendsburg

e. G. m. b. H.

H. N. Pannen

Von **Wilh. Ahmann, Kiel**
zur Einziehung gesandt an
Westholsteinische Bank

[Handwritten signature in blue ink]

Archiv

23-1926-2

[Faint handwritten text at the top of the page]

Papiere des Herrn Walther von Etzdorf,
in Sommer 1963 dem IfZ zur Einsichtnahme
vorübergehend zur Verfügung gestellt.

Zeitungsausschnitte über Dr.Günther Gereke ("Spiegel"
vom 12.6.48) und über den sog.Gereke-Kreis (FZ, 20.12.32).
Der "Gereke-Plan", abgedruckt in der Zeitschrift "Die
Autobahn" 5 (1932), Heft 12.

Eine Äußerung Dr.Lübberts im "Tag" vom 10.11.32, ferner
Ausschnitte aus d."Täglichen Rundschau". Notizen über
den Gedanken der zinslosen Kreditschöpfung (Dr.Herpel
und v.Etzdorff). Interessante Andeutungen der kommunist.
"Welt am Abend" (18.8.32) über die Gewerkschafts-Querachse
mit Namensnennung: Gregor Strasser, Furtwängler, Graf
Reventlow, Dr.Gereke, Cordemann, Dr.Herpel, v.Etzdorff,
Gebhardt (Reichsbanner).

Satzung der Ausgleichskasse Rendsburg e.G.m.b.H.
(mit Beispiel eines "Ausgleichsschecks" über RM 3.--)

Hdschr.Aktennotiz (v.Etzdorffs) über eine Sitzung im Preußi-
schen Handelsministerium am 21.Oktober 1931 unter Vorsitz
des Staatssekretärs Staudinger.

Weitere Papiere betr. den "Allgemeiner Verband für Arbeits-
beschaffung und Erwerbsförderung e.V." und den "Kampfbund
für Steuerfreiheit und Eigentumswirtschaft"; ferner Be-
schreibung des "Dickel-Herpelschen Ausgleichskassen-Systems".

18.7.63

Kopiert

Institut für Zeitgeschichte i. G. H. V.	
Akt. 3813/68	Dok. ZS 1862
Rep.	dat. v. Mei.

Walther von Etzdorf

33 Braunschweig , 26. 12. 63

bitte mit verantwortlich unt!

Schuhstr. 15

Hans v. Etzdorf

Beitrag zu Thilo Vogelsang

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 3813/67	Post. 75 1926
Rep. /	Kat. v. Hu

" Reichswehr, Staat und NSDAP "

I

Zur Kenntlichmachung meines späteren Einsatzes im Kampf gegen die NSDAP bzw. Hitler sei vorweg folgendes bemerkt:

Ich war vom Jahre 1918 bis zum Zusammenbruch im November 1918 1. Adjudant beim Chef des Kriegsamtes, General Scheüch. In diesem Amt lief die gesamte Kriegswirtschaftsführung zusammen. Für die einzelnen Fachgebiete waren die besten und hervorragendsten Kenner tätig. So wurde es mir möglich, Einblick in wirtschaftliche Zusammenhänge zu gewinnen aus den für den Chef bestimmten Berichten und Unterhaltungen mit den sachbearbeitenden Herren.

Nach Gründung des Reichswehrministeriums im Oktober 1919 wurde ich als Referent berufen und im Februar 1920 mit der Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung betraut. Zugleich war ich Verbindungsoffizier mit dem Reichswirtschaftsministerium und den Auslandsstellen des Auswärtigen Amtes und wurde stellvertretender Kommissar beim vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Ich erlebte damals die enge Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik. Es ging damals hauptsächlich um die Frage einer möglichen Abwehr von Angriffen aus dem Osten, später dann erweiterte sich der Arbeitsbereich auf mögliche Auseinandersetzungen mit den westlichen Siegermächten. Bis zu meinem Abschied im Dezember 1920 war ich ständig bei den wöchentlich einmal stattfindenden Lagebesprechungen und lernte dort den damaligen Oberstleutnant von Schleicher kennen. Ich hatte über Wirtschaftsfragen im allgemeinen und im Hinblick auf die voraussichtlichen und möglichen Auseinandersetzungen mit den Gegnern in Ost und West zu berichten.

Nach meinem Ausscheiden aus der Reichswehr bin ich in wirtschaftlichen Unternehmungen - teils als Angestellter, teils selbständig - tätig gewesen und habe bei Reisen das ganze europäische Ausland kennengelernt.

Im Jahre 1925 schloß ich mich einem Arbeitskreis an, der sich mit einer grundlegenden wirtschaftlichen Neuordnung befaßte, die weder auf kapitalistischen noch auf sozialistischen Grundsätzen fußen sollte und die nicht durchzusetzen war, wenn wir uns nicht auch in die Innenpolitik einschalteten. Dieser Arbeitskreis stand unter Führung der Herren Dr. O. Dickel und Dr. Ludwig Herpel. 1930 glaubten wir, mit unseren Arbeiten so weit zu sein, einen praktischen Versuch damit machen zu können. Es kam zur Gründung einer Ausgleichskasse in Rendsburg. Der dortige Landrat und frühere Major I.G. Steltzer war bereit, mit uns zusammenzuarbeiten. Es war die Zeit, in der die Landbevölkerung unter Führung "Der Schwarzen Fahne" unruhig war und die Regierung das größte Interesse daran hatte, Versuche zu unterstützen, diesen zerstörerischen Kräften entgegenzuwirken. Herr Steltzer machte die Unterstützung unseres Vorhabens davon abhängig, daß wir das Einverständnis des damaligen preußischen Innenministers Carl Severing einholten. Ich übernahm auf Bitten meiner Freunde die Aufgabe, Severing für unsere Überlegungen zu gewinnen. Es gelang mir, Severing von der Möglichkeit einer zinslosen Kreditgewährung unter besonderen Umständen zu überzeugen, und so konnte die Ausgleichskasse in Rendsburg ihre Arbeit beginnen. Ziel war, auf der Grundlage gegenseitiger genossenschaftlicher Verpflichtungen zinslose Kredite für volkswirtschaftlich produktive Aufbauarbeiten, wie z.B. Meliorationen, Eindeichungen, Straßenbau usw. zu ermöglichen.

Die hierauf bezüglichen ins einzelne gehenden Unterlagen liegen bei.
(Anlage 1)

Im gleichen Zuge gründete ich mit früheren Anhängern der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei den Deutschen Erwerbslosenverband 1930. In Zusammenarbeit mit dem Preußischen Landwirtschafts-Ministerium (Staatssekretär Krüger); und mit Unterstützung von Minister Severing hat der Verband bis zum Jahre 1933 auf dem aufgesiedelten Großgrundbesitz in Werneuchen/Wegedorf und Blumberg/Elisenau 500 Siedlungshäuser mit 2 bis 20 Morgen Land errichtet. Zweck war, den Versuch zu machen, arbeitslose Industriearbeiter so weit selbsthaft zu machen, daß sie, wie es im Württembergischen Raum gang und gebe war, wenigstens ihren eigenen Lebensunterhalt aus eigener Scholle gewinnen konnten. 1933 wurde der Verband von der NSDAP aufgelöst.

(Anlage 2)

Sowohl bei unseren Bemühungen in Rendsburg wie auch bei den Siedlungsbemühungen kam es ständig zu schweren Auseinandersetzungen in Diskussionen mit Vertretern der NSDAP.

Als die "Ausgleichskasse Rendsburg" durch ihre Erfolge Ende 1931 uns die Gewähr zu leisten schien, unser Verfahren im vergrößerten Maßstab anzuwenden, haben wir uns an das Preußische Innenministerium gewandt.

In mehrfachen Besprechungen mit Minister Severing sollte uns die Möglichkeit gegeben werden, in dem durch den Korridor vom deutschen Reich abgetrennten ostpreußischen Raum entsprechende Ausgleichskassen aufzuziehen. Bevor wir aktiv werden konnten, wurden diese Bestrebungen durch einen Eingriff der Reichsbank zunichte gemacht, die unser Ausgleichskassen-System und die in diesem verwandten Schecks, die durchaus dem deutschen Scheckgesetz entsprachen, als Notgeld erklärte. Es kam zu einer von mehreren Ministern beschickten Sitzung, in der die Frage, ob Notgeld oder nicht, behandelt wurde. Als wir gegen die vorgesehene Maßnahme der Liquidierung Einspruch erhoben, wurde dieser abgelehnt, und die Ausgleichskasse Rendsburg mußte abgelöst werden.

(Anlage 3)

Weil wir der festen Überzeugung waren, daß wir aufgrund der reibungslos verlaufenen Kreditierung nach unserem System die Möglichkeit in der Hand hatten, die Arbeitslosigkeit beseitigen helfen zu können, entschlossen wir uns Anfang des Jahres 1932, an einen uns geeignet erscheinenden größeren Verband beizutreten, der in ganz Deutschland seine Vertretungen hatte. So kam es zur Fühlungnahme mit dem deutschen Landgemeindetag und seinem Präsidenten, Herrn Dr. Gereke. Nach eingehenden Rücksprachen und Einreichung unserer schriftlichen Unterlagen, entschloß sich das Präsidium des Landgemeindetages, unserer Anregung zu folgen und einen Arbeitsausschuß zur Vorbereitung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zu bestellen, dessen Leitung ich übernahm. Nach 3 Monaten vorbereitender Arbeit konnte der Entwurf für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm dem Präsidenten des Landgemeindetages vorgelegt werden. Bei den Verhandlungen mit den Herren des Präsidiums, an denen Dr. Herpel und ich teilnahmen und bei denen es zur Annahme unseres Entwurfes kam, überzeugte ich mich persönlich davon, daß die Stoßkraft der in den Landgemeindetagen sitzenden Vertreter aller damaligen Parteien nicht genügen würde, um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und damit die Sicherung der deutschen Zukunft zu erreichen.

Ich faßte daher den Entschluß, auf eigene Verantwortung den Versuch zu machen, weitere aufbauwillige und nicht parteigebundene Verbände und Organisationen in Deutschland für diesen Gedanken zu interessieren. Das Ergebnis war durchaus positiv. Vom Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold" wurde der zweite Vorsitzende, Herr Gebhardt, vom "Stahlhelm" der Mitarbeiter von Herrn Dr. Erich Lübbert, Hauptmann a.D. Eckstein, von den "Freien Gewerkschaften" Herr Joseph Furtwängler beauftragt, ihre Verbände bei der Veröffentlichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms vor der Presse, das dann den Namen "Gereke-Programm" erhielt, zu vertreten. Gleichfalls waren die Gespräche mit der NSDAP erfolgreich. Der Hauptmann a.D. R.H. Cordemann, der Vertreter des Wirtschaftssachverständigen der NSDAP und früheren Majors i.G. Dr. Wagener war, wurde seitens der NSDAP bestimmt, in unserer Gemeinschaft mitzuarbeiten.

(Anlage 4)

Für diese Zusammenfassung der parteiungebundenen Kräfte und der Strassergruppe der NSDAP schufen wir den Begriff "Querfront".

Der Gedanke des "Reichskommissariats für Arbeitsbeschaffung" und sein Name stammten von Dr. Herpel und mir, und wir bewegten Dr. Gereke dazu, dieserhalb mit Schleicher zu sprechen. (S. 329 oben).

Die eingehenden Rücksprachen mit Herren des RWM, die teils über Cordemann und Dr. Gereke, teils über mich für die "Querfront" geführt wurden, ergaben den Entschluß, daß ich über Cordemann unmittelbar mit Gregor Strasser Fühlung aufnahm. Strasser wurde gebeten, Hitler dazu zu bewegen, einer Vizekanzlerschaft und der Übernahme auch des Innenministeriums durch Strasser im Falle der Bildung eines Kabinetts von Mitgliedern der Querfront unter Schleicher zuzustimmen. Strasser kam aus München mit der Einwilligung Hitlers zurück. Nur wollte sich Hitler weiterhin den Kampf gegen den Kommunismus durch seine NSDAP vorbehalten. Nach Übermittlung dieser Zusage hatte sich Göring, der von dieser Entwicklung erfahren hatte, bei Schleicher eingefunden und darum gebeten, auch in das vorgesehene Kabinett aufgenommen zu werden. Ihm wurde bedeutet, daß darüber Hitler befragt werden müsse. Wieder wurde Strasser durch mich gebeten, unmittelbar Hitlers Stellungnahme dazu einzuholen. Strasser fuhr erneut nach München und kam mit der strikten Anweisung zurück, nur Strasser solle die NSDAP in dem vorgesehenen Kabinett vertreten. Als Göring sich bei Schleicher über Hitlers Entscheidung Gewißheit verschaffte, hat er nach Schleichers mir gegenüber gemachter Schilderung des Vorgangs, Schleicher mit Tränen in den Augen angefleht, ihn trotzdem in das Querfront-Kabinett aufzunehmen. Dieser Vorgang ist übrigens von Bredow gegenüber Cordemann bestätigt worden. Ich vermute, daß dieser Vorgang bzw. Schleichers Weitergabe mit zu seiner Ermordung beigetragen hat. Kabinett

Als Schleicher Endgültiges mit Strasser absprechen wollte, machte dieser mich darauf aufmerksam, daß Hitler selbst verhandeln wolle (S. 329/330) und erhielt von Hitler die Zusage, nach Berlin zu kommen. Gregor Strasser und ich gingen vom Hotel Exzelsior, wo wir uns stets trafen, zum Anhalter-Bahnhof, um Hitler zu empfangen. Wir warteten vergebens; Hitler war nach Weimar gefahren.

Als Schleicher unter den geschichtlich bekannten Bedingungen das Kanzleramt übernahm und wir davon erfuhren, haben Dr. Herpel und ich den Wortlaut für die Bestallung Dr. Gerekes als "Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung" entworfen. Er wurde nicht verändert und die Ernennung vom Reichspräsidenten mit dem vorgelegten Text vollzogen.

Dr. Gereke berief zu seinen Mitarbeitern Dr. Herpel, Cordemann (NSDAP), Gebhardt (Reichsbanner), Furtwängler (Freie Gewerkschaften) und Eckstein (Stahlhelm).

II.

Am 31. I. 1933 hörte ich von Dr. Gereke im Laufe eines Gespräches über das voraussichtliche Schicksal des Arbeitsbeschaffungsprogramms und seiner Behörde, des Reichskommissariats für Arbeitsbeschaffung im Zusammenhang mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler, daß am Sonntag, dem 29. I. 1933 durchaus noch nicht die Ernennung Hitlers festgestanden habe.

Dr. Gereke berichtete mir, daß im Laufe des Tages - ob am Vor- oder am Nachmittag, ist mir nicht mehr in Erinnerung - der Oberst Oskar Hindenburg im Auftrag des Reichspräsidenten bei ihm erschienen sei und ihn gebeten habe, beim derzeitigen Reichskanzler von Schleicher festzustellen, unter welchen Bedingungen dieser bereit sei, erneut das Kanzleramt zu übernehmen. Er, Gereke, sei dann bei Schleicher gewesen, um der Bitte des Reichspräsidenten zu entsprechen.

Schleicher habe folgende Bedingungen gestellt:

1. Der Oberst Oskar von Hindenburg müsse aus der unmittelbaren Umgebung seines Vaters verschwinden und ein Frontkommando erhalten;
2. der Reichspräsident müsse die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages erteilen und
3. der Bildung eines Kabinetts mit nichtparteigebundenen Mitgliedern zustimmen.

Natürlich sei schon an Punkt 1. die Rückfrage als aussichtslos gescheitert, wenn auch nach dem zwielfichtigen Verhalten von Oskar Hindenburg Schleicher gegenüber die Forderung durchaus zu verstehen sei: (Herr Dr. Gereke lebt z.Zt. in Ostberlin). Diese Mitteilung war für mich so aufregend, daß ich mich entschloß, mir persönlich von Schleicher die Bestätigung zu holen.

Am 1. oder 2. Februar 1933 - des genauen Datums kann ich mich nicht mehr erinnern - suchte ich Schleicher in seiner Wohnung im Reichswehrministerium auf. Er empfing mich durchaus gelassen und antwortete bereitwillig auf meine Frage, ob die mir von Dr. Gereke genannten Bedingungen tatsächlich zuträfen. Schleicher bestätigte die Richtigkeit der Mitteilung von Dr. Gereke.

Als ich ihm daraufhin sagte, es wäre ihm doch wohl klar gewesen, daß der Reichspräsident diese erste Bedingung nicht hätte annehmen können, weil ihm sein Sohn und dessen Frau bei seinem Zustand einfach unentbehrlich wären, antwortete Schleicher: "Natürlich war mir das klar." Als ich daraufhin fragte, warum er denn dann diese Bedingung gestellt und damit seine neuerliche Kanzlerschaft unmöglich gemacht habe, entgegnete mir Schleicher sinngemäß:

"Weil ich zu der Überzeugung gekommen bin, daß das deutsche Volk von Hitler nicht zu heilen ist, wenn er nicht auf der Bühne der Weltgeschichte selbst den Nachweis eines verbrecherischen Scharlatans erbringt."

Wenige Tage später habe ich auch Oberst von Reichenau im Reichswehrministerium aufgesucht, der Chef des Ministeramts und mir seit 1914 bekannt war.

Ich habe ihm unumwunden gesagt, daß ich mich veranlaßt sähe, ihm vor Hitler und den Parteigrößen, insbesondere vor Göring, den ich persönlich aus verschiedenen früheren Kontroversen im negativen Sinne gut kennengelernt hätte, zur äußersten Vorsicht im Interesse der Reichswehr zu raten. Reichenau hörte sich alles ruhig an, meinte aber abschließend, er würde schon auf der Hut sein.

Ich habe dann im Frühsommer 1933 Verbindung mit Schleicher wieder aufgenommen und ihn fast in jeder Woche einmal in seiner Babelsberger Villa aufgesucht. Auf Spaziergängen im Walde sprachen wir uns jeweils über die Entwicklung und die Lage aus. Bei einem dieser Spaziergänge teilte mir Schleicher mit, Reichenau sei bei ihm gewesen und aus der Unterhaltung mit ihm habe dieser durchblicken lassen, daß die Reichswehr schon einige Ernüchterung im Verkehr mit der Partei habe erfahren müssen. Das Gespräch konzentrierte sich dann zwischen Schleicher und mir auf die Frage, wie man der Reichswehr wohl helfen könne, ^xes ginge doch eigentlich darum, Hitler kaltzustellen, stimmte Schleicher zu. Im weiteren Gespräch machte ich dann folgenden Vorschlag: Da es für die Reichswehr doch um die Abwehr der Parteiforderung ginge, die SA zum zweiten Waffenträger neben der Reichswehr zu machen, solle man doch alle höheren SA-Führer aus dem Reich zu einer Besprechung über diese Frage in's Reichswehrministerium einladen. Es würden sicher alle kommen. Da mir die Räumlichkeiten im RWM bekannt waren, regte ich an, den großen Sitzungssaal zu wählen, der mehrere Ausgänge hatte und bald nach Beginn der Sitzung durch die verschiedenen Türen jeweils einige jüngere Offiziere mit geladener Pistole eintreten und die gesamten SA-Führer verhaften zu lassen. Ein seiner SA und ihrer Führer beraubter Hitler sei dann leicht zum Rücktritt zu zwingen, da Hitlers Machtanspruch an Deutschland im Sommer 1934 durchaus noch nicht gefestigt war. Schleicher war über diesen Vorschlag zunächst höchst verblüfft, fragte mich aber im weiteren Verlauf der Unterhaltung, in der wir das für und wider besprachen, ob ich bereit sei, meinen Vorschlag auch dem General von Hammerstein, dem damaligen Chef der Heeresleitung gegenüber zu wiederholen. Ich bejahte unter der Bedingung, daß er, Schleicher, mir die Zusammenkunft verschaffe und diese unter vier Augen stattfinde.

x Meiner Ansicht,

General von Hammerstein empfing mich dann bald darauf - es war wohl Ende Juli/Anfang August - zu der persönlichen Rücksprache. Ich wiederholte meine Anregung und machte dazu noch einige Bemerkungen. Die Unterhaltung endete nach etwa 1/2 Stunde. Hammerstein dankte mir für meine Ausführungen, natürlich ohne Stellung dazu zu nehmen.

Durch einen alten Regimentskameraden erfuhr ich dann vor einigen Jahren, als wir über die Vergangenheit sprachen, daß Hammerstein über meinen Vorschlag im vertrautesten Kreise gesprochen habe, daß man aber davon Abstand genommen habe, weil überall im RWM unter den jüngeren Offizieren NSDAP-Zellen gebildet worden seien und man nicht mit Sicherheit ein glattes Gelingen eines solchen Unternehmens vorhersagen könne.

Anfang Juni 1934 teilte mir Schleicher gelegentlich eines Besuches mit, daß man an ihn herangetreten sei, doch Fühlung mit dem obersten SA-Führer, dem Hauptmann a.D. Röhm aufzunehmen. Ich warnte Schleicher eindringlich vor einem derartigen Unternehmen. Gleichzeitig erbat er von mir für Reichenau eine Denkschrift über die Lösung einiger wirtschaftlicher Fragen nach unseren Einsichten. Es wurde nach Fertigstellung dieser Schrift in gemeinsamer Arbeit von Dr. Herpel und mir mit Schleicher ein Treffen zwischen ihm, mir und Reichenau für den 29. Mai 1934 nachmittags vereinbart. Als ich in Babelsberg erschien, teilte mir Schleicher mit, daß Reichenau erst gegen Abend kommen könne. Da ich so lange nicht warten konnte, gab ich Schleicher die Denkschrift.

Als ich vormittags am 30. Juni 1934 draußen anrief, bekam ich keine Verbindung. Bei einem erneuten Versuch aus einer Fernsprechkabine vor meinem Hause dasselbe. Als ich mich nach Hause begeben wollte, kam mir ein Bekannter entgegen, der Fühlung mit der SS hatte. Die SS wäre dabei, nach mir zu fahnden. Ich packte nur noch wenige Sachen zusammen und verschwand aus Berlin. Gesucht, aber nicht von der SS gefunden, kam ich erst nach 3 Monaten wieder nach Hause, als die Amnestie verkündet war.

Isallgus san fhydang

ZS-1926-11

Anlage 1

9-25

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

75-1926-12

Satzung der Ausgleichskasse Rendsburg o.G.m.b.H.

§ 1.

Die Genossenschaft fuehrt die Firma

Ausgleichskasse in Rendsburg,
Eingetragene Genossenschaft mit beschraenkter Haftpflicht,

und hat ihren Sitz in Rendsburg.

§ 2.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung von Krediten fuer die Mitglieder und die Erleichterung ihres Geldverkehrs. Soweit die Mitglieder Genossenschaften sind, koennen auch deren Mitglieder in den Kreditverkehr eingeschlossen werden.

Die Dauer des Unternehmens ist nicht beschraenkt.

§ 3.

Mitglieder der Genossenschaft koennen Industrielle, Landwirte, Handel - und Gewerbetreibende oder Handelsgesellschaften, Genossenschaften und rechtsfaehige Vereine, Koerperschaften des oeffentlichen Rechtes und rechtsfaehige Personen sein. Der Geschaeftsbereich der Genossenschaft ist das Deutsche Reich.

Die Beitrittserklaerung erfolgt schriftlich. - Die Aufnahme kann vom Vorstand ohne Angabe von Gruenden verweigert werden. Der Bescheid ist endgueltig. Das Eintrittsgeld betraegt Rm 10.00 (zehn Mark). Aenderungen desselben bestimmt die Generalversammlung.

§ 4.

Der Ausschluss eines Mitgliedes kann durch den Vorstand ausser aus gesetzlichen Gruenden auch dann erfolgen, wenn

- a) das Mitglied laenger als einen Monat mit den Einzahlungen im Rueckstand bleibt,
- b) wegen Rueckzahlung eines von der Genossenschaft empfangenen Darlehns gegen das Mitglied Klage erhoben ist,
- c) ueber das Vermoegen des Mitgliedes der Konkurs eroeffnet ist,
- d) das Mitglied seinen Wohn- und oder Geschaeftssitz ausserhalb des Deutschen Reiches verlegt.

Dem ausgeschlossenen Mitglied steht, binnen 4 Wochen nach Empfang der Mitteilung das Recht der Berufung an den Beirat (§ 13) zu, oder falls dieser noch nicht zusammengetreten ist, an den Aufsichtsrat und zwar durch eingeschriebenen Brief an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates.

§ 5.

Der Geschaeftsanteil betraegt Rm. 200.- (zweihundert). Eine erste Rate von Rm. 50.- (fuenfzig) ist sofort bei Eintritt zu zahlen, der Rest in fuenf gleichen Monatsraten, beginnend mit dem ersten Tag des auf den Eintritt folgenden Monats. Anteile am Reingewinn duerfen nur auf vollgezahlte Geschaeftsanteile ausgezahlt werden. Andernfalls sind sie auf Geschaeftsanteilrechnung gutzuschreiben.

Die Hoechstzahl, welche ein Mitglied an Geschaeftsanteilen erwerben kann, betraegt 100. Bei Erwerb von mehr als einem Geschaeftsanteil ist Vollzahlung zu leisten.

Die Uebertragung des Geschaeftsguthabens eines Mitgliedes auf einen anderen bedarf der Genehmigung von Aufsichtsrat und Vorstand.

§ 6.

Die Haftpflicht der Mitglieder fuer die Verbindlichkeiten der Genossenschaft ist sowohl dieser als auch den Gläubigern gegenüber auf Rm. 200.- (zweihundert) fuer jeden Geschäftsanteil beschränkt.

§ 7.

In den Faellen des § 73 Abs. 2, § 91 Abs. 2 und 3 sowie § 109 Abs. 2 des Genossenschaftsgesetzes ist die Zahl der Geschäftsanteile, nicht aber die Kopfzahl der Mitglieder massgebend.

§ 8.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit dem Tage der Eintragung und endet am 31. Dezember 1931.

§ 9.

Die Bilanz wird auf den Schluss eines jeden Geschäftsjahres gemäss den gesetzlichen Vorschriften ueber die Bilanzen der Aktiengesellschaften vom Vorstand aufgestellt und von ihm innerhalb dreier Monate nach Schluss des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat zur Pruefung vorgelegt. Innerhalb eines weiteren Monats hat der Aufsichtsrat die Bilanz zu pruefen, mit einem Bericht zu versehen und die Generalversammlung behufs Genehmigung der Bilanz zu berufen.

§ 10.

Der Reservefonds ist zur Deckung eines sich aus der Bilanz ergebenden Verlustes bestimmt. Ihm werden 5% des sich aus der Bilanz ergebenden Reingewinns so lange zugewiesen, bis er ein Drittel der Hoehle der gesamten Geschäftsanteile erreicht hat.

Ausserdem soll, solange nicht die Generalversammlung mit einfacher Stimmensmehrheit etwas anderes beschliesst, auch der ganze verbleibende Reingewinn dem gesetzlichen Reservefonds und nach dessen Auffuellung bis zu seiner vollen Hoehle einer Sonderreserve zugefuehrt werden. Hat die Sonderreserve die Hoehle von einem Viertel der gesamten Haftsumme erreicht, so ist darueber hinaus der anfallende Reingewinn auf die Geschäftsguthaben zu verteilen.

§ 11.

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei und hoechstens fuef Mitgliedern, welche vom Aufsichtsrat auf drei Jahre gewaehlt werden. Wiederwahl ist zulassig. Der erste Vorstand wird von den Gruendern auf drei Jahre gewaehlt. Je zwei Vorstandsmitglieder koennen in Gemeinschaft miteinander rechtsverbindlich fuer die Genossenschaft zeichnen und Erklaerungen abgeben.

§ 12.

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei und hoechstens sieben auf drei Jahre durch die Generalversammlung zu wahlenden Mitgliedern. Wiederwahl ist zulassig. Der erste Aufsichtsrat wird von den Gruendern auf drei Jahre gewaehlt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfaehig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Aufsichtsratsmitglieder duerfen bei Beschluesen ueber Gegenstände, bei denen sie selbst beteiligt sind, nicht mitwirken. In solchen Faellen zahlen sie auch bei der Fortstellung der Beschlussfaehigkeit nicht mit. Der Aufsichtsrat erlaesst eine Geschäftsordnung, die von der Generalversammlung zu genehmigen ist. In dieser wird die Geschäftsfuehrung durch Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung der Genossenschaft geregelt.

§ 13.

Zur Fuerstuetzung von XM Vorstand und Aufsichtsrat und zur Gewahrleistung ihres lebendigen Zusammenarbeitens mit den Mitgliedern tritt ein Beirat zusammen, nachdem die Mitgliederzahl auf ueber 250 gestiegen ist. Der Beirat hat solange nur beratende Befugnisse, bis die Mitgliederzahl 500 ueberstiegen hat. Von da ab ist er die Generalversammlung.

Auf gemeinsamen Vorschlag von Aufsichtsrat und Vorstand wird eine ordentliche Generalversammlung die naecheren Bestimmungen ueber die Zusammen-

§ 14.

Die Generalversammlung der Mitglieder wird vom Aufsichtsrat oder Vorstand durch einmalige Bekanntmachung in den Vermeidungsblättern der Genossenschaft unter Angabe der Tagesordnung berufen. Zwischen der Bekanntmachung und dem Versammlungstage muss eine Frist von mindestens einer Woche liegen. Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates, bei seiner Verhinderung der 2. Vorsitzende. Ein vom Vorsitzenden jeweils zu ernennender Schriftführer hat die Niederschrift ueber Art und Ergebnisse der Beschluesse zu fuhren und zusammen mit dem Vorsitzenden zu beurkunden.

§ 15.

Streitigkeiten ueber und aus dieser Satzung sowie aus dem Gewerkschaftsverkehr zwischen Mitgliedern oder Organen der Genossenschaft oder solcher untereinander werden unter Ausschluss der ordentlichen Gerichte durch das Schiedsgericht der zustandigen Handelskammer geregelt.

Die Generalversammlung kann jederzeit mit einfacher Stimmenmehrheit ein anderes Schiedsgericht fuer zustandig erklaren. Fuer Anfechtungsklagen gegen Beschluesse der Generalversammlung ist das Landgericht kiel zustandig.

§ 16.

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft sind unter der Firma der Genossenschaft von mindestens zwei Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern zu unterzeichnen und in der Schleswig - Holsteinischen Landeszeitung und dem Reichsanzeiger zu veroeffentlichen.

§ 17.

Die fuer die Eintragung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister etwa erforderlichen Aenderungen ist der Vorstand zu treffen befugt

Rendsburg, den 25. Juni 1931.

Dr. van Gzdoof

Natürliche Wirtschaftsbetrachtungen führen zwangsläufig zur Ausgleichskasse

1. Der Sachverhalt

Uns wird geschrieben: Die Ausgleichskasse zu Schleswig, die nach eingehenden Vorberatungen verantwortungsbewußter berufsführender und wirtschaftserfahrenere Personen am 1. Oktober ins Leben gerufen wurde, um die Wirtschaftskrise von der Kreditseite her durch Ermöglichung werteschaffender Arbeit zunächst örtlich und dann darüber hinaus in größerem Rahmen gemeinsam mit den an anderen Orten bestehenden oder zu gründenden gleichen Kassen zu lösen, wurde einige Tage nach der Eröffnung durch ein der äußeren Form nach vom Herrn Reichsminister der Finanzen herrührendes Schreiben überrascht, wonach dieser die Ausgleichskasse in Schleswig G. m. b. H. in Kiel unterm 1. Oktober erkaufte, keine Ausgleichsschecks mehr in den Verkehr zu bringen und die bereits von ihr in den Verkehr gebrachten wieder herauszuziehen. Die Ausgleichskassenmänner waren, wie gesagt, überrascht und zugleich aufs höchste erstaunt, daß die oberste Finanzstelle des Deutschen Reiches so wenig unterrichtet und im Bilde war, uns ein gar nicht durchführbares Ersuchen übermittelt, darin Schecks, die wir

weder ausgestellt noch auszustellen jemals beabsichtigt halten,

als Krongeld erklärte, sie als gesetzwidrig bezeichnete und ihre Beseitigung forderte. Gleichzeitig hatte das Landesfinanzamt in Kiel die in den wenigen Tagen bereits vertrauensvoll und zahlreich am Ausgleichskassenverkehr Teilnehmenden durch alarmierende Pressenotizen fürchtig und mißtrauisch gemacht.

Also am 1. Oktober hatten wir den Betrieb in Schleswig aufgemacht und am gleichen Tage schon begann der Minister in Berlin, mit einem augenscheinlichen Fehlgriff unser gutes Vorhaben zu stören, unbegreiflicherweise, denn um was handelt es sich?

a) Zuerst haben die Teilnehmer am Ausgleichskassenverkehr Guthaben in bar eingezahlt und zwar — mit Rücksicht auf das gute und hohe Ziel (Beseitigung der Arbeitslosigkeit) — unter Verzicht auf Zinsen; sie verfügen über dieses ihr Guthaben mit Hilfe von Schecks oder Ueberweisungen, d. h. sie tun das, was ihr gutes Recht ist und was ihnen niemand verbieten kann. Um den von allen amtlichen und banklichen Stellen — zuletzt sehr eindringlich von der Handelskammer in Hensbüttel — immer aufs höchste gepriesenen und dringlichst empfohlenen bargeldlosen Zahlungsverkehr nachhaltig zu fördern, sind diese Ausgleichsschecks nicht wie sonst meist üblich auf Barzahlung, sondern ausschließlich zur Berechnung ausgestellt. Damit ferner jeder Geschäftsmann, jeder Handwerker, kurz jeder Empfänger eines solchen Ausgleichsschecks ihn zum Ausgleich seiner Forderung ganz sicher und vertrauensvoll in Zahlung nehmen kann, hat die Ausgleichskasse auf der Rückseite jedes Schecks dessen volle Sicherheit bestätigt, so daß diese Ausgleichsschecks den sonst allgemein üblichen Schecks hinsichtlich der Sicherheit überlegen sind und daher volles Vertrauen beanspruchen können. Um diese Sicherheit zu gewährleisten,

wendet die Ausgleichskasse ein sehr einfaches Mittel an, indem sie die Formulare zu den Schecks über bestimmte, vorgezeichnete Beträge stüktelt, z. B. zu 1 M., 3 M., 10 M. usw., und indem sie an jeden Teilnehmer nur so viele Formulare ausgibt, daß diese sich nach der Stückzahl und den vorgezeichneten Beträgen innerhalb des vorhandenen Guthabens bewegen und daher zwangsläufig stets volle Deckung vorhanden ist, wenn der Besitzer der Formulare diese nach ordnungsmäßiger Ausfertigung und Unterzeichnung als Schecks in Zahlung gibt. Bei dem Zahlungsverkehrsmittel „Ausgleichsscheck“ hat also jeder Empfänger im Gegensatz zum Verkehr mit anderen Schecks und anderen Zahlungsmitteln die höchst denkbare Gewähr für Sicherheit.

b) Weiter ist geplant, die Guthaben der Teilnehmer am Ausgleichskassenverkehr nicht nur durch zinslose Barzahlungen zu schaffen, sondern auch durch zinslose Kredite auf Grund sogen. bankmäßiger Sicherheiten, die wohl allen mit Krediten arbeitenden Wirtschaftlern bekannt sind, die aber bedauerlicherweise von den Banken und Sparkassen nach der Kriegs- und Inflationszeit bis auf den heutigen Zusammenbruch nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgewählt und beansprucht worden sind, bei diesen Geldinstituten vielmehr zu großen Verlusten und daher wegen der nötigen hohen Risiko-Prämien auch zu überhöhten Zinsätzen, Provisionen und sonstigen Nebengebühren führten, die neben der Profitgier der Kreditgeber und anderen üblen Zwittererscheinungen die völlige Abbröckelung des Wirtschaftslebens, die Arbeitslosigkeit zahlloser unglücklicher Volksgenossen herbeiführten. Geschäft durch diese volks- und wirtschaftsverzerrenden Umstände wird die Ausgleichskasse aus den schlechten Erfahrungen und Fehlern der Banken und Sparkassen die nötigen Schlüsse ziehen und in zellsicherem Verantwortungsbewußtsein alles vermeiden, was die unbedingte Sicherheit der Kasse irgendwie gefährden und somit das Vertrauen zu ihr beeinträchtigen könnte. Sachte antanget, lieber zunächst einen kleinen aber sicheren Betrieb aufstehen, als einen angeblähten unglücklichen.

Das ist der erste Grundsatz der Ausgleichskassen-gründer.

c) Was Krongeld war, wird jeder erwachsene Deutsche erinnern; beinahe alle Dörfer, Städte und Kreise druckten i. Zt. in wildem Wettstreit Papiergeldscheine mit phantastischen Millionen-, Milliarden- und Billionenscheintwerten, ohne Sicherheiten und ohne Ueberlegung, die Not machte eben jede Ueberlegung zunichte; es blieb schließlich nichts anderes übrig als ein Haufen wertloses Papier. Wie kann man mit so etwas aus der Inflation Gebotenen das Zahlungsmittel- und Verkehrsmittel „Ausgleichsscheck“ auf eine Linie bringen, wie es der Herr Finanzminister versucht hat? Nähere Ausführungen muß man sich wohl ersparen, denn: man muß sie hören!

2. Die Begnerschaft

Zunächst hatte das Oberpräsidium in Kiel durch Zeitungsnutzen unter Berufung auf ein Gutachten der Schleswig-Holsteinischen Industrie- und Handelskammern die Bevölkerung vor den bösen und schlimmen Ausgleichskassen gewarnt, wobei der Preussische Handelsminister Kundendruck gegeben hatte. Wober das Oberpräsidium noch das Handelsministerium hatte vorher Gelegenheit genommen, mit uns alle den am meisten Beteiligten Zahlung zu nehmen, man verließ sich auf das gegnerische Gutachten und ging davon aus, in der Kreise der

Provinzbank in Höhe von 2,7 Millionen Aktienkapital und 2 Millionen Rücklagen, wenn Verpflichtungen über 50 Millionen Mark vorliegen?

Was bedeutet die gerühmte Sicherheit bei einer Kommunalparlase mit 360 000 Mark Rücklagen und einem Jahresumsatz von über 200 Millionen, wenn der verantwortliche Kommunalverband keine Werk Massenden Sicherheiten, sondern nur ein bauerndes hohe Zuschüsse erforderendes Verkehrsunternehmen hat? Was bedeutet die allerorts bis zum Heberdruck her-

quelle bezeichnete das Handelskammergutachten die geplanten Ausbaurechte der Ausgleichskassen an die öffentlichen Körperschaften. Die Fehler des bestehenden Finanzsystems, leidenschaftliches Schuttmachen der öffentlichen Hand und Kapitalfehlanlagen werden ohne weiteres, aber natürlich fehlschießend, auch zu Lasten der Ausgleichskasse verbucht. Man vergißt, daß die für die bisherige Schuttmacherei und Kapitalfehlanlage verantwortlichen Organe der Selbstverwaltung eine schwere, böse Zeit durchmachen, die sie vor weiterem unnützem Schuttmachen abschrecken wird, daß jetzt die Aufsichtsbehörde den nötigen schärfsten Genehmigungsmachtas anlegt und daß vor allem in dem Begriff Ausbaurechte schon der grundlegende Unterschied liegt. Das Gutachten führt Schwierigkeiten für eine geordnete Finanzverwaltung und Gefahren für den Ausgleich im Haushalt der öffentlichen Körperschaften ins Feld, vergißt aber die jetzigen teuren Prozentigen Kommunalanleihen zu nennen, die doch wegen der hohen Zinslast neben den, durch die Ausgleichskassen zu mindernden, hohen Wohlfahrtslasten die drückendsten, steuernbergehenden Hauptausgabeposten der Gemeinden darstellen. Lieber will das Gutachten anscheinend mit neuen Prozentigen Kommunalanleihen, mit neuen Steuererhöhungen unproduktive, unnötige Hofhandarbeiten wie Schaffung von Grünflächen, Kojenanlagen u. dgl., als durch 1-prozentige Ausgleichskassenkredite volkswirtschaftlich nötige, werteschaffende Ausbaurechten leisten: Teichbauten, Entwässerungen, Oedlandkultur, Wegebau, Elektrizitätswerke usw.

Die Auswirkung eines solchen Ausbaurechtes läßt sich am besten an einem kleinen Beispiel zeigen:

Einer Stadt oder einem Kreise wird ein Kredit für Wegebauarbeiten von 100 000 Mark gewährt, dieser würde etwa 50 Arbeitern für ein Jahr den Lohn sichern. Diese 50, sonst der Erwerbslosenfürsorge zur Last liegenden, mit Hofenanlagen beschäftigten Arbeiter bedeuten für den öffentlichen Haushalt eine Ersparnis von rund 40 000 Mark. Sodann besteht gegenüber dem jetzt üblichen Prozentigen Kommunalanleihen eine Zinsersparnis von 7 bis 8 Prozent, die zur Tilgung der Anleihe in wenigen Jahren führen, während bei einer Pfandbriefkommunalanleihe nur die Ersparnis beim Wohlfahrtszins ein-treten würde, die restlichen 60 000 Mark aber für immer zinspflichtig bleiben. Dazu kämen die alljährlichen Ersparnisse für die sonst nötigen Unterhaltungsarbeiten an den jetzt geschaffenen unnütigen Schönheitsschmucksanlagen.

Für die Wegebauarbeiten sind Kies und Steine vorhanden, Zement ist in der Provinz zu haben (für Belanstragen), so daß zur Hauptsache Löhne und Gehälter neben dem Unternehmergewinn entstehen. Die Arbeiten müssen auf alle Fälle ausgeführt werden, wenn nicht möglich, so doch später, aber je eher, desto besser für die Wirtschaft. Ein gutes Verkehrswesen und gute Verkehrsmittel sind Vorbedingungen für den Wiederaufbau und unentbehrlich für den zu erstrebenden Aufschwung der Wirtschaft, wie ja auch seiner Zeit der auf Anleihe durchgeführte großzügige Ausbau des Eisenbahnwesens die Ursache zur Wirtschaftsbüthe gewesen ist.

Wozu sollen wir uns hierfür teure Kapitalien pumpen, wo das Mittel der Ausgleichskasse eine so einfache Lösung bedeutet?

Gewissermaßen durch eine Vorwegnahme der Steuerkraft künftigerer Jahre und durch nutzbringende, werteschaffende Verwendung der für Unterhaltung und Wohlfahrt jetzt unruhig ausgegebenen hohen Beträge ergibt sich die Grundlage für die Ausbaurechte, die zinslos gegeben werden können, da der Geldmarkt hierfür ja nicht beansprucht zu werden braucht, sondern es werden die bestehenden, aber ruhenden wirtschaftlichen Kräfte der Sachwerte und der arbeitsfähigen Personen und Betriebe in Gemeinden und Ländern, in der ganzen Bevöl-

mehr, man erkennt sie als einfaches Mittel zur schnellen Inangriffnahme aller lebenswichtigen und lebensnotwendigen Wirtschaftszweige.

Stund diese erst auf Vollbetrieb gebracht, läuft das Wirtschaftsleben erst einmal wieder auf Voll Touren, so ist aller Spund der Zeit, die Not und das Elend der Arbeitslosigkeit verschwunden, denn ein starker, arbeitender, Werte schaffender großer geschlossener Wirtschaftskörper trägt und erhält sich allein, ohne fremde, internationale Goldhilfe, die in Wirklichkeit keine Hilfe ist, sondern die uns immer wieder in einem den Goldmagnaten geeignet erscheinenden Zeitpunkt abdröckeln wird. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist doch nur eine Folge falscher Wirtschaftsführung. Es gilt das Neben an der Wurzel zu fassen:

Wiedereingliederung der Erwerbslosen in die Wäuer-erzeugung, mit Hilfe zinsloser Aufbau- und Betriebs-kredite, damit Schaffung und Wiederherstellung der Kaufkraft und Wiederaufbau des Binnenmarktes. Nur bei höchstmöglicher Erzeugung und schnellstem Verbrauch kann sich eine Volkswirtschaft zu ihrer schönsten Blüte entfalten. Aber nie und nimmermehr findet die kapitalistische Hochfinanz den Weg aus der Arbeitslosigkeit heraus. Dazu gehört etwas mehr als Gold, Kapital, Phrasen, Nationalökonomie und ähnliche volkstrennde Begriffe.

Alle die kleinen, mühsam zusammengesuchten Bedenken des Handelskammerverbandes in Altona erscheinen nichtig und bedeutungslos gegenüber den geschilderten Auswirkungen der Ausgleichskasse, ebenso sind die sonstigen Ausführungen, insbesondere auch das Begriffe von einer Inflation insolge der Ausgleichskasse lediglich Klinderjoch. Wie kann eine Krediterschöpfung mit Hilfe des bargeldlosen Verrechnungverkehrs eine Inflation hervorrufen? Dann trüge ja jeder Wechsel, jede Ueberweisung den Keim der Inflation in sich; dann wäre es ja frevelhaft, behördlicherseits immer wieder und dringlicher von der Wirtschaft den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu fordern! Inflation entsteht dann, wenn die öffentlichen Verwaltungsausgaben mit der Papierdruckpresse befreit werden, wenn die öffentliche Hand in verantwortungsloser Weise unproduktive Arbeiten mit bedrucktem Papier ermöglicht, wenn kein Mensch mehr Vertrauen zu den staatlichen Finanzinstituten und zu den finanztechnischen Wandern der Bankinstitute und vorzüglichen Wirtschaftsführer mehr hat, wenn diese vor-geliebten Führer keine Generalführer der Wirtschaft sind, sondern nur so tun;

niemals aber entsteht Inflation, wenn Kredite geschaffen werden für Werte schaffende, wirtschaftsaufbauende, nützliche Arbeiten, die ein ganzes Volk wieder der Gefundheit zuführen sollen und werden, an denen jeder Mann, der von seiner Arbeit lebt und nicht vom arbeitslosen Einkommen, lebenswichtig beteiligt ist und die daher jeder vernünftige Volksgenosse mit seinem ganzen Vertrauen bekräftigt.

Mißtrauen ist die Ursache der Inflation, Vertrauen ist die Grundlage der Ausgleichskasse.

Laßt uns doch einmal alles mit dem einfachen und gesunden Menschenverstand durchdenken und nicht durch ein kapitalistisch verhöhrtes Goldgehirn:

Wir haben Arbeitsmangel in Hülle und Fülle, wie haben Arbeitsuchende in ständig steigender Zahl, die Natur gibt uns Rohstoffe in unbegrenzter Höhe,

das Volk streift nach Brot... und Brot, es zerfleischt sich im Bruderkampf, die Hyänen lauern an den Grenzen.

Wenn heute der Arbeitslose Geld bekommt, also Quittung für geleistete Arbeit anderer, ohne selbst eine gleichwertige Leistung dagegen setzen zu können, so entwertet das Geldzeichen, und der natürliche Kreislauf ist unterbrochen, weil mit jedem Stück Brot, jedem Klei-

wurde ein Gutachten des Reichsbankdirektoriums in der Öffentlichkeit erwähnt, das angeblich für die uns unbegreifliche Stellungnahme des Herrn Finanzministers maßgeblich gewesen sein soll. Auch das Reichsbankdirektorium hat seine Erwägungen bei uns eingezogen, weder unmittelbar noch durch seinen örtlichen Vertreter, wir kennen daher nicht die Beweggründe dieses Gutachtens, können sie vielmehr nur ahnen und können uns daher auch nicht näher damit beschäftigen, beschränken uns vielmehr auf den alten Spruch: Wer im Glashaus sitzt, soll andere nicht mit Steinen werfen, vor allem nicht solche, die dabei sind, ein Haus von feisterem, zuverlässigerem Stoff zu zimmern, das allen Gästen einen glücklicheren Aufenthalt unter größtmöglicher Sicherheit bieten soll als das Reichsbankgebäude, denn

wahin die Finanzpolitik der Reichsbank die deutsche Wirtschaft und damit das ganze deutsche Volk — abgesehen von wenigen Nutznießern — geführt hat, das spricht Bände und sollte gerade diese Stelle zu größter Zurückhaltung und Selbsterkenntnis veranlassen anstatt zu einem Donquixotte-Kitt gegen die Ausgleichskasse. Und weiter:

nach dem letzten Ausweis betrug die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank 28,6 Prozent für die von ihr in Umlauf gesetzten papiernen, laut Statut in Gold einzahlenden Zahlungsmittel.

Also bitte wer im Glashaus sitzt — — — ! Das Gutachten des Schleswig-Holsteinischen Handelskammer-Verbandes dagegen ist uns inzwischen durch seine Veröffentlichung in den „Wirtschaftlichen Nachrichten“ dieses Verbandes bekannt geworden und wir konnten schon bei nur flüchtiger Durchsicht feststellen, daß es eine an der Oberfläche haflende, das neuartige Wesen der Ausgleichskasse und deren unumwandelbare Bedeutung für die Wirtschaft in keiner Weise erkennende und erfassende typische Sonditursarbeit ist (unter typischer Sonditursarbeit verstehe ich die Tätigkeit eines kenntnisreichen, meistens hochbezahlten studierten Angestellten, der seine guten Geistesgaben einseitig im Sinne seiner geldgebenden Arbeitgeber verwerten und einsetzen muß, unter Spinnweberei etwaiger eigener Ansichten und Urteilsbildung). Mit diesem Gutachten, das uns Schleswiger ja am meisten berührt, wollen wir uns eingehend beschäftigen:

1. Es besagt zunächst, daß es nicht im Interesse unserer Wirtschaft läge, derartige Institute (Ausgleichskassen) mit geringeren Sicherheiten als die bestehenden Kreditinstitute in unser Kreditwesen einzuführen; ein Rückhalt aus Gewinnen aus Ihren Geschäften und aus einer der allgemeinen Lage angepaßten Risikoprämie sei nicht gegeben; die Sicherheit liege also bei weitem unter derjenigen der jetzigen Kreditinstitute. Hierüber verweise ich auf meine vorherigen Ausführungen unter I b. Wir brauchen nicht die aus der kreditbedürftigen Wirtschaft mit Zinswucher herausgepreßten hohen Gewinne, Risikoprämien, Provisionen und dergl., denn wir sind eine Selbsthilfeeinrichtung im wahren Sinne des Wortes; wir wollen nichts verdienen; Profitgier ist bei uns ein unbekannter Begriff; wir wollen ehrlichen Leuten helfen, ehrlich zu arbeiten; die gesamte Tätigkeit von Vorstand und Aufsichtsrat ist unbesoldet ehrenamtlich; wir sind ein gemeinnütziges, nicht auf Erwerb gerichtetes Unternehmen; wir haben auch keine Verluste zu befürchten aus leichtfertiger Kreditgewährung an Kriegsgewinnler- und Inflationsfirmen; wir führen keine überflüssigen und kostspieligen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten auf; wir haben keine Millionen, keine Großkapitalisten zu versorgen, keine notleidenden öffentlichen Haushalte von Gemeinden und Städten zu frügen, keine Konten an „prominente“ Aufsichtsräte und Direktoren herauszuwickeln,

wir brauchen nur unsere Geschäftskosten zu bedenken und daneben eine bescheidene Rücklage zu schaffen, die unsere vorsichtigen Geschäftsführung und sorgfältigen Auswahl der wertvollsten Kreditnehmer und ihrer Sicherheiten entspricht.

Wir nehmen also keine Zinsen und kreditverleuernde Zuschläge, sondern nur einen Unkostenbeitrag nebst Bereitstellungsgeld von insgesamt 1—2 Prozent.

Was bedeutet denn die gerühmte Sicherheit bei einer

vorgebrachte Versicherung von der Sicherheit der Reichsmark auf Goldwährung? Das bedeutet doch alles gar nichts, es kommt in erster Linie doch nur auf das Vertrauen an. Wenn schon am zweiten Tage der Betriebsöffnung 4000 M in kleinen Beträgen unter Berücksichtigung auf Zinsgewinne bei der Ausgleichskasse eingezahlt waren, wenn wir später soweit sein werden, mit 1000 Genossen im Kreise Schleswig über 300 000 M Geschäftsanteile und Kapital zu verfügen, wenn Vorstand und Aufsichtsrat in peinlicher Gewissenhaftigkeit ihre Pflicht tun, wenn 15 000 Familien in Stadt und Land teilnehmen mit kleinen Beträgen, mit Verdienst aus sonst nicht vorhandener Arbeitsmöglichkeit, wenn sie verknüpft sind mit dem Wohlbefinden der Ausgleichskasse, wenn kein Arbeitswilliger mehr kraftlos im Kreise herumläuft,

dann wird das eine Vertrauensstellung bedeuten, die uns kein mehr rauben kann, dann werden wir in uns selbst die Sicherheiten haben, die kein Goldhaufen verbürgen und kein internationaler Goldmagnet schaffen kann. Das ist der Sinn einer Ausgleichskasse, einer Selbsthilfe auf dem Grunde nationaler Schicksalsgemeinschaft.

Vllsicht: Am Donnerstag, dem 15. Okt. haben 26 große Banken in den Vereinigten Staaten Nordamerikas ihre Zahlungen eingestellt; in Youngtown schlossen sämtliche Banken mit über 150 Millionen Aktienkapital und Millionen ihre Schalter. Im Goldland Amerika, in der reichsten und hochkapitalistischsten Republik der Welt, bricht das Vertrauen zu der Sicherheit zusammen, trotz aller riesenhaften Goldvorräte und Goldsicherheiten; die Sparer beginnen die Banken zu fürchten. Von der Bank of United States in New York, die kürzlich ihre Schalter schließen mußte, sind jetzt 28 Direktoren wegen betrügerischen Bankrotts unter Anklage gestellt worden, ebenso der nach dem Zusammenbruch eingesezte staatliche Treuhänder. Der Fluch des Goldes erfüllt sich an denen, die es zu meistern meinten, und mit seiner Hilfe die ganze Welt zu einer zinsenden Provinz machen wollten.

Die vom Handelskammerverband als unvermeidlich bezeichneten Verluste der bestehenden Geldinstitute gehen in ihrer Anwendung auf die Ausgleichskasse also fehl. Wenn eine Großbank Zinsen, Prämien, Dividenden, Konten und ähnliches erzielen muß, daneben hunderte von Millionen infolge ungesunder Kreditgewährung verliert, wenn eine kleine Sparkasse ihre ganzen Mittel mit 300 000 M infolge wenig einschläger und fachkundiger Geschäftsführung einbüßt, so kann man den bestehenden Zinswucher erklären; man kann es sich ferner erklären, daß die Risikoprämien und Unkostenbeiträge einen Aufschlag der bestehenden Geldinstitute ergeben von 300—450 Prozent zu den Kontokorrentzinsen und von 100—150 Prozent zu den Spareinlagenzinsen; man wird sich das alles erklären können, aber man wird dieses ganze bestehende Geldsystem als unmoralisch bezeichnen und daher mit Hilfe der Ausgleichskassen beseitigen oder unterkuppeln müssen. Wenn aber andererseits eine Kommunalsparkasse mit über 200 000 Millionen Mark Jahresumsatz (aber ohne Aktienkapital) in den 7 Jahren nach der Inflation noch keine 10 000 M (zehntausend Mark) Gesamtverlust gehabt hat, so wird man den richtigen Maßstab für etwa mögliche Verluste der Ausgleichskasse finden und die Unkenntnis des von stark interessierten Finanzkreisen beeindruckten Handelskammerverbandes in Altona in ihrem wahren Wert einschätzen können.

Warum wohl stemmt sich dieser Verband gegen die von der Ausgleichskasse erstrebte Beseitigung des für die ganze Wirtschaft unheilvollen Zins- und Geldwuchers? Warum singt er noch das abgedroschene Lied von dem zu hohen und zu senkenden Lebensstandard des deutschen Volkes? Ist der Lebensstandard, ist die Kaufkraft von 90 Prozent der durch die Arbeitslosigkeit, das Niederliegen der Wirtschaft mittelbar und unmittelbar betroffenen deutschen Volksgenossen noch nicht tief genug? Wo bleibt hierbei die Lebensmöglichkeit des Einzelnen und auch des Großhandels, der doch durch die Handelskammer vertreten werden soll? Wo bleibt der gesunde Menschenverstand bei dieser Art der Vertretung?

2. Als garnicht ernst genug zu nehmende Gefahren-

terung überhaupt, in bewegliche wirtschaftliche Energien umgewandelt, sie werden mobilisiert.

3. Weiter befürchtet das Gutachten eine zu geringe Beschäftigung der Facharbeiterschaft bei den Ausbaufreudigen der öffentlichen Hand, vergißt aber, daß bei jeder Beschäftigung einer größeren Anzahl ungelernter Arbeiter ganz selbstständig auch Facharbeiter und gelernte Arbeiter einbezogen werden; vergißt weiter, daß es nicht nur Aufbaufreudige für öffentliche Arbeiten, sondern auch in weitem Maße für Hauseigentümer, Landwirte, Unternehmer usw. gibt, wodurch vorwiegend Facharbeiter umverbracht werden. Die Altmöblieren, Betriebsgebäude, zahlreiche Bauarbeiten überhaupt, ferner Verkehrsmittel, Geräte Maschinen usw. befinden sich vielfach in einem so schlechten Zustande, daß schnelle Instandsetzung oder Erneuerung geboten ist, um ihren Wert zu erhalten oder wiederherzustellen.

Mergeln, Entwässern, Feldbaukulturen steigern die Ertragsfähigkeit, die Ertragsfähigkeit der Ländereien nicht unwesentlich, stärken die Landwirtschaft in Leistung und Kaufkraft.

Aber alle diese Arbeiten müssen jetzt unterbleiben, weil das Geld dafür jetzt nicht da ist oder zu teuer ist; hier muß und wird die Ausgleichskasse eingreifen.

Ferner sind billige Betriebskredite bitter nötig für Werte schaffende Unternehmungen und Industriebetriebe, auch für die Landwirtschaft zur Pflanz, zur Saatgut- und Düngerbeschaffung und dergleichen, auch für den Handel. Also auch hier wieder ein dankbares Betätigungsfeld für die Ausgleichskasse.

Bei nachhaltigem Durchdenken und natürlicher Betrachtung aller Wirkungsmöglichkeiten und Folgererscheinungen gewinnt die Ausgleichskasse immer

3. Nachdenkliche Schlussbetrachtungen

1. Der Direktor einer holländischen Großbank äußerte sich vor kurzem zu einem in Holland Geld suchenden deutschen Bankdirektor wörtlich: „Millionen und Abermillionen von den Deutschen sind in Holland, und täglich gehen noch Millionen deutschen Kapitals über anderes Ausland in Holland ein. Dabei geben wir keinen Zent Zinsen an die Deutschen und keinen Zent Zinsen an die Holländer. Wir sind sogar soweit, daß wir für das Behalten der enormen Summen etwas berechnen. Die deutsche Regierung könnte mit dem Geld, welches die Holländer garnicht haben wollen, die deutsche Wirtschaft in Gang bringen.“

In der Schweiz steht es ebenso aus! Wir sagen daher: Deutsche, gebt dieses zinslose Geld den deutschen Ausgleichskassen und ihr werdet Segen ernten!

2. Wohltuend berührt es im Gegenlag zu dem Handelskammerverbands-Gutachten aus Altona, wenn man kürzlich folgendes liest:

Bargeldlos zahlen

Die Industrie- und Handelskammer zu Flensburg teilt mit:

Der umfangreiche Abfluß von Devisen hat die Kammer veranlaßt, von dem Deutschen Industrie- und Handelsrat zu fordern, daß er sich für eine Stetigerung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, insbesondere für eine stärkere Verwendung von Schecks, einsetze. Wenn es gelingen würde, auf diese Weise auch nur 1 Milliarde RM. in Bargeld aus dem Verkehr zu ziehen, so würden dadurch 40 Prozent gleich 400 Millionen RM. in Gold und Devisen als Deckung erspart werden. Außerdem ermöglicht die Möglichkeit, daß die Reichsbank u. U. ihr Kreditvolumen um den Betrag von 1 Milliarde RM. vergrößern könnte, wodurch der Wirtschaft außerordentlich geholfen wäre.

Wenn auch, wie bereits kürzlich in einem Teil der Presse berichtet, der bargeldlose Zahlungsverkehr in Deutschland soweit ausgebildet ist, daß die Umsätze in der Unternehmerröhre schon ausschließlich bargeldlos erfolgen, so wird doch im allgemeinen

für Wohnungszahlungen und Verbrauchsausgaben noch Scheckgeld (Metallgeld und Banknoten) verwendet. Da die gesamte Bevölkerung wird der Appell gerichtet,

das so verbraucht wird, das Volksvermögen kleiner wird, weil keine Neuschöpfung von Werten erfolgt. Drückende Arbeitslosigkeit der Millionen Erwerbslosen bedeutet Vergeudung des Kapitals, des Vermögens, des Einkommens der noch Arbeitenden für Unterhaltung statt zur Verwendung für Werte erhaltende, erzeugende und vermehrende Arbeit.

Ungeheurer Bedarf an Waren, Warenhunger bei mangelnder Kaufkraft der Massen.

Koststoffe — Arbeit — Menschen, sie können nicht zueinander kommen; das herrschende System will oder kann die brennende Frage nicht lösen, es fehlt das Binde-Mittel zwischen den dreien, es fehlt der einfache Ausgleich der Leistungen mit Hilfe eines unparteiischen Zwischenliedes, das nicht für diesen Ausgleich mit schmerzhaftem Wucherzins belohnen werden muß, das sich nicht zum Beherrschter, zum Thronen dieses Ausgleichs aufwirft, sondern das dient, selbstlos dem Wohl der Allgemeinheit, somit allen die Möglichkeit gibt, ihr heiliges Recht auszuüben,

das Recht auf Arbeit!

Dieser Aufgabe, nur ihr allein, will die Ausgleichskasse dienen; sie ist einfach und natürlich im Aufbau und zwingend in der Wirkung; man lasse sich nicht durch hämische Kritik, überlegen tuendes, mit wirtschaftswissenschaftlichem Dübel sich umgebendes Geschreibsel der Vertreter des herrschenden bankrotten Finanzsystems irre machen. Dieses gehört in die Volksschlucht, nachdem es uns ehrlich arbeitende Menschen reiflos an den Rand des Abgrundes gebracht hat; es hat kein Recht zur Kritik an unserer Eigenschöpfung natürlicher Wirtschaftselbsthilfe auf der Grundlage wahren Genossenschaftsgeldes.

auch diese Zahlungen weitgehendst bargeldlos vorzunehmen. Es sehen hierzu eine größere Reihe von Zahlungsverkehrseinrichtungen, wie der Scheckverkehr, der Ueberweisungsverkehr der Banken und Sparkassen, der sogenannte Spargiroverkehr, sowie der Postgiroverkehr zur Verfügung. Wer sich am bargeldlosen Zahlungsverkehr beteiligt, unterstützt die Wirtschaft in ihrem Kampf um Gesundung.

Diesem Auftrag der Flensburger Handelskammer haben wir nicht hinzuzufügen, wir begrüßen ihn in nachbarlicher Freundschaft, denn wir haben das, was die Flensburger Handelskammer dringend fordert, in Schleswig eingeführt. Unsere behängigen Ausgleichskassen über 1 M, 5 M, 10 M, 30 M und 60 M ermäßigen jegliche bargeldlose Zahlungen, sie erfüllen in geradezu idealer Weise die Forderung der Flensburger Handelskammer, und wir können daher nur wünschen, daß Handel und Unternehmer recht ergiebigen Gebrauch machen von den durch die Ausgleichskasse geschaffenen Möglichkeiten des bargeldlosen Kleinverkehrs. Wir dürfen daher wohl hoffen, recht bald von einer Flensburger Ausgleichskasse zu hören.

Unsere Freunde und Anhänger aber in Schleswig Stadt und Land bitten wir, sich nicht irre machen zu lassen, weder durch behördliche Schreck- und Fehlschlüsse, noch durch unfruchtbare, der Selbstsucht entspringende Kritik aus Kreisen des bankrotten hochkapitalistischen Systems, noch durch ewig zaudernde und nicht-rationalen Durmaturen, noch durch Reder- und Mädelbrüber.

Unsere einfachen, aber schönen Geschäftsräume im Stadtweg laden herzlich ein zu fleißigem Besuch, zu reger Teilnahme zinsloser Reichsmarkguthaben, zu regem Empfang der Vorbrude zu gestündelten Ausgleichsschecks, zur Stellung von Kreditanträgen für Werte schaffende Arbeiten.

Der Winter steht vor der Tür, er droht Böses zu bringen, die Ausgleichskasse will helfen, kommt zu ihr!

Unsere Gegner aber rufe ich zu:

Und wenn ihr uns heute noch Steine in den Weg rollt und am liebsten die Ausgleichskasse verbieten würdet, morgen werdet ihr sie schaffen müssen, an allen Orten!

Franz Neugebauer, Kreislagabgeordneter.

Titel: Ansgar's Papp Handlung 1931.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr. Hermann Hyltberg

75-1926-16

Geschäftsbedingungen der Ausgleichskasse Rendsburg e.G.m.b.H.

1. Ausgleichskredite koennen nur an Mitglieder der Genossenschaft gewahrt werden.
2. Teilnehmen am Ausgleichsverkehr koennen auch Nichtmitglieder.
3. Der Antrag auf Einraeumung eines Ausgleichskredites muss schriftlich bei der Genossenschaft gestellt werden und enthalten:
 - a) Mitgliedsnummer oder Beitrittserklaerung
 - b) Hoehe des beantragten Ausgleichskredites
 - c) Angaben ueber die dem Antragsteller zur Verfuegung stehenden Sicherheiten mit den noetigen Unterlagen zur Bewertung
4. Nach erfolgter Krediteinraeumung werden fuer das Mitglied zwei Rechnungen eroeffnet:

- a) Die Pfandrechnung, fuer welche die Sicherheit zu leisten ist,
- b) Die Ausgleichsrechnung, auf welcher die Schuld unter a. als Guthaben erscheint. Beide Rechnungen sind unverzinslich.

Ueber das auf Ausgleichsrechnung eingeraeumte oder durch Ueberweisung Dritter entstandene Guthaben kann jederzeit durch Ueberweisung an solche Personen oder Firmen verfuegt werden, die dem Ausgleichsverkehr der Genossenschaft oder mit ihr im Ausgleichsverkehr stehender anderer Ausgleichskassen angeschlossen sind.

6. Ausser durch diesen Ueberweisungsverkehr kann der Guthabenbeitzer auch durch Ausgleichsschecks ueber sein Guthaben verfuegen. Diese Schecks sind einzahl schliesslich der Reichsmarkbetrage vorgedruckt und von der Genossenschaft bestaetigt. Sie brauchen vom Guthabenbesitzer nur unterschriftlich vollzogen und datiert zu werden. Dem Teilnehmer, der durch Ausgleichsschecks verfuegen will, wird der volle Nennbetrag der von ihm bei der Genossenschaft entnommenen Schecks sogleich bei Hergabe seitens der Genossenschaft belastet. Das geschieht, um ein Ueberziehen von Guthaben und die Ausgabe ungedeckter Schecks zu verhueten. Die Kosten fuer die Scheckblaetter sind vom Teilnehmer zu erstatten.
7. Diese Schecks koennen von jedermann jederzeit bei der Genossenschaft zur Unterschrift auf Ausgleichsrechnung eingereicht werden, wodurch fuer den Einreicher, wenn er es noch nicht hat, ein Guthaben entsteht, ueber das er nun seinerseits nach vorliegenden Geschäftsbedingungen verfuegen kann. Bareinloesung findet in keinem Falle statt.

Jeder Lastschriftposten muss vom Kreditnehmer nach gewisser Zeit wieder abgedeckt werden. Die Zeitspannen, die hier in Frage kommen, sind verschieden. Sie werden vom Vorstand jeweils nach Massgabe der Umstaende im Einzelfalle festgesetzt bzw. vereinbart. Kommt der Kreditnehmer der Verpflichtung zur Abdeckung nicht nach, so kann die Genossenschaft ihm eine Nachfrist stellen bis zu einem Monat unter Berechnung einer Verzugsgebuehr in Hoehe des Lombardsatzes der Reichsbank.

Laesst der Kreditnehmer die ihm gesetzte Nachfrist ungenuetzt verstreichen, so kann die Genossenschaft mit sofortiger Wirkung die Geschäftsverbindung mit dem Kreditnehmer aufheben und die Sicherheit an jedem ihr geeignet erscheinenden Orte und jederzeit verkaufen, ohne dass es einer vorherigen Androhung oder der Innehaltung einer Frist bedarf. In gleicher Weise kann die Genossenschaft die Sicherheit ihrerseits weiterverpfanden.

9. Soweit ein Ueberschussguthaben entsteht, d.h. ein Guthaben, das hoeher ist, als die Schuld auf Pfandrechnung, kann auch hierueber nur im bargeldlosen Ausgleichsverkehr verfuegt werden. (Ziff. 5 und 6.)
10. Der Kreditnehmer hat eine einmalige Bereitstellungsverguetung in Hoehe von 1 Prozent des bewilligten Hoechstkredites zu entrichten. Davon wird die Haelfte faellig bei ~~der~~ Einraeumung, der Rest 1 Monat spaeter. Ausserdem hat er Verwaltungskostenbeitrag von 1 Prozent per Jahr von dem in Anspruch genommenen

nen durchschnittlichen Kredit zu entrichten. Zahlbar ist dieser Betrag vierteljaehrlich nachtraeglich. Die Errechnung erfolgt μ im Staffelfverfahren. Saemtliche Zahlungen aus vorstehenden Bestimmungen sind bei der Genossenschaft in bar einzuzahlen.

11. Aufbaukredite duerfen in der Regel nur an Koerperschaften des oeffentlichen Rechts oder an Genossenschaften, die mit deren Rechten ausgestattet sind, gegeben werden. Ausnahmen beduerfen eines gemeinsamen Beschlusses von Aufsichtsrat und Vorstand. Diese Kredite sind in allen Faellen seitens der Genossenschaft unkuendbar, seitens der Kreditnehmer tilgungspflichtig. Eine Bereitstellungsverguetung kommt hier nicht in Frage. Dagegen betraegt der Verwaltungskostenbeitrag in diesen Faellen 1 Prozent fuer das Jahr, berechnet nach der Hoehede des Anfangskredites und spaeterhin nach dem bei Beginn jeden Kalenderhalbjahres noch vorhandenen Restbetrag der urspruenglichen Kreditsumme. Dieser Verwaltungskostenbeitrag ist halbjaeerlich im voraus faellig und an die Genossenschaft in bar zu zahlen.

12. Teilnehmen am Ausgleichsverkehr koennen auch Nichtmitglieder und solche Mitglieder, die nicht Kreditnehmer sind. In diesen Faellen entsteht das Guthaben auf Ausgleichsrechnungen durch Ueberweisung anderer Teilnehmer, durch Einreichung von Ausgleichsschecks zur Gutschrift oder durch Bareinzahlung. Zur Eröffnung genuegt die Teilnahmeerklaerung und die Anerkennung vorliegender Geschaeftsbedingungen.

Diesen Teilnehmern raeumt die Genossenschaft das Recht ein, ueber die Gutschriften jeweils nach drei Monaten, vom Tage der Gutschrift ab gerechnet, auch in bar verfuegen zu koennen. Hierbei wird jeder Gutschriftposten fuer sich behandelt und abgerechnet. Die Verwirklichung dieses Anspruches richtet sich nach den der Genossenschaft zur Verfuegung stehenden Barmitteln, wobei jeweils die aelteren Ansprueche zuerst befriedigt werden, bei gleichaltrigen Posten der kleinere vor dem groesseren.

13. Der Teilnehmer muss der Genossenschaft die Unterschrift der Zeichnungsberechtigten schriftlich bekanntgeben. Die Zeichnungsberechtigung bleibt bestehen, bis die Genossenschaft schriftliche Anzeige vom Erloeschen erhalten hat, auch dann, wenn die Zeichnungsberechtigten im Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister eingetragen sind und eine Veraenderung veroeffentlicht wird.

14. Jeder Teilnehmer erhaelt ein Kontogegenbuch, in welchem die Eintragungen von der Genossenschaft vorgenommen werden. Kontoauszuege erteilt die Genossenschaft nicht. Briefwechsel mit den Teilnehmern findet im Allgemeinen nicht statt. Das Kontogegenbuch muss in regelmaessigen Zwischenraeumen von hoechstens 14 Tagen zwecks Vornahme der Eintragungen bei der Genossenschaft vorgelegt werden. Wird es eingesandt, so muss Rueckporto beigefuegt werden.

15. Saemtliche Mitteilungen des Teilnehmers oder Dritter, die sich auf den Ausgleichsverkehr beziehen, sind schriftlich, genau und deutlich zu machen, da die Genossenschaft jede Haftung aus Fehlern und Verzoeegerungen infolge von Maengeln in dieser Hinsicht ablehnt.

16. Alle Ueberweisungen sind auf den von der Genossenschaft gelieferten Vordrucken unter genauer Beachtung der Bestimmungen anzuweisen.

17. Die Genossenschaft haftet fuer die sichere und getreue Aufbewahrung der bei ihr eingelieferten Sicherheiten nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Genossenschaft darf Sicherheiten unter ihrem Namen ausserhalb ihrer Geschaeftsraeume aufbewahren lassen; sie haftet nur fuer die sorgfaeltige Auswahl des Verwahrers.

18. Die Genossenschaft haftet nicht fuer Schaeden und Stoerungen ihres Betriebes durch Unruhen, Streiks, Aussperrungen und Verfuegungen von hoher Hand.

19. Auskuenfte werden nach bestem Wissen erteilt unter Ausschluss jeder Haftung. Die Angestellten duerfen Auskuenfte ueber Kreditfaehigkeit und /oder Zahlungsfahigkeit nicht erteilen.

20. Alle aus einem Auftrag eines Teilnehmers herruehrenden Ansprueche an die Genossenschaft verjaehren nach zwei Jahren. Die Verjaehrung beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in welchem der Antrag der Genossenschaft zugegangen ist.

21. ~~Die xxxxxxxxxx xxxxxxxxxx der Genossenschaft sind fuer keine Teilxxxxxung~~

21. Die Geschaeftsraeume der Genossenschaft sind fuer beide Teile Erfuellungsort.

22. Erklaerungen des Teilnehmers, die diesen Geschaeftsbedingungen widersprechen, begruenden, auch wenn sie schriftlich erfolgen, keine Verpflichtung der Genossenschaft.

23. Die Genossenschaft behaelt sich das Recht zur Abaenderung dieser Geschaeftsbedingungen vor. Darauf bezuegliche Mitteilungen gelten als verbindlich erfolgt, wenn sie brieflich erfolgt sind, auch wenn das Schreiben unbestellbar zurueckgekommen ist. Die Bekanntmachungen in den Verkuendigungsblaettern der Genossenschaft, sowie Bekanntmachungen durch Aushang in den Geschaeftsraeumen, gelten gleichfalls als dem Teilnehmer zugegangen.

24. Die Teilnahme an dem Ausgleichsverkehr ist beiderseits mit einer Frist von einem Monat kuendbar auf den 15. und letzten Tag eines Monats. Die Kuendigung muss durch eingeschriebenen Brief erfolgen.

25. Heben nach Ablauf der Kuendigungsfrist Ausgleichsguthaben und Pfandschuld einander nicht auf, so erhaelt die Genossenschaft das Recht, sich an der Sicherheit schadlos zu halten, wenn das Guthaben auf Ausgleichsrechnung niedriger ist, als die Schuld auf Pfandrechnung. Liegt der Fall umgekehrt, so behaelt der ausscheidende Teilnehmer das Recht, ueber den Unterschied noch im Ausgleichsverkehr zu verfuegen.

26. Bei Streitigkeiten jeder Art ueber den Geschaeftsverkehr zwischen Teilnehmer und Genossenschaft sind die ordentlichen Gerichte ausgeschlossen. Genossenschaft und Teilnehmer unterwerfen sich einem Schiedsgericht, in das jeder der beiden Streittheile einen Schiedsrichter entsendet. Die entsandten Schiedsrichter wahlen, wenn sie sich ueber den entstandenen Streitfall nicht einigen koennen, einen Obmann. Werden sie sich ueber denselben nicht einig, so haben sie ~~xxxx~~ die fuer den Sitz der Genossenschaft zustaeendige Handelskammer um Ernennung des Obmannes zu ersuchen. Der gefaellte Schiedspruch ist endgueltig und fuer beide Teile bindend.

**Kampfbund für
Steuerfreiheit und
Eigentumswirtschaft**

Sitz: Hamburg



Mitglieds-Karte Nr. 496.

Name: *Von Erdorf*
 Vorname: *Walter*
 Wohnort: *Berlin - Halensee*
 Straße u. Hausnummer: *Nestorstr. 16.*
 Beruf: *Hauptmann a. D.*

Bemerkungen: *Am 22. Mai 1932 gewählt
 h. Vorsitzenden des erweiterten Bundes-
 Vorstandes ernannt.*

Meyer.

Hamburg, den *2. Mai* 193*2*

R. Ludwig Meyer.
 Bundesführer.

1931		1932		1933	
			<i>Juli</i>		
			<i>bez.</i>		
			<i>August</i>		
			<i>bez.</i>		
			<i>Sept.</i>		
			<i>bez.</i>		
			<i>Oktober</i>		
			<i>bez.</i>		
			<i>Nov.</i>		
			<i>bez.</i>		
			<i>Jan.</i>		
			<i>bez.</i>		

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampfbund für
Steuerfreiheit und
Eigentumswirtschaft
e. V.
Hamburg

Archiv

Satzung.

1. Der Kampfbund für Steuerfreiheit und Eigentumswirtschaft ist eine wirtschaftspolitische Vereinigung. Er bezweckt die Zusammenfassung aller deutschen Männer und Frauen, die auf der Grundlage der Verfassung des Deutschen Reiches mitwirken wollen, die „Steuerfreiheit“ und die „Eigentumswirtschaft“ zu erlangen, wie sie in der Schrift von Dr. Otto Dickel: „Steuerfreiheit bringt Arbeit und Brot“ (Verlag Deutsche Zukunft, A. Herpel, Hamburg 30) dargestellt sind.

2. Der Verein hat seinen Sitz in Hamburg und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das 1. Geschäftsjahr endet am 31. Dezember 1931.

4. Der Bund unterscheidet Einzelmitglieder und körperschaftliche Mitglieder. Einzelmitglied kann jeder Deutsche männlichen oder weiblichen Geschlechts werden, der volljährig ist und seinen Beitritt schriftlich erklärt. Ueber die Aufnahme entscheidet der Ortsgruppenführer, der das Mitglied gleichzeitig einer Zehnerschaft zuweist. Ueber die Aufnahme körperschaftlicher Mitglieder entscheidet der Bundesführer nach vorheriger Prüfung der Satzung des Antragstellers.

5. Die Mitgliedschaft erlischt durch schriftliche Austrittserklärung auf den Schluß eines Kalendervierteljahres. Falls ein Mitglied trotz Mahnung länger als drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand geblieben ist, oder sich grobe Verfröhe gegen die sonstigen Pflichten eines Mitgliedes hat zuschuldenkommen las-

Inst

jen, kann es durch den Ortsgruppenführer oder den Bundesführer ausgeschlossen werden. Der Ausschluß ist dem Betroffenen schriftlich mitzuteilen. Dem Ausgeschlossenen steht bei Ausschluß durch den Ortsgruppenführer Berufung an den Bundesführer, bei Ausschluß durch den Bundesführer Berufung an das Bundesschiedsgericht zu. Frist 14 Tage. Die jeweilige Berufungsstelle entscheidet endgültig.

6. Jedes Mitglied hat ein Eintrittsgeld und einen laufenden Beitrag zu entrichten. Ihre Höhe wird für Einzelmitglieder vom Bundesführer festgesetzt, die Beiträge für körperschaftliche Mitglieder werden vom Bundesführer mit den Antragstellern vor Aufnahme vereinbart. Die Verteilung der Beiträge auf die Gliederungen des Bundes ist Sache des erweiterten Bundesvorstandes.

7. Organe des Vereins sind:

1. Der Bundesführer,
2. Der erweiterte Bundesvorstand,
3. Die Orts-, Bezirks- und Landesgruppen,
4. Die Hauptversammlung
5. Das Bundesschiedsgericht.

8. Der Bundesführer ist gleichzeitig der 1. Vorsitzende des erweiterten Bundesvorstandes und Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 BGB. Im Verhinderungsfalle wird er auch den 2. Vorsitzenden vertreten. Der Bundesführer wird in der Gründungsversammlung auf unbestimmte Zeit gewählt. Er ernennt die übrigen Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes auf Widerruf. Im Falle seines Ausscheidens ernennt er seinen Nachfolger, wird hiervon abgesehen, oder ist Tod die Ursache des Ausscheidens, so tritt der zweite Vorsitzende ohne weiteres an seine Stelle. Der Bundesführer beruft nach Bedarf die Sitzungen des erweiterten Bundesvorstandes und die Hauptversammlung und

leitet dieselben. Er kann sich in der Leitung vertreten lassen. Satzungsänderungen und Vereinsauflösung, sowie etwaige Auflösung einzelner Niederungen erfolgen nur durch den Bundesführer.

- 9. Der erweiterte Bundesvorstand besteht aus:
 - dem ersten und zweiten Vorsitzenden,
 - dem ersten und zweiten Schriftführer und
 - dem ersten und zweiten Säckelwart.

Er ist beratendes und ausführendes Organ für den Bundesführer.

10. Die Hauptversammlung ist die Mitgliederversammlung im Sinne des Gesetzes. Sie setzt sich zusammen aus dem erweiterten Bundesvorstand, sowie den Führern der Bezirks- und Landesgruppen. Sie tritt nur auf Berufung durch den Bundesführer zusammen. Ist ein Mitglied der Hauptversammlung an der Teilnahme verhindert, so entsendet es seinen Stellvertreter. Sie hat beratende Befugnis. Die gefassten Beschlüsse bekräftigt der Leiter der Hauptversammlung. Auf schriftlichen Antrag von $\frac{1}{10}$ der Mitglieder ist eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen.

11. Das Bundesschiedsgericht ist in allen Bundesangelegenheiten insbesondere bei Streitigkeiten aus der und über die Satzung oberste Berufungsstelle. Es wird aus drei Männern gebildet, die vom Bundesführer berufen werden. Ihre Amtsdauer ist unegrenzt. Der Spruch des Bundesschiedsgerichtes ist endgültig.

12. Der innere Aufbau des Bundes erfolgt wachstumsmäßig von unten nach oben, wie folgt:

- a) Die Zehnerchaft: Sie soll in der Regel 10 Mitglieder nicht übersteigen, erreicht sie 15 Mitglieder, so ist die Bildung einer neuen Zehnerchaft angebracht.

b) Die Hundertschaft: Für sie gilt sinngemäß dasselbe wie für die Zehnerschaft. Beide werden nachbarlich gebildet. Im Landgebiet bildet im Allgemeinen jede Ortschaft eine Hundertschaft.

c) Die Ortsgruppe: Mehrere Hundertschaften, in der Regel 10, bilden eine Ortsgruppe. Die örtlichen Verhältnisse sind dabei zu berücksichtigen, in der Stadt möglichst die bestehenden Stadtteile oder Stadtbezirke, auf dem Lande das geschichtlich Gewordene.

d) Die Bezirksgruppe: Die Ortsgruppen einer Stadt oder eines Landbezirkes bilden eine Bezirksgruppe. Der Gruppenbereich wird von der Landesführung festgelegt.

e) Die Landesgruppe: Sie umfaßt die in ihrem Gruppenbereich bestehenden Bezirksgruppen. Der Bereich wird vom erweiterten Landesvorstand abgegrenzt.

13. An der Spitze der Zehnerschaft stehen der Zehnerschaftsführer und sein Stellvertreter. Sie werden alljährlich von den Mitgliedern der Zehnerschaft gewählt und zwar bei Beginn des Geschäftsjahres. Ihre Wahl bedarf der Bestätigung durch den Ortsgruppenführer. Der Zehnerschaftsführer hat alle Mitteilungen und Bekanntmachungen an seine Mitglieder weiterzugeben und engste Führung mit diesen zu halten. Er sammelt die Beiträge ein und liefert sie an den Säckelwart der Hundertschaft ab.

14. An der Spitze der Hundertschaft stehen der Hundertschaftsführer, sein Stellvertreter, sowie ein Säckelwart. Sie bilden die Führung der Hundertschaft und werden alljährlich bei Beginn des Geschäftsjahres von den Zehnerschaftsführern und deren Stellvertretern aus deren Mitte gewählt. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch den Bezirksführer. Der Säckelwart überwacht die Zehnerschaftsführer im Beitragseinzug und liefert die Beiträge an den Säckelwart der Ortsgruppe ab.

15. An der Spitze der Ortsgruppe stehen der Ortsgruppenführer, sein Stellvertreter, der Schriftführer und der Säckelwart. Ihre Wahl erfolgt am Beginn jeden Geschäftsjahres durch die Mitglieder der Hundertschaftsführungen aus deren Mitte. Sie bilden die Ortsgruppenführung. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch den Landesführer.

16. An der Spitze der Bezirksgruppe stehen der Bezirksführer, sein Stellvertreter, der Schriftführer und der Säckelwart. Sie bilden die Bezirksführung. Ihre Wahl erfolgt am Beginn jeden Geschäftsjahres durch die Mitglieder der Ortsgruppenführungen aus deren Mitte. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch den Bundesführer.

17. An der Spitze der Landesgruppe stehen der Landesführer, sein Stellvertreter, der Schriftführer und der Säckelwart. Sie bilden die Landesführung. Ihre Wahl erfolgt am Beginn jeden Geschäftsjahres durch die Mitglieder der Bezirksführungen aus deren Mitte. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch den Bundesführer.

18. Der Bundesführer ist berechtigt, bei Bildung neuer Gliederungen vorläufige Führungen zu ernennen. Er kann dieses Recht auf die Landesführer übertragen. Nähere Anweisungen über die Führung der Gliederungen gibt der erweiterte Bundesvorstand.

19. Alle Ämter sind Ehrenämter, jedoch kann der Bundesführer im Einvernehmen mit dem Bundesschiedsgericht solchen Ehrenamtsträgern, die ihre ganze Kraft in den Dienst des Bundes zu stellen gezwungen sind, für die Dauer ihres Ehrenamtes einen sogenannten Ehrenlohn bewilligen, wenn Mittel dafür vorhanden sind.

20. Bezahlte Hilfskräfte werden vom Bundesführer angestellt und entlassen. Er kann dieses Recht auf die Landesführer übertragen.

21. Wird ein Mitglied in ein Ehrenamt einer im Aufbau des Bundes höheren Gruppe gewählt, so legt er sein seitheriges Amt ohne weiteres nieder. Ersatzwahl ist dann sofort vorzunehmen. Die Wahlkörper sind gleichzeitig Gruppenversammlungen mit beratender Befugnis.

22. Bei Auflösung des Vereines hat der Bundesführer gleichzeitig Bestimmung über den Verbleib des Vereinsvermögens zu treffen. Es darf nur einem wohltätigen Zweck zugeführt oder einem Verein mit gleichen oder ähnlichen Zielen übereignet werden. Die Abschlussprüfung obliegt dem Bundesschiedsgericht.

H a m b u r g, den 4. Mai 1931.

Kampfbund für
Steuerfreiheit und Eigentumswirtschaft e. V.

Kampfbund für
Steuerfreiheit u. Eigentumswirtschaft e.V.

Hamburg 30, 22. Mai 32
Lilienblumebasse 18^{II}

Der Bundesführer

Herrn

Hauptmann a.D. Welcker v. Edgendorf

Berlin-Kalauer

Da der seitheinge 2. Vorsitzende des Kampfbundes für Steuerfreiheit und Eigentumswirtschaft e.V. Sitz Hamburg, aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten ist, ernenne ich hiermit auf Grund des § 8. der Satzung Sie zum 2. Vorsitzenden des erweiterten Bundesvorstandes und Vertreter des Bundesführers und Vorstandes im Sinne des § 26 Bf. B.

L. Ludwig Meyel
Bundesführer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ziel und Richte

des Kampfbundes für Steuerfreiheit und Eigentumswirtschaft

Zwecks Erreichung des Bundeszweckes, der Schaffung von Rechtsverhältnissen, welche gemäß dem in der Verfassung des Deutschen Reiches niedergelegten Grundsätze von der Unantastbarkeit des Eigentums, einem jeden Deutschen den vollen Lohn seiner Leistung und den uneingeschränkten Besitz und Gebrauch ehrlich erworbenen Eigentums sicherstellen, erstrebt der Bund im Einzelnen:

1. Restlose Beseitigung aller heutigen Steuern, die nur der Enteignung des Volkes dienen und letztlich den internationalen Geldmächten zur restlosen Verflabung des Deutschen Volkes verhelfen sollen.

Die heutigen Steuern und steuerähnlichen Abgaben drohen das Leben des Volkes völlig zu ersticken, knechten den Schaffenden, mästen die Kassenden, belohnen den Faulen und bestrafen die Fleißigen.

2. Als einzige öffentliche Abgabe erstrebt der Bund eine Benutzungsgebühr von der vom Einzelnen und seiner Sippe unmittelbar oder mittelbar in Anspruch genommenen Fläche der Deutschen Heimat Erde. Diese Steuer ist nicht zu verwechseln mit der heutigen Grundvermögenssteuer, sondern ist einzig und allein vom Werte der Grundfläche zu erheben, berechnet nach der mehr oder weniger günstigen Lage zum wirtschaftlichen Verkehrswesen (Lagerwerk). Festsetzung und Einhebung sind einfach und mit geringstem Aufwand an Verwaltungskosten durchführbar. Sie bringt die allseits erstrebte „Steuervereinheitlichung“, bricht die kapitalistische Bodensperre und macht den Boden für die Volksgenossen frei; der Anspruch auf Land wird durch sie erfüllbar gemacht.

Die Steuer ist vom Landwirt in Erzeugnissen seiner Acker- und Viehwirtschaft, von den übrigen Berufen in Geld zu entrichten.

3. Der Bund erstrebt die Beseitigung sämtlicher Zölle, da diese lebensvertuernd wirken und Zwietracht zwischen den einzelnen Ständen im Volk verursachen.

4. An ihre Stelle sind zum Schutze der heimischen Wirtschaft wohlwollende Einfuhrverbote zu setzen, soweit und solange diese den berechtigten Belangen des Gesamtvolkes entsprechen.

5. Der Bund erstrebt die Entschuldung der Deutschen Heimat Erde und des Sachvermögens durch Umwandlung der bestehenden Hypotheken in zinsfreie, tilgungspflichtige Grund- und Gebäudeschulden nach deutschem Pfandrecht.

6. Der Bund erstrebt die Abschaffung der Goldwährung, dieser Zwangsbürg des internationalen Kapitalismus, und dafür die Schaffung einer Leistungswährung nach den Vorschlägen von Dr. Otto Videl.

7. Der Bund erstrebt die Schaffung Deutschen Kreditwesens, das unter Umwandlung und Ausgestaltung bestehender Einrichtungen zu Ausgleichskassen jedem Wirtschaftler auf Grund seines Vermögens die benötigten Betriebsmittel zinsfrei zur Verfügung stellt.

8. Der Bund erstrebt die Bereitstellung ausreichender zinsfreier Aufbaukredite durch restlosen Einsatz der Kredithöhe der öffentlichen Hand für die Baureifmachung der Deutschen Fläche, für großzügige Arbeiter-, Wirtschaftsheimstätten- und Bauernsiedelung unter deutschem Recht. Diese Mittelbeschaffung ist denkbar einfach und verbürgt in Verbindung mit Leistungswährung, Ausgleichskassen und Steuervereinheitlichung Arbeit und Brot, steigende Kaufkraft, wachsenden Wohlstand und Gedeihen von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Gewerbe.

9. Der Bund erstrebt Umwandlung der heutigen staatlichen Gewaltspolitik mit ihrem Bürokratismus und ihrer Bevormundung in Selbstverwaltung des Deutschen Volkes auf allen Lebensgebieten unter frei erforenen und ihren Volksgenossen persönlich verantwortlichen Führern. Die Verfassung des Bundes bringt dieses Streben zum Ausdruck und Vorbild.

10. Der Bund lehnt jedes Paktieren mit Parteien ab und sieht im Parlamentarismus einen Todfeind des Volkes. Er beteiligt sich deswegen nicht an Parlamentswahlen.

Der Bund nimmt von dem Vorhandensein einer Anzahl von politischen, wirtschaftlichen und Berufsorganisationen Kenntnis, erkennt ihre geschichtliche Aufgabe an und lehnt es ab, sie zu bekämpfen, solange er von ihnen nicht angegriffen wird. Die Zugehörigkeit zu einer anderen Organisation schließt die Mitgliedschaft im Bunde nicht aus.

11. Die großen Endziele des Bundes werden ihn nicht abhalten, überall einzugreifen, wo es not tut und wo er glaubt, helfen zu können. In allen seinen Maßnahmen wird er sich leiten lassen von der Ueberzeugung, daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht. Tagesorgen Einzelner und von Gruppen kann sich der Bund nicht widmen. Er überläßt deren Behandlung den bestehenden Zweckorganisationen.

12. Der Bund stützt seine Forderungen und sein Wirken insbesondere auf die Artikel 1, 134, 151, 152, 155, 163 der Verfassung des Deutschen Reiches.

Hamburg 30, den 4. Mai 1931.

Dr. Ludwig Herpel, Bundesführer.

(Hier abtrennen und einsenden!)

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Kampfbund für Steuerfreiheit und Eigentumswirtschaft in Hamburg. Das Eintrittsgeld beträgt 1.— Wert. Der Monatsbeitrag, für den das Bundesorgan „Volk Freiheit Vaterland“ ohne weitere Zahlung geliefert wird, beträgt 1.— Wert.

Ich trete bei als Mitglied*) — als Förderermitglied.*) (mindestens 3 Wert Monatsbeitrag)

Das Eintrittsgeld und den ersten Monatsbeitrag in Höhe von 3 Zt. 2 Wert = 2.40 Rmk. sende ich gleichzeitig auf Postcheckkonto Kampfbund für Steuerfreiheit und Eigentumswirtschaft e. V., Hamburg Nr. 53327.

Name:

Beruf:

Wohnort u. Postamt:

Str. u. Nr.

*) Nicht Zutreffendes streichen!

Allgemeiner Verband für Arbeitsbeschaffung und Erwerbsförderung e. V.

So kann und so darf es nicht weitergehen. Die Zahl der Arbeitslosen übersteigt die sechste Million. Die Staats- und Gemeindefinanzen sind ausgeschöpft. Die deutsche Wirtschaft droht zu erliegen. Die Erwerbslosigkeit ist die Pest, die Alles ansteckt. Sie bringt das große Sterben in die Wirtschaft. Soll der vollkommene Ruin vermieden werden, so müssen sich alle Abwehr- und Aufbaukräfte auf das einfache, gewaltige Kernproblem,

die Beseitigung der Erwerbslosigkeit,

konzentrieren und raschestens zu praktischem Handeln übergehen. Wir sind der Überzeugung, daß es nur möglich ist, die Erwerbslosigkeit zu beseitigen, wenn das Problem von der produktionswirtschaftlichen Seite aus angefaßt wird, d. h.

durch Arbeitsbeschaffung und Erwerbsförderung.

Wir wollen ernst, sachlichen, nüchternen Vorschlägen erster Sachleute und Klaren, durchdachten Arbeitsbeschaffungs- und Finanzierungsplänen Gehör verschaffen und so einen Weg aus der wirtschaftlichen Not weisen. Teillösungen wie Notstandsarbeiten usw. genügen nicht, da sie nur Flickarbeiten darstellen, den Wiederaufbau der Wirtschaft hindern und für ihre Finanzierung keine ständige wirtschaftliche Grundlage bieten

Ungefane Arbeit ist in reichem Maße vorhanden. Das Ziel ist nicht Erwerbslosenbeschäftigung sondern Aufsaugen der Erwerbslosen durch Arbeitsbeschaffung, die im Rahmen eines gesamtwirtschaftlichen Aufbauplanes verwirklicht werden.

Die Aufgabe übersteigt bei weitem die Kräfte des Einzelnen oder einer Gruppe, sie übersteigt überhaupt die Kräfte der vorhandenen Einrichtungen. Deswegen muß die Volksgemeinschaft sie in die Hand nehmen und für diesen Zweck ihre ganzen Kräfte zusammenfassen.

Das Hauptmittel, mit dem die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu lösen ist, wird der zinslose, langfristige Kredit sein. Dieser Kredit soll aber nicht nur den Unternehmungen der öffentlichen Hand, sondern auch direkt der ganzen Privatwirtschaft zu Gute kommen. Es soll sich ein allgemeiner Neuaufbau der Wirtschaft auf weiter Grundfläche von unten herauf vollziehen. Die deutsche Wirtschaft, die in den letzten Jahrzehnten zwischen den schärfsten Katastrophen hin- und hergeworfen wurde, braucht endlich einmal Ruhe. Ihr soll der Weg für eine gesunde, katastrophensfreie Entwicklung bereitet werden.

Der Allgemeine Verband für Arbeitsbeschaffung und Erwerbsförderung bezweckt die Zusammenfassung und Förderung aller Bestrebungen, welche die Beseitigung der Erwerbslosigkeit und den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands zum Ziele haben.

Wir wenden uns an Alle, die guten Willens sind, in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie. Wir wenden uns an den Einzelnen wie an die großen Interessenvertretungen und Wirtschaftsverbände, mit uns einzutreten in den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung und Erwerbsförderung, auf daß ganze Arbeit getan werde und nicht Sclückwerk.

Allgemeiner Verband für Arbeitsbeschaffung und Erwerbsförderung e. V.

Das Präsidium:

Dr. Bernhard Endrucks

Senator Karl Köster, Stadtoberbaurat

Der Vorstandsrat:

Dr. Eichich

Ernst Freiensehner

GRÜNDER

- 1) Oskar Barth, Diplom-Ingenieur, Berlin-Lankwitz
Dillgesstr. 19
- 2) Dr. Otto Dieckel, Studienrat, Augsburg, Neidhardt-
str. 29 1/2
- 3) Walther von Etxdorf, Schriftsteller, Berlin-
Halensee, Nostorstr. 16
- 4) Hermann Hagemann, Kaufmann, Berlin-Steglitz
Kühlebornweg 14
- 5) Dr. Ludwig Herpel, Beratender Volkswirt, Hamburg
30, Liliencronstr. 18, II
- 6) Dr. Herbert Schich, Beratender Volkswirt, Berlin-
Lichterfelde, Reuterstr. 34
- 7) Fritz Seidler, Diplom-Landwirt, Zeesen bei
Königswusterhausen, Spreewaldstraße

treten hiermit heute, den 31. Oktober 1931, in Berlin W.,
Keithstr. 17, in den Geschäftsräumen des Regierungsbaumei-
sters Julius Hug auf Grund der hier beigefügten von uns
unterschiedenen

Satzung, datiert Berlin den 31. Oktober 1931,
zu der Genossenschaft

Deutsche Ausgleichskasse in Berlin
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

unter den in dieser Satzung enthaltenen Bedingungen zusammen
und halten hiermit unsere Gründungsversammlung, auch zur Wahl
des Vorstandes und des Aufsichtsrates, gleichzeitig ab.
Als Mitglieder des Vorstandes wählen wir einstimmig:

- 1) Den Beratenden Volkswirt Dr. Ludwig Herpel, in
Hamburg 30, Liliencronstr. 18, II, wohnhaft,
- 2) Den Beratenden Volkswirt Dr. Herbert Schich, in
Berlin-Lichterfelde, Reuterstr. 34 wohnhaft.

Kampfbund für Steuerfreiheit und
Eigentumswirtschaft
Ortsgruppe Frankfurt a/M.
In Heidenfeld 135

75-1926-28
Frankfurt a.M. den 22. März 1932

Herrn
Walther von Etzdorf
Berlin-Halensee
Nestorstr. 16

Sehr geehrter Herr von Etzdorf!

Das Kampfbundmitglied Ludwig Klähr, hat am 16. Januar ds.J. die Dickel'sche Flugschrift "Steuerfreiheit bringt Arbeit und Brot" zur Stellungnahme und eventueller Besprechung an den Gewerkschaftsbund der Angestellten Berlin-Zehlendorf, Schweizerhof gesandt.

Der Wirtschaftsesachverständige Max Rössiger des G.D.A. wollte anlässlich einer Kundgebung am 17. März in Frankfurt, welche Gelogenheit von Herrn Kamke und dem Unterzeichneten durch Vermittlung des Herrn Klähr (Mitglied des G.D.A.) benutzt wurde, um sich mit Herrn Rössiger persönlich ins Benehmen zu setzen. Nach Beendigung des Vortrages des Herrn Rössiger konnten wir diesen auf die Idee Dr. Dickels aufmerksam machen. Herr Kamke notierte ihm sämtliche bestehenden Kampfbünde und deren Führer. Es wurde ihm Dr. Dickels Flugblatt im Augsburger Wochenspiegel, sowie die kleine Broschüre Dr. Herpels "Die Ausgleichskasse" überreicht. Herr Rössiger, der Mitglied des Reichswirtschaftsrats ist, versprach, sich mit dem neuen Gedanken zu beschäftigen und mit uns in Fühlung zu bleiben. Wir wenden uns deshalb an Sie mit der Bitte, am dortigen Platze persönlich Herrn R. unter Bezugnahme auf die hiesige kurze Besprechung aufzusuchen und weiter zu bearbeiten.

Der G.D.A. hat bis heute die Broschüre Dickels weder bestätigt noch irgendwo besprochen. Dies gab Veranlassung, erneut durch Herrn Klähr an den Bund heranzutreten mit der Bitte, die im dortigen Besitz befindliche Broschüre an Herrn Rössler auszuhändigen. In der hiesigen Versammlung sprach Herr R. selbst davon, daß es außerordentlich schwierig sei, neue Ideen durchzusetzen. Er lehnte den Faschismus ebenso ab wie den russischen Kommunismus, weil wir weder Italiener noch Russen seien, sondern Deutsche. Sie haben hiermit die besten Anknüpfungspunkte. Herr Kamke meinte noch in der Besprechung mit Herrn R., daß er da aufgehört habe, wo wir anfangen.

Es wäre selbstverständlich von großer Bedeutung, wenn es Ihnen gelänge, Herrn R. von unserer Idee zu überzeugen und ihn zunächst einmal dazu bestimmen könnten, im Bundesorgan des G.D.A. einen Aufsatz über das Wesen der Ausgleichskasse zu bringen.

Für Ihre Bemühungen im voraus besten Dank.

Mit herzlichem Werkheil
gez. Karl Weigold
Schriftführer

78-1926-20

Anlage 2

26 - 30

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Wilhelm Brauser
Berlin - Haselhorst
Riensbergstr. 54

25-1926-30

den 28. Mai 1946

Ich bestätige hiermit, dass Herr Walther von Eitzdorf mit mir und anderen Arbeitern zusammen 1931 den deutschen Erwerbslosen-Verband gegründet hat und, dass er bis zur Zwangsauflösung des Verbandes durch die NSDAP 1933 Vorsitzter des Verbands-Schiedsgerichts gewesen ist.

Ziel des Verbandes war die Sesshaftmachung der erwerbslosen Arbeiter in Eigenheimen mit Land am Rand der Städte auf dem Wege der Siedlung.

Wir konnten innerhalb zweier Jahre in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschafts-Ministerium an der Siedlung Blumberg-Elisenau, bei Bernau (Mark) unseren Mitgliedern 500 Eigenheime mit 5000qm Land zur Verfügung stellen.

und 7 wernienken - Wogendorf

Die Größverhältnisse sind:

2 Morgen = kleinste Stelle.

4 " "

10 " "

25 " "

mit 10000 "
" 25000 "
" 62500 "

Wilhelm Brauser

Werkzeugschlosser

Haselhorst Riensbergstr. 54

026

Archiv

10000 Häuser à 1000 M

Erwerbslosen-Verband schlägt große Siedlungen vor

"Kunze" vom 14. 9. 31 !!!

In diesen Tagen hat der „Deutsche Erwerbslosen-Verband“, eine Organisation, die während der Krisenzeit gegründet worden ist, eine Anzahl größerer deutscher Städte umfaßt, in Berlin seinen Hauptsitz hat und weit über 60 000 Mitglieder zählt, den zuständigen Ministerien Baupläne eingereicht, deren Verwirklichung einen neuen Abschnitt in der modernen Siedlungsgeschichte bedeuten würde.

Der Verband steht mit mehreren Berliner Baufirmen in Verhandlungen, die bereit sind, 10 000 Holzhäuser zum Preise von je 800, 1000 oder 1200

Mark zu liefern. Diese Bauten stehen auf Betonpfählen, sind Doppelwandig und so eingerichtet, daß sie jederzeit vergrößert oder verkleinert werden können. Sie bestehen aus drei Zimmern und einer Küche.

Der „Deutsche Erwerbslosen-Verband“ denkt sich in Uebereinstimmung mit den betreffenden Firmen die Zahlung der Baulosten folgendermaßen:

500 Mark sollen von den Erwerbslosen selbst aufgebracht werden, indem sie von ihrer Erwerbslosen-Unterstützung 2,50 Mark wöchentlich abzahlen. Die zweiten 500 Mark müßte der Staat aufbringen und später im Renten-Amortisations-Verfahren von den Besitzern der Häuser zurückerfordern. Der Verband schlägt dem Staat vor, die Beträge aufzubringen:

1. durch Einsparung der Erwerbslosen-Mietsbeihilfen angehehelter Erwerbsloser; denn für fast jeden Wohlfahrts-Erwerbslosen werden zur Zeit monatlich 15—20 Mark Mietsbeihilfe gezahlt, was bei einer Familie allein jährlich 180—240 Mark ausmacht;
2. aus Hauszinssteuermitteln;
3. aus kirchlicher Wohlfahrtsfürsorge;
4. durch eine Notanleihe und
5. durch freiwillige Sammlungen.

Weiter will der Verband Ofen zum Preis von je 3 Mark beschaffen und entsprechend billige Kochherde stellen. Wo keine Wasserleitung vorhanden ist, sollen je 4 Familien einen Brunnen erhalten.

Die schwierige Ernährungsfrage soll in der Zeit vor der ersten Ernte durch Standard-Verpflegung gelöst werden. Je 100 Familien sollen aus einer Feldküche gespeist werden.

Der Verband wendet sich nun an das Reich und die einzelnen Kommunen, um von ihnen das notwendige Siedlungsgebiet, 1000 Quadratmeter Land für jeden Siedler, zugewiesen zu bekommen. Jeder Arbeitslose soll pro Quadratmeter jährlich einen Pfennig Pacht bezahlen, das sind 10 Mark pro Parzelle im Jahr.

Institut für Zeitges

"Massensiedlung und Arbeitslosenproblem".

(Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

Zur Lösung des Arbeitslosenproblems, wird von der Reichsregierung, neben anderen Massnahmen, auch die Inangriffnahme von Massensiedlungen geplant.

Die Erkenntnis, dass auf dem bisher üblichen Wege nicht an dieses Problem heranzukommen ist, scheint sich in allen massgebenden Kreisen durchgesetzt zu haben. Konkrete Vorschläge zu diesen Massensiedlungen sind jedoch bisher von keiner Seite gemacht worden. Im besonderen scheiterten wohl die im Projekt ausgearbeiteten Vorschläge immer daran, dass die Geldmittelbeschaffung für einen wirklich grosszügig durchzuführenden Siedlungsplan nicht möglich war.

Unser H.R.-Mitarbeiter hatte nun Gelegenheit, Herrn W. v. Etzdorf, welcher als Fachmann für neuzeitliches Siedlungswesen von weiten Kreisen anerkannt wird, über dieses Problem zu hören. Bei den Ausführungen Herrn v. Etzdorf's handelt es sich nicht mehr um reine Theorien, sondern es ist bereits in Schleswig Holstein mit Hilfe der "Ausgleichskasse" an die praktische Verwirklichung dieser Vorschläge mit gutem Erfolg herangegangen worden.

Grundsätzlich nur Pioniersiedlung!

Die Siedlungsfrage steht z.Zt. im Brennpunkt des allgemeinen Interesses

Seitens der Reichsregierung wird die Inangriffnahme der Massensiedlung geplant. Wenn man sich mit Siedlungsfragen befasst, so muss man mit äusserster Vorsicht und grösster Objektivität an die Lösung herangehen, und ihre Möglichkeiten genau prüfen, weil Fehlschläge bei Massensiedlungen das bestehende Elend ins Urbemessere vergrössern müssen. Vor allen Dingen ist zu fordern, dass nur sog. " Pioniersiedlungen " aufgestellt werden. Dieser Ausdruck wird verständlich, wenn wir einmal nebeneinanderhalten, dass Preussen in demselben Zeitraum und mit denselben Mitteln eine Siedlung hinstellte, während z.B. die Polen dafür zehn Siedler ansetzten; indem sie nichts anderes gaben, als das Land, und es den Siedlern selbst überliessen, ob sie in Erdhütten oder sonstwie hausen wollten, während unsere Siedler mit grossem Gebäudeinventar ausgestattet werden. An sich ist diese Tatsache für ein Kulturvolk begrüssenswert. Nur vergisst man dabei, dass unter den heutigen Verhältnissen und den z.Zt. angewandten Methoden durch Zins- und sonstige Belastungen der Siedler von Anfang an so stark gedrückt wird, dass er einfach nicht lebensfähig sein kann.

Bei der Siedlung muss man ferner grundsätzlich zu unterscheiden wissen, ob es sich um Bauernsiedlungen handelt zwischen 40 und 200 Morgen, ob es sich um Siedlungen gärtnerischer Art handelt auf 5 bis 20 Morgen, oder ob es sich um Grosstadt-Randsiedlungen für Industriearbeiter handelt. Um bei den Letzten zu beginnen, ist folgendes zu berücksichtigen: Grundsätzlich wünschenswert ist natürlich ein festes Eigenheim von mehreren Wohnräumen. Legt man die Tatsache zu Grunde, dass der Industriearbeiter ja nicht seinem Beruf entzogen werden soll, sondern die Sesshaftmachung, die nur einen Rückhalt für seine Lebenshaltung geben soll, geplant ist, so wird man zu dem Schluss kommen, dass man für Grosstadt-Randsiedlungen etwa die Art vergrösserter Schrebergärten anzustreben hat. Die dem Einzelnen zu gebende Fläche sollte sich zwischen einem halben bis einem Morgen bewegen, unter der Berücksichtigung, das mehr Land eine glatte Belastung darstellt, nicht mehr handbearbeitet werden kann, und auch nicht mehr ohne Hinzukauf von Düngemitteln gedüngt werden kann. Das aber ist schon wieder eine finanzielle Belastung, die den Siedler anstatt mit Freude arbeiten lässt, ihn zum Sklaven seines Besitzes stempelt.

Die beiden anderen Siedlungsarten stellen reine Veredelungswirtschaften dar. Setze ich unter den heutigen Verhältnissen im grossen Stiele Gärtner- und Bauern-Siedlungen an, so begehe ich einen Elementarfehler, weil unter den heutigen Verhältnissen alle diese Siedler für ihre Produkte keinen Absatz finden, und so infolge der hohen Grundbelastungen schnell verelenden müssen. Diese Siedlungsart kommt also für die Lösung der Arbeitslosenfrage überhaupt nicht in Betracht.

Grundlage jeder Siedlung ist die vorhergehende Inangriffnahme der notwendigen Aufbauarbeiten, die durch Neuschaffung oder Verbesserung von Verkehrswegen innerhalb der modernen arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft erst die Basis schaffen für den auf ihnen erfolgenden Umschlag und schnellen Absatz landwirtschaftlicher Veredelungsprodukte. Grundsätzlich ist zu warnen vor Moorentwässerung und Oedlandkultur. Die Arbeiten in Mooren verändern nicht nur den Grundwasserspiegel, sondern auch die klimatischen Bedingungen einer ganzen Landschaft. Zudem heisst es, den zweiten Schritt vor den ersten zu tun; solange nicht in Deutschland das jetzt brachliegende Kulturland wieder in intensive Bewirtschaftung genommen, und auf den überhaupt höchstmöglichen Kulturstand gebracht ist.

Mittelbeschaffung durch die " Ausgleichskasse ".

Siedlung und Aufbauarbeiten sind unlöslich miteinander verbunden. Siedlung bedingt die vorherige Inangriffnahme, volkswirtschaftlich produktiver Aufbauarbeiten an allen Umschlagwegen der modernen arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft. Für beide ist, sollen sie wirklich Erfolg haben, und

" Massensiedlung und Arbeitslosenproblem ". Bl. - 3 -

in dem Stiel durchgeführt werden, der allein eine Gesundung Deutschlands ermöglicht, die Bereitstellung zinsloser Kredite unbedingte Voraussetzung.

Diese Kredite können heute in der kapitalistischen Wirtschaft nicht beschafft werden, weil sie angeblich unrentabel sind. Man vorgibt nur hinzuzusetzen für den Privatkapitalisten, denn für die Gesamtheit des Volkes und seine wirtschaftliche Blüte gibt es gar keine rentableren Anlagen als diese grossen **A u f b a u a r b e i t e n**. Sie allein sind volkswirtschaftlich produktiv. Der Aufschwung Deutschlands in den Jahren 1880 bis 1914 wäre nie möglich gewesen, wenn nicht vorher durch den Ausbau von Eisenbahnen, Strassen und Kanälen die Grundlage dazu geschaffen worden wäre.

Es müssen neue Wege gegangen werden, um diese eng zusammenhängenden Probleme zu lösen: **A r b e i t s l o s e n f r a g e = A u f b a u a r b e i t e n** und **S t e d l u n g e n**. Es muss erreicht werden, dass die öffentliche Hand mit Hilfe ihres " Kreditschöpfungsrechts " Mittel aufbringt, um diese lebensnotwendigen Arbeiten zu leisten. Diese Mittel müssen zinslos und möglichst langfristig zur Verfügung gestellt werden. Das ist durchaus möglich; wie das Beispiel der Rendsburger Ausgleichskasse zeigt. Man muss sich dabei einmal klar machen, dass Kredit mit Geld ursprünglich garnichts zu tun hat, sondern zu deutsch Vertrauen heisst. Man braucht also den Kapitalmarkt für die Bereitstellung dieser ja in's Ungeheure gehenden Mittel garnicht in Anspruch zu nehmen. An einem praktischen Beispiel soll die Arbeitsweise der Rendsburger Ausgleichskasse klargemacht werden.

Eine Gemeinde beschliesst den Bau einer Strasse mit Kopfsteinpflaster, die eine Lebensdauer von 30 Jahren haben soll. Die Gemeinde wird Mitglied der Ausgleichskasse und hinterlegt bei ihr den genehmigten Anleihebeschluss als Deckung. Auf Grund dieses Beschlusses eröffnet die Ausgleichskasse der Gemeinde ein Ausgleichsguthaben in voller Höhe. Dieser Kredit ist seitens der Ausgleichskasse unkündbar, wird zinslos gegeben, nur gegen einen Verwaltungskostenzuschuss von z.Zt. 1% der Anleihehöhe. Der Kredit ist im Laufe der Lebensdauer der Strasse, also innerhalb von 30 Jahren, zu tilgen. Mit der Tilgung kann grundsätzlich erst nach einigen Jahren begonnen werden, nämlich dann, wenn sich, durch den Bau der Strasse bedingt, und infolge der verbesserten Erwerbverhältnisse höhere Steuereinkünfte ergeben. Ueber den Kredit kann in voller Höhe durch reine Ueberweisung oder durch Entnahme von Ausgleichsschecks verfügt werden. Diese Ausgleichsschecks stellen eine juristische Neuschöpfung dar und sind etwa eine Kreuzung zwischen Postscheck und englischem Reisescheck. Der Ausgleichsscheck ist mit vorgedruckter Werthöhe in Reichsmark versehen.

Gegen diesen neuen Weg lässt sich grundsätzlich kein stichhaltiger Einwand finden. Es sei denn, dass man aus privat-kapitalistischen Erwägungen heraus eine Beseitigung des bestehenden Zinswuchers infolge der Zinslosigkeit dieser Ausgleichskassenkredite fürchtet. Der Einwand, es könne eine Inflation entstehen, ist keineswegs stichhaltig; denn erstens werden durch diese Ausgleichskassenkredite stets nur volkswirtschaftlich-produktive Sachwerte, also echtes Kapital geschaffen; zum anderen ist man aber längst zu der Erkenntnis gekommen, dass für die im Binnenverkehr zu verwendenden Zahlungsmittel überhaupt eine Golddeckung garnicht notwendig ist. G o l d d e c k u n g ist nur eine Reserve für die S p i t z e n - Z a h l u n g e n von D e v i s e n im A u s s e n h a n d e l s v e r k e h r.

Die Mittelbeschaffung für die Aufbauarbeiten der Massensiedlungen durch das Ausgleichskassensystem ist also sehr wohl möglich. Wenn aber auf diesem Wege die Arbeitslosenfrage zu lösen ist, so darf es nicht darauf ankommen, irgendwelche veralteten Standpunkte halten zu wollen. Nur der Mangel an Kredit und Selbstvertrauen kann uns hindern den drohenden Zusam-

75-1926-35

Anlage 3

31-36

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Der Reichsminister der Finanzen
F. 4603/78

75-1926-36
A b s c h r i f t!

Die von Ihnen ausgegebenen Ausgleichsschecks stellen Notgeld im Sinne des Gesetzes über die Ausgabe und Einlösung von Notgeld vom 17. Juli 1922, Reichsgesetzblatt I. Seite 693 und der Verordnung zur Änderung dieses Gesetzes vom 26.10.23, Reichsgesetzblatt I. Seite 1065 dar.

Zu ihrer Ausgabe bedarf es meiner Genehmigung. Da diese nicht nachgesucht worden ist, von mir auch nicht erteilt werden würde, ersuche ich, die im Verkehr befindlichen Ausgleichsschecks mit einer Aufruffrist von zwei Wochen aus dem Verkehr zu ziehen und auch die Schecks, die sich noch in den Händen Ihrer Mitglieder befinden, in der gleichen Frist aufzurufen.

Ich behalte mir strafrechtliches Einschreiten vor, falls Sie dieser Aufforderung nicht unverzüglich nachkommen.

An die Ausgleichskasse
in Rendsburg e.G.m.b.H.

Mit Faksimilestempel gez.
H. Dietrich

031

Rendsburg

Berlin, 1.X.31

B.J.

Abschnitt über Sitzung
im Gaudelminispaum am Mittwoch
den 21. Oktober 1931.

- Wortführer: Hauptportier Schindinger (Gaudelmin)
- Ökonomenrat Dr. Hanfeld (")
- Ökon. Rat Brodsky (Rinf-Findung-Min.)
- Dr. Hirschmann (Ministerial. Büro)
- Dr. Wisfmann (Poststelle Gaud. Min.)
- Dr. Madini (Gaud. Min. beim Ökon. Rat.)
- Dr. Grotzsch, Frau Möller (Rantblücker), Dr. Grotzsch,
u. Grotzsch. x Min. des. Abrechnung (Gammeln.) oder
nicht erschienen. (Kauf letzte Karte)

Hauptportier Schindinger eröffnete die Sitzung um 4⁰ mit einigen allgemeinen Einleitungs. Grotzsch weist dann das Wort und legt seinen Absichten und Ziele klar: Inaktivierung der Arbeitslosigkeit auf dem Wege über die Ausgleichskassen. Frau Möller zitierte die Rede in Pflanzung - Gelpin und führte die verschiedenen Meinungen zusammen: Im ersten Kapitalismus, im Osten die kollektive Sozialismus. Wenn wir nicht schnellstens zu einem eigenen Sozialismus übertrung finden, die unter Einwirkung von Außenweltmonopol über die Wirtschaft zu großen kollektiven sozialistischen Anstalten übertrien das deutsche Land bedürftig macht und so Arbeit und die Wirtschaft phlegt, wobei eine Umwandlung des Gesamtsystems von Staat über zu erfolgen hat, fallen wir unter dem Osten anheim über dem Westen als die Welt. Beides wird abgelehnt. Die Idee zur deutschen Umwandlung scheint in dem Ausgleichskassen System gegeben. Wenn jetzt die A. S. arbeiten wird, über daß die Regierung etwas Besseres an die Stelle zu setzen darund so muß die Regierung die 100% ige Verantwortung dafür haben für alle irgendeine damit zusammenhängenden Folgen, die insbesondere Natur sein können.

u. Grotzsch weist auf die Wichtigkeit der letzten Ausführungen

fin sind befristet fin. Gibt Anzucht ausstufungsgruppische des deutschen
 Konventionen - Konventionen unter Ausübung des neuen Hilfsw-
 beit für die Regierung in der Abreise des Reichsministeriums. Die Mitglieder
 des des d. f. v. sind gewillt, sich das Recht nicht gefallen zu lassen,
 weil es Vorgesetzter betriebe. Die volle Verantwortung für
 alles, was einem Recht folgen muß, fällt auf die Regierung.

Hingegen wolle ich betonen. Dr. Haufeld dankt die Herren
 wolle über die Selbstlosigkeit und den Eifer für die
 Befreiung der Arbeitslosigkeit. Es sei ihm, daß sich damit die
 Lage dieses Landes anders darstellen, weil die Herren Prof. Kantor-
 des diese Meinung gefast hätten wie die anderen Stellen, die
 die anderen Herren beim Ansehen des d. v. gefast hätten

Hauptberaters Handlungen regierte das Recht zu den
 Ausführungen über die Möglichkeit der Arbeit, wie sie
 Herr Müller wolle. Es sei ihm sehr wichtig, daß er
 die Ausführungen Müllers völlig missverstehen solle, weil Herr
 Müller in diesen Worten befristete.

Dr. Haufeld sagte nach mündlichen Erklärungen des Herrn
 über d. v. und betonte die Handlungen der Regierung dahin
 zusammen: Die d. v. Tische sind Geld. Die Ausgabe von Geld muß
 in einem Land vorwiegend sein. Die Ausgabe ist vorwiegend
 wirtschaftspolitische Gründe die d. v. Tische nicht zuzulassen. **F**

Darüber erklärte er, daß damit ja die Angelegenheit erledigt
 sei. Auf Regierungsseite erfolgte durch Dr. Haufeld, der nach Ab-
 berufung von Hauptberaters Handlungen die Sitzung mitteilte,
 die Festhaltung: so könne man nicht übereinstimmend sein. Es
 sei ihm sehr wichtig, daß man die Handlungen nicht meinte, wie
 sollte liquidieren, die Regierung solle nicht liquidieren, weil
 damit eine gewisse Lage durch unrichtige Benützung ge-
 schaffen würde. Die Regierung sei davon, daß es notwendig
 ist, wie sie nicht, daß es notwendig zu sein
 könne. Die sei bereit bei jeder der Liquidation gleiche
 Unterstützung zu gewähren. Hingegen habe ich den Eindruck

F Auf ausdrückliche Erfordern des Herrn v. Heydick, befristete Dr. Haufeld, daß man regie-
 rungsseitig in diesem Fall dem besondern Einverständnis des Reichsministeriums
 wenn ein Recht des d. v. erfolge. 33

sind das Verpfändeten goldene Krönchen als ein halbes Pfund, das eine
 Haltpfändung gegen Haltpfändung steht. * Die Bedingung
 solle sein, dass sie für ein gut befinden, sie jedoch ganz allein die
 volle Verantwortung. Dr. Häufel meinte die Bedingung sollte
 die Verantwortung. Auf die Frage, was sie zu tun gedächten,
 erklärte Engel, dass müsse es die Ausführungsbestimmungen
 zur Notverordnung über Geldstrafen sein. Wodurch hat sie
 gleich mitzunehmen, wieviel aber von Dr. Häufel beauftragt. Engel
 erklärte auf meine Nachfrage, dass es sein werde, dass
 es bei nachfolgendem Verbot mit allem Recht das Geld über die d. d.
 Bewegung aufklären konnte bei ganz legalen Handlungswegen
 solange, bis das Geld die Durchführung erlaube. Dr. Häufel meinte,
 man könne sie das gleiche für Überzeugung nicht dazu
 zwingen, sondern ihm Engel sagte, dann müsste diese
 Männer durch andere, die die d. d. aus Überzeugung einführen.

Engel meinte hat zu überlegen, was für Folgen es haben
 müsse, wenn sie mit dem Verbot kämen, ohne etwas anders
 als die Halle gefahrt zu haben. Man solle sich das persönliche
 Verhalten offenbaren für d. d. freigeben. Antwort: Nein!
 dann wenigstens öffentlich-öffentlich bekanntgeben. Antwort:
 Nein! dann wenigstens in der Zeitung (dieses). Antwort: Nein!

Wodurch sollte Dr. Häufel sich einmal beschuldigen lassen,
 dass die Seite der Wahrheit eine vollkommen sei, dass die
 Bedingungen, gemäß wie O. G. L. Oktober 1918, das Geld
 belegen, bezeugen sind die nächste Maßnahme vorzunehmen.
 Diese Forderungen müssten ohne Hinterfragen angenommen.
 Man solle sich nicht glauben, dass sich das Geld das noch lange
 gefallen lassen. Hat einmal müsste mit allem Recht und
 allem Recht auf die Folgen eines Verbotes eingewirkt, für
 das die Bedingung ganz allein die Verantwortung trägt.
 Man könne sich nicht zwingen die Bewegung abzuwenden,
 was zum jetzigen Zeitpunkt völlig unmöglich sei, selbst wenn
 sie es wollten. Auf Dr. Engel sollte sich einmal die

aber vom Standpunkt des Gemeinwohls gleichgültig sei. In diesem
 Sinne kann man besonders darauf hin, daß die Exekutive des A. d. d. Bundes
 nicht ohne weiteres feindlich oder oppositionell gegenüber stehen, sondern
 sie in erheblichem Maße von allem Anstand an lassen und sich
 mit der Regierung in Verhandlung halten können. Auf diesem
 Fallstellungen kann sie auch sehr weit kommen, die A. d. d. die
 Aufgabe der Regierung und ihre Kontrolle zu übernehmen und
 sich Abwehrlinienbestimmungen zu unterwerfen. Es können mir
 eingewandt werden, daß die Regierung, selbst die A. d. d. zu
 befehlen oder zu zurechtweisen, sie ihre Aufgabe und ihre weiteren
 Fortentwicklung gleichmäßig behandeln. Es handle sich in der ganzen Lage
 hauptsächlich um eine Selbstverwaltung, bei der der gemeinsamen Arbeit.
 können sie in der nächsten Folge zu befürchten, wenn eine solche
 Selbstverwaltung mit Gewalt nicht durchgesetzt werden. Die Arbeit werden
 nicht nur zu tun, sondern ihre eigene und solche Angelegenheiten
 mit dem Bestehen der Bundesverwaltung verbunden sind, zu tun
 zu tun eine sehr gewisse Zeit während der Arbeit nicht zu
 lassen. Es bitte die Herren der Regierung sich das ein ernstliches
 Wort noch einmal zu überlegen.

x Inzwischen hat die Regierung sehr viele Angelegenheiten
 während ihrer Ministerium mit in persönlicher
 Anwesenheit zugeteilt, die Arbeit der Angelegenheiten
 abzurufen. Es habe Interesse daran, diese in Ordnung
 in Frankreich anfordern zu lassen. Auf diesem Grunde
 müssen die Herren der Regierung das große Interesse nicht
 auf das Gelingen vom 21. X. 31.

Hoffentlich

75-1926-411

Anlage 4

37 - 51

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

**Deutscher
Erwerbslosen-Verband**

Sektion Deutschland
der
Internationalen Erwerbslosen-Föderation

Sitz Berlin



027

ZS-1926-UR

Mitglieds-Buch Nr. 1.

Name:

Brauner

Vorname:

Wilhelm

Geburtsdag:

4. April 1886

Geburtsort:

Narrowsburg

Verheiratet:

Wohnung:

Beruf:

W. u. M. Baude-Schneidemas.

Bemerkungen:

*Herr Brauner ist Geschäftsführer
des in der Verbandes ersucht.*

*sehr dankbar
auf d. Wohlw. - beifügung*



1931

1932

1933



Organ
des HAFRABA E. V. Frankfurt a. M.Organe
de la HAFRABA E. V. Francfort s. l. MainOrgano
della HAFRABA E. V., Francofortesul MenoErscheint monatlich · Abonnementspreis RM. 6.— im Jahr · Für die Mitglieder kostenlos
Parait mensuellement · Abonnement RM. 6.— par an · Gratis pour les membres
Pubblicazione mensile · Abbonamento annuale RM. 6. · Per Soci gratis

No. 12

1. Dezember / Goethejahr 1932

5. Jahrgang

Der „Gereke-Plan“.

Ein Interview.

Seit einigen Monaten hat das Arbeitsbeschaffungsprogramm der deutschen Lantgenossen, der „Gereke-Plan“, stark von sich reden gemacht. Das Programm ist der Reichsregierung bereits im August vorgelegt worden, und in mehreren Kabinettsitzungen sowie vielen Einzelgesprächen mit allen für seine Durchführung in Frage kommenden Stellen wurde eingehend darüber verhandelt.

Obwohl der Herr Reichspräsident den im Gereke-Plan enthaltenen Vorschlägen sehr wohlwollend gegenüberstand und u. a. Herr General von Schleicher sich für seine Durchführung stark verwandte, obwohl Herr von Papen in seiner amtlichen Rundfunkrede nach der Auflösung des Reichstages am 12. September 1932 die Vorschläge seitens der Reichsregierung „aufs Dankbarste begrüßte“ und ihre Berücksichtigung zusagte — obwohl führende Männer aus den verschiedensten politischen und wirtschaftspolitischen Lagern sich dafür mit aller Energie einsetzen, ist bislang keine Entscheidung über diesen Plan gefallen.

Da in der Presse die widersprechendsten Angaben und Ausführungen über den „Gereke-Plan“ veröffentlicht worden sind, hat der Geschäftsführer des Hafraha-Vereins, Herr Direktor Willy Hof, Gelegenheit genommen, einmal eingehend mit Herrn Dr. Ludwig Herpel, einem der Präsidenten des „Allgemeinen Verbandes für Arbeitsbeschaffung und Erwerbsförderung E. V.“, Berlin, über dessen langjährige Vorarbeiten*) zu sprechen, um sich nicht nur über die Finanzierungsansätze des Gereke-Plans, sondern auch über die Richtlinien bezüglich der Art der von der öffentlichen Hand in Auftrag zu gebenden Arbeiten zu informieren. Dieses Interview ist auch für uns, die Verfechter des Hafraha-Problems von großem Interesse, da in dem Gereke-Plan auch der Bau der Hafraha berücksichtigt ist.

Herr Direktor Hof stellte Herrn Dr. Herpel eine Reihe von Fragen, die von diesem ausführlich beantwortet wurden.

Nachstehend folgt das Interview. D. Red.

Frage:

„Es wäre interessant, einmal von Ihnen etwas über die Vorgeschichte Ihrer Arbeiten zu hören.“

Antwort:

Meine erste geldpolitische Untersuchung, zusammenhängend mit währungs- und ernährungspolitischen Fragen, machte ich 1916 in den Mußestunden des Stellungs-krieges.

Sehr intensiv befaßte ich mich wieder mit diesen Fragen nach der Revolution, als der verlorene Krieg das Problem der Erwerbslosigkeit immer mehr in den Vordergrund schob. Auch die Zeiten der Scheinkonjunktur von 1926—1929 machten mich an der Notwendigkeit, diesen ganzen Fragen mit neuen Mitteln aus einem neuem Gemeinschaftsdenken heraus zu

*) Siehe die diesbezügliche Schrift: „Kreditauterke schafft Arbeit und Erwerb“ von Dr. Herpel, Verlag Deutsche Zukunft, Hamburg 30.

begegnen, nicht irre, da die gewohnten Theorien und Mittel angesichts der strukturellen Wandlung der gesamten, nicht nur der wirtschaftlichen Umwelt versagen mußten.

Aus dieser Überzeugung heraus legte ich erstmalig 1920 den Plan einer reichseigenen Bau- und Siedlungsbank vor, der aus diesem neuen Kreditdenken entstanden war und der „Reinigung aus Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit“ dienen sollte. Er fand begeisterten Widerhall, scheiterte aber an den Vertretern des alten liberalistisch-statischen Gelddenkens, vor allem an Clavenstein. Der Plan war noch nicht vollkommen, da er noch mit einem besonderen, von der Reichsbank herausgegebenen Kreditzettel, Reichsbau- und Siedlungsgeld, arbeitete.

Darnach trat ich erst 1930 wieder mit einem Kreditvorschlag für Heimstättenbau an die breitere Öffentlichkeit, der währungs-technisch die Reichsbank unberührt ließ, kredittechnisch und kredittheoretisch aber auf die Hoheitsrechte der öffentlichen Hand als Sicherheit für die zu schaffenden Kredite und die daraus entstehenden giralen Zahlungsmittel abgestellt war, mit der Reichsbank als Krediterschöpfungsanstalt. Auch dieser Plan fiel unter den Tisch, obwohl er von sehr prominenter Stelle gefördert wurde. Es wurde glattweg behauptet, so etwas ginge überhaupt nicht, da Kredit nur aus Ersparnissen geschöpft werden könne.

Ich selbst konnte natürlich die „autonome Kreditschöpfung“ der Banken und die Tatsache, daß eine Menge Anleihekredit seitens der großen Emisionshäuser in Staats-, Kommunal- und Industriebobligationen einfach durch Buchung geschöpft worden ist und auch heute noch geschöpft wird. Ich wußte, daß niemals ein Konjunkturaufschwung möglich gewesen war ohne Krediterschöpfung, aber das ließ man nicht gelten und will man heute noch nicht gelten lassen, weil die von mir geforderte Kreditschöpfung zinslose Aufbankredite für die öffentliche Hand auf Grund ihrer Hoheitsrechte erbringen soll, um die Möglichkeit zu schaffen, daß diese die nur von ihr zu verrichtenden Aufbauarbeiten finanzieren kann, ohne daß durch die Zinslasten die Steuern und Abgaben unerträglich hoch werden.

Frage:

„Warum halten Sie und die anderen Verfechter des Gereke-Planes so unbedingt an der Zinslosigkeit der Aufbankredite fest?“

Letzte Meldung vor Drucklegung!

Wie wir soeben bei Drucklegung aus Berlin hören, ist Herr Dr. Gereke zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt worden und hat bereits an der ersten Kabinettsitzung, die zur Stunde noch andauert, teilgenommen.

D. Red.

Antwort:

„Die produktive Kreditschöpfung auf Grund der Hoheitsrechte der öffentlichen Hand bedarf zu ihrer Durchführung keinerlei Mittel aus vorhandenen Ersparnissen, sondern ist ein Hoheitsakt, der keinerlei Substanz, keinerlei „Kapitalbildung“ voraussetzt, sondern nur die öffentlich-rechtliche Garantie seitens der hohen Hand in allen ihren Gliederungen, um die Kredite zur Verfügung zu stellen. Technisch stellt sich dieser Hoheitsakt als ein Buchungsvorgang öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten dar, ausgehend von einer Schuldveranschlagung der krediterschöpfenden Hoheitsstelle als bankmäßige Sicherung des Buchungskredites. Die Kreditschöpfung ergibt also bilanztechnisch in ihrem Gehalt dieselbe Hoheitsstelle als Schuldner und Gläubiger — eine Tatsache, die eine Verzinsung des „Kredits“ an sich widersinnig erscheinen läßt. Nur dort, wo auf privates Vermögen zurückgegriffen wird, um es „anzuleihen“, besitzt der Zins einen privatwirtschaftlichen Sinn. Aber um diese Streitfrage geht es uns nicht, da bei meinen Vorschlägen gar kein Privatvermögen herangezogen wird. Alles Gereke und Gedursche, wir wollten auf die Einlagen der Sparkassen zurückgreifen, ist also entweder bodenloser Leichtfertigkeit oder bewußter Unwahrheit entsprungen!

Frage:

„Wie sollen diese Buchkredite in den Zahlungsverkehr eingeleitet werden?“

Antwort:

„Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten. Beachten Sie bitte, daß die Kreditschöpfung über die Technik der Buchkreditierung zunächst noch kein Buchgeld ergibt, wenn sie auch in der getesteten Währungseinheit erfolgt. Denkbar wäre es, für den Zweck der Umsetzung der Buchkreditierung in Buchgeld ein eigenes, in sich abgeschlossenes Verrechnungsgeld zu schaffen.“

Es geht aber auch ohne besondere Verrechnungsgesetz, also ohne „Parallelmark“, „Binnemark“ oder dergleichen. Was haben wir unser Zentralgeldinstitut, die Reichsbank? Diese braucht nur die Buchschritten der öffentlichen Körperschaften als „erste Aufgabe“, d. h. als unbedingt vollwertig und gesichert anzuerkennen, dann ergibt sich eine vollkommen reibungslose Zirkulation. Die Reichsbank würde dann für die Kreditschöpfung sozusagen als „Umformstation“ in Geld fungieren. Das ist keineswegs eine Frage der Goldtechnik, sondern einfach eine Frage des Willens oder Nichtwillens. Noch will die Reichsbank nicht! Das bestehende Reichsbankgesetz steht angeblich dagegen, doch Gesetze lassen sich ändern. Aber es geht auch ohne die Reichsbank mit Hilfe der reichsweiten und nicht „autonomen“ Einrichtung des Reichspostscheckamtes, dessen Handhabungsbestimmungen jederzeit vom Reichskabinett geändert werden können. Eine dritte Möglichkeit wäre die Errichtung einer besonderen „Aufbaubank“ als Girogeldanstalt, die Möglichkeiten genug vorhanden sind, diese in glatte Verbindung mit dem notwendigen Stückgeldumlauf, der nach dem Stand unserer derzeitigen Zahlungstechnik nicht entbehrt werden kann, zu bringen.

Frage:

„Wie ist es mit der Inflationsgefahr?“

Antwort:

Inflationsgefahr ist bei jeder Geldmanipulation und bei jeder Kreditausweitung immer möglich. Ein Tor ist, wer das zu leugnen sucht. Aber sie kann gehammt werden. Zunächst dürfen unter gar keinen Umständen Kredite für Verwaltungskosten weder aus vorhandenem Vermögen, noch aus Kreditschöpfung gegeben werden. Sie wirken immer inflatorisch, da daraus keine neuen Werte volkswirtschaftlicher Art entstehen können, sondern nur Konsumgüter, die nicht währen, sondern verzehrt werden. Es sind reines Konsumkredite, die nicht nur den Ruin der Währung herbeiführen. In dieser Hinsicht wird seit langen Jahren in Deutschland einschließlich der Osthilfekredite schwer gesündigt, welche nichts weiter sind als „Erwerbslosenunterstützung für erwerbslose Betriebe“ — also ebensolche reinen Subventionen ohne Gegenleistung wie die AIL, KRL und WOLL und die Industrie- und Banksubventionen. Hier wird das Wesen des Kredites vollkommen verkannt! Kredit darf nur für privatwirtschaftlich rentable oder volkswirtschaftlich notwendige und wichtige Investitionen gegeben werden, auch dann, wenn letztere keine unmittelbaren Erträge abwerfen, dagegen mittelbar den Nützeffekt der gesamten Volkswirtschaft und damit auch die Einnahmen der öffentlichen Hand erhöhen, so daß aus diesen die Tilgungskosten und Verwaltungskosten unabweisbar geleistet werden können!

Frage:

„Es wird der Vorwurf gemacht, daß der Gereke-Plan uferlose Kreditschöpfung, und das noch für zahlungsunfähige Gemeinden und Gemeindeverbände fördert?“

Antwort:

„Ja, damit wird gerade auch der Einwand der Inflation „erhöht“. Aber die Behauptung ist völlig falsch! Wir verlangen strenge Begrenzung der Kredite auf

das nach menschlicher Voraussicht tragbare Maß, das mit den verlangten zirka drei Milliarden sicher nicht überschritten wird. Ferner verlangen wir genaueste Prüfung aller Projekte auf ihre volkswirtschaftliche Dringlichkeit und Notwendigkeit, verlangen planmäßiges Vorgehen bei der Vergabe der Arbeiten, damit möglichst keine Fehlinvestitionen eintreten können, und damit nicht zuviel Kredite auf einmal ausgeschüttet werden. Im Ubrigen hat Herr Reichsbankpräsident Dr. Luther selbst in einer langen Unterredung, an der ich teilnahm, im Hinblick auf die vorgeschlagenen Sicherungen den Einwand der Inflation fallen nicht lassen, der auch bei bestem Willen nicht aufrecht zu erhalten war.

Was die „Faulheit“ der Hoheitsstellen anlangt, so ist festzustellen, daß die AIL, KRL und WOLL, d. h. die Ausgaben für erwerbslose Menschen und Betriebe, diese umfibt haben und weiter umfieren werden. Der Wegfall dieser Ausgaben, der in der Verwirklichung unserer Vorschläge liegt, wird sie retten und die aufbedeckende Blüte unserer Volkswirtschaft wird sie wieder kräftig und machen!

Frage:

„Und wie denken Sie sich um die Auswirkung auf die private Wirtschaft? Liegt nicht in den Vorschlägen eine Bedrohung der freien Initiative und eine Ausdehnung der Betätigung der öffentlichen Hand auf dem Gebiete der Wirtschaft?“

Antwort:

„Um den letzten Teil Ihrer Frage vorweg zu nehmen: eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand im Sinne der Selbstbetätigung kommt für uns nicht in Frage! Dagegen soll sie wieder in den Stand versetzt werden, die Aufträge zu vergeben, die sie in langen Jahren und in großen Mengen nicht hat vergeben können, weil sie sich dafür die Mittel nicht verschaffen konnte. Diese Aufträge (es handelt sich nach Erhebungen, die vom Statistischen Reichsamt stammen, um volkswirtschaftlich notwendige und wichtige Aufbauarbeiten im Werte von 30 Milliarden) sollen an die private Unternehmerschaft vergeben werden, um deren Initiative und die brachliegende Arbeitskraft ihrer jetzigen und früheren Mitarbeiter wieder einsetzen zu können! Dabei wollen wir den gerechten Preis keine Preis- und Qualitätsdrückerei, die nur unwirtschaftliche Lohndrückerei zur Folge haben, und deswegen die Abschaffung der Subvention, dieser wichtigen Quelle der Korruption! Da es sich um große Mengen von Aufbauarbeiten (Straßenbau, Eisenbahnbau, Flußregulierungen, Eindeichungen, Bodenverbesserungen, Meliorationen usw.) handelt, muß, um alle Komplikationen auszuschalten, die Vergabe und Erstellung nach einem ernährungs- und verkehrspolitisch und, soweit die Bauernaestaltung und der Heimstättenbau in Frage kommen, bevölkerungspolitisch sorgfältig durchdachten und dabei doch wendigen Plan vorgenommen werden. Fünfzehn Jahre würden für diese Aufbauarbeit ungefähr unzureichend! Ebenso planmäßig wie die Arbeitsausführung muß die Kreditbereitstellung und Kreditzuteilung abgestuft vorgenommen werden, aber inhaltlich abgestuft. Dadurch kann und muß der Auftragszufluß an die Werke und Unternehmer volkswirtschaftlich richtig gesteuert werden und die Investitionsänderung

strie und -gewerbezweige Einkommen genügend vollbezahlt und sofort bezahlte Arbeit. Es besteht dann genug neue echte Kaufkraft um die Konsumgütererzeugung mit ausreichendem Absatz ihrer Produkte zu versehen, so daß eine Steigerung der Binnenkaukraft auf 100 Prozent eintreten wird, was vollbeschäftigte Menschen und Maschinen zur Folge hat! Damit setzt sich das Gesetz der abnehmenden fixen Umlaufkosten bei steigendem Stückabsatz durch, so daß das fertige Stück bei gleicher Güte billiger zu stehen kommt. Damit werden wir auch ohne gewaltsame Eingriffe wieder wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt, so daß wir den steigenden Rohstoffbedarf leicht einführen und ohne Auslandsverhandlung bezahlen können. Also auch der Außenhandel und damit die Schiffahrt werden belebt, und die geplanten großen Transkontinentalen Autobahnen bekommen ebenfalls ihren nicht mehr zu bestreitenden volkswirtschaftlichen Wert, zumal dann, wenn sie mit zinslosen Krediten gebaut werden und dadurch die Benutzungsgebühr auf ein Minimum herabgesetzt werden kann, sofern die neuen Abgabenerträge aus der wirtschaftlichen Lageverbesserung der erschlossenen Gebiete diese Sonderabgaben nicht sogar überflüssig machen, was ich annehmen möchte. Sie brauchen ja nur an den Kampf um die Inflationsgefahr zu denken!

Frage:

„Sind nicht die schärfsten Gegner die Großbanken und ihr Anhang?“

Antwort:

„Selbst die werden nur Augen haben. Ihre eingefahrenen Kredite werden aufsteigen. Die Gewinne, Gehälter und Löhne steigen sich in ihrem Konsum durch die Volkswirtschaft irgendwie an den verschiedensten Stellen in Sparkapital oder Uberschüssen an, so daß Schulden bezahlt oder neue Sparkonten geschaffen werden. Die so viel erflachte und bis jetzt nicht erschienene „Kapitalbildung“ wird sich einstellen. Die Banken werden dadurch ihrerseits wieder in die Lage versetzt, der Privatwirtschaft Kredite zu gewähren. Gewiß werden damit auch die landesüblichen Zinsen sinken, aber die Geschäftsbildung bei Sparkassen und Banken, die eintretende echte Flüssigkeit, die Arbeit auf den Konten, der steigende Umsatz werden das mehr als wettmachen. Die Landwirtschaft in allen ihren Zweigen wird Absatz zu angemessenen Preisen in voller Höhe erhalten, damit ebenfalls ihre Wirtschaftlichkeit wiedergewinnen. Dasselbe gilt ebenso für Handel, Handwerk und Gewerbe.“

Frage:

„Ich bin jetzt sachlich ziemlich im Bilde über das, was Sie wollen! Ich kann auch im großen und ganzen allem zustimmen. Aber noch eine Frage: Warum heißt der Plan denn „Gereke-Plan“ und nicht „Herpel-Plan“?“

Antwort:

„Meiner Erinnerung nach bin ich selbst der Erste gewesen, der den Begriff „Gereke-Plan“ gebraucht hat. Das hat schon seinen Sinn! Schon Sie, ich arbeite mit einem kleinen ausgezeichneten Kreis von Männern, die sich im „Allgemeinen Verband für Arbeitsbeschaffung u. Erwerbsförderung E.V.“ zusammengeschlossen hatten, dessen Präsident neben zwei anderen Herren ich später

FÜR AUTOSTRASSEN:

TEER!

Auskunft- und Beratungsstelle für Teerstraßenbau E. V. Essen, II. Hagen 47

wurde. Durch Vermittlung des mittel-deutschen Bauvorführers Niemeyer-Cheime wurde ich zusammen mit meinen Freunde und langjährigen engen politischen Mitkämpfer, Herrn Walther von Eydorf, mit Herrn Dr. Gereke, dem Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden in Verbindung gebracht. Dr. Gereke führt in diesen Verbänden, von denen er den preussischen gegründet hat, 48.000 deutsche Landgemeinden mit über 50 Prozent der deutschen Bevölkerung. Er kennt also die Not genau, zumal dem Verbands auch sehr viele Industrie- und Arbeiterwohngemeinden neben einem Großteil ländlicher Gemeinden angehören. Alle politischen Richtungen sind unter den Gemeindeführern vertreten, und Dr. Gereke ist aus allen diesen und noch mehr Gründen einer der bestunterrichteten und erfahrensten Politiker Deutschlands!

Er hatte, als ich ihn kennen lernte, alle vorhandenen und bekanntgewordenen Arbeitsbeschaffungsprogramme eingehend studiert und wählte meinen Vorschlag, den ich in meiner „Kreditautarkie“ gemacht habe, weil er ihm als der am besten durchdachte und am organischsten aufgebaute erschien, da ich auch keinen neuen Apparat schuf, sondern auf die Benützung der vorhandenen Einrichtungen hinausginge. Herr Dr. Gereke erkannte in mir den Gesinnungsverwandten und Gleichstrebenden. Er selbst als Führer der untersten Selbstverwaltungsebene und genauer Kenner der ganzen Bedingtheiten, erkannte neben der nationalwirtschaftlichen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung die verwaltungs-politische Wichtigkeit der Stärkung der Selbstverwaltung und ihre Wiedererfüllung mit Selbstverantwortung — beides die Todfeinde des Bürokratismus!

Dr. Gereke bildete sofort unter Zustimmung seiner Verbandsorgane einen Arbeitsausschuß aus Mitgliedern des Vorstandes und berief Herrn von Eydorf und mich dazu. Dort haben wir unter Führung von Dr. Gereke den ganzen Plan nochmals unter Berücksichtigung der gegebenen Kräfteverteilung durchgearbeitet und am 29. Juli 1932 wurden in einer abschließenden Sitzung die „Leitätze für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm“, herausgegeben vom Verband der preussischen Landgemeinden, endgültig fertiggestellt. Der Plan soll und darf deswegen „Gereke-Plan“ heißen, und dem Führer der Gemeinschaft, aus deren Arbeit er seine vorliegende Form erhalten hat.

Frage:

„Es ist noch eine Frage die ich habe. Mir ist bekannt geworden, daß Männer der verschiedensten Richtungen, von den Nationalsozialisten bis zum Reichsbanner, hinter dem Gereke-Plan stehen und sich für seine Durchführung einsetzen. Wie war das möglich?“

Antwort:

„Diese Tatsache ist im wesentlichen das Verdienst des Herrn Walther von Eydorf. Lange, bevor wir Gereke kannten, beschlossen wir, den Versuch zu machen, zunächst einmal Männer aller anbauwilligen Kreise und Gruppen für eine gemeinsame große Aufgabe zur Beratung der Möglichkeiten an einem Tisch zu bringen. Diese gemeinsame Aufgabe konnte nur die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sein!

Und nun begann eine monatelange, mühsame und zeitraubende Arbeit in ungezählten Einzelbesprechungen. Viel Mißtrauen, berechtigt in einer Zeit wie der jetzigen, war zu beseitigen. Den Wegweiser bildeten auch hier die Vorschläge, die ich in meiner Schrift niedergelegt hatte.

Es war sicher kein Zufall, daß der Abschluß dieser Vorverhandlungen, die darauf hinausgingen, alles Trennende vorläufig zurückzustellen und nur die gemeinsame Aufgabe zu sehen, zeitlich zusammenfiel mit dem Abschluß der Verhandlungen im Ausschuß des Landgemeindevorbandes. Am 3. August 1932 trafen sich auf Einladung des „Allgemeinen Verbandes für Arbeits-

beschaffung und Erwerbsförderung“ im Sitzungssaal des Verbandes der Preussischen Landgemeinden erstmalig Männer aus den verschiedenen Gruppen, die alle zunächst nur als Einzelpersönlichkeiten erschienen, um gemeinsam Hand ans Werk zu legen. Als die Verhandlungen zu Ende waren, hatten sich Männer des Reichslandbundes, des Stahlhelms, der Nationalsozialisten, des Reichsbanners, der Preisen Gewerkschaften, des Werwolls, der Landgemeinden, ferner des Allgemeinen Verbandes und des Bauernbundes grundsätzlich zur gemeinsamen Aufgabe geeinigt und dem Landgemeindepogramm zugestimmt, sowie die Federführung für die weiteren Arbeiten der „Rundtischkonferenz“ Herrn von Eydorf und mir übertragen. Dort am 3. August ist der Keim zur neuen Volkfront gelegt worden! Alle anwesenden Herren haben nach und nach, soweit sie nicht selbst Spitzenführer ihrer Gruppen waren, die Zustimmung ihrer Spitzenführer zu ihrer Haltung gewonnen, und nach und nach kamen noch weitere kleinere, große und ganz große Gruppen mit ihren Vertretern hinzu. Ich habe dann späterhin im Einzelgespräch mit den übrigen Herren die Führung dieser Gemeinschaft aus allen Lagern an Herrn Dr. Gereke abgetreten und das sicher nicht zum Schaden der deutschen Sache. Wir alle arbeiten zusammen in gegenseitigem Vertrauen und ausnahmslos nur beordert von dem Wunsche, unter bester Führung nur unserem deutschen Volke zu dienen! (Schluß auf S. 4.)

Fördern Autobahnen den Verfall der übrigen Landstraßen? — — — Nein!

Der Hinweis, das Landstraßennetz in denjenigen Gebieten, die von einer Autobahn durchschnitten werden, würde verfallen, weil die Wegeunterhaltspflichtigen die Instandhaltung der Straßen im Hinblick auf die vollkommene Autobahn vernachlässigen würden, ist ein beliebtes Argument der Autobahn-Gegner.

Lächerlich! Der Kraftverkehr zahlt seine Kraftfahrzeug-Steuer, die bekanntlich laut Gesetz zum Ausbau und der Instandhaltung der durch den Kraftverkehr „zerstörten“ Landstraßen verwandt werden soll und muß. Die Wegeunterhaltspflichtigen, denen die ihnen zustehenden Beträge aus einem Steueraufkommen für den Landstraßenbau zufliessen, können sich also nie und nimmer ihrer Aufgabe entziehen, diese Summen auch dafür zu verwenden, selbst wenn die beste und vollkommenste Auto-

bahn vorhanden ist. Es liegt nur an dem Kraftfahrer selbst, sich mit dem Hinblick auf das Gesetz dagegen zu wehren, wenn durch die Nachlässigkeit der herabfahrenden Behörden die Landstraßen verlottern. Es steht also fest, daß die Wegeunterhaltspflichtigen das Bestehen einer Autobahn nicht als Vorwand benutzen können, die laufenden Arbeiten an den Landstraßen einzustellen oder zu mindern.

Ferner wird jeder Initiant für eine Autobahn den größten Wert darauf legen, daß die Landstraßen im Umkreis der Autobahn im besten Zustand sind, denn die Frequenz der Autobahn hängt von der Güte der Zubringerstraßen wesentlich ab.

Es wird ohne Zweifel gerade das Bestehen einer Autobahn in einem bestimmten Gebiete den Ausbau der übrigen Landstraßen befördern.

(Schluß von S. 3.)

Frage:

„Ich darf also daraus entnehmen, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden, der „Gereke-Plan“, nicht, wie ich es mehrfach gelesen habe, eine einseitige Aktion von und für Landgemeinden ist, um diese zu behaupten?“

Antwort:

„Ja, das dürfen Sie! Das Landgemeinde-Programm war von Anfang an (und ist es mehr als je) eine Aktion, um dem ganzen deutschen Volke in allen seinen Gliedern, Gruppen und Ständen in Wirtschaft und

Volkswirtschaft zu helfen, Volk und Reich zu retten vor dem drohenden Chaos und dem sonst wohl unvermeidlichen Untergang. Daß es vom Verband der Preussischen Landgemeinden, der Organisation der „Aschenbrödel“ unter den Hochtträgern des deutschen Volkes, herausgegeben ist — daß es den Namen ihres Führers trägt und daß es zur Plattform für Männer aller politischen und wirtschaftlichen Richtungen im deutschen Volke geworden ist, bedeutet — ob die Gegner es wahr haben wollen oder nicht — den ersten Sonnenstrahl einer neuen deutschen Zukunft!

Autobahn und Reisegeschwindigkeit

Von Professor Dr. E. Everling, Technische Hochschule, Berlin

Das Kraftfahrzeug hat vor den Verkehrsmitteln der Schiene, des Wassers und der Luft den großen Vorteil voraus, daß es Personen und Güter ohne Umsteigen oder Umladen von Haus zu Haus zu befördern vermag. Soll dieser Vorzug verkehrswirtschaftlich ausnützlich sein, so muß sich damit eine beträchtliche Zeitersparnis verbinden.

Man pflegt den Zeitaufwand für eine gegebene Gesamtförderungsstrecke durch die Reisegeschwindigkeit auszudrücken, obwohl es anschaulicher und rechnerisch einfacher wäre, die Gesamtbeförderungszeit für diese Strecke anzugeben. Wir wollen uns diesem Gebrauch bei den folgenden Erörterungen anpassen, uns dabei aber vor einem häufigen Trugschluß hüten.

Diesen möge ein Beispiel erläutern, das zugleich den ersten wichtigen Gesichtspunkt unserer Erörterungen herausstellt: Annahmen, ein Kraftwagen habe eine Strecke von 180 km, also etwa Berlin-Münster, zurückzulegen; er müsse (der einfachen Rechnung wegen ungünstig gerechnet) die Hälfte dieses Weges in geschlossenen Ortschaften oder auf schlechten Straßenstücken mit 30 km je Stunde zurücklegen, während er auf der andern Hälfte seine Chausseegeschwindigkeit von 90 km je Stunde entwickeln könnte. Er wird dann für diesen Teil der Gesamtstrecke eine Stunde, für den andern aber drei Stunden, zusammen vier Stunden brauchen. Seine Reisegeschwindigkeit auf der Gesamtstrecke von 180 km ist also 45 km je Stunde, ein Wert, mit dem man in der Praxis des Ueberlandverkehrs heute oft rechnen muß. Sie ist also wesentlich kleiner als der rechnerische Durchschnitt zwischen 30 und 90, nämlich 60 km je Stunde. Dieser würde dann erreicht, wenn der Wagen gleiche Zeiten lang mit den beiden verschiedenen Geschwindigkeiten fahren könnte; sind aber, wie in unserem Beispiel, die Strecken gleich, so braucht er für die langsamere zurückgelegte entsprechend längere Zeit, so daß deren ungünstiger Einfluß auf die verkehrstechnisch wirksame Reisegeschwindigkeit größer ist.

Einen weiteren Gesichtspunkt unserer Betrachtungen zeigt das folgende Beispiel: Ein Kraftfahrzeug möge eine 20 km lange Strecke zwischen zwei Ortschaften mit der unverminderten Geschwindigkeit von 120 km je Stunde, also in 10 Minuten durchfahren können. Nun werde quer über diese Landstraße eine Bahnlinie gebaut. Diese zwingt an sich schon zum vorsichtigen Heranfahren und langsamen Ueberqueren. Wenn aber die

Schranke geschlossen ist, so ist die Durchfahrt etwa drei Minuten lang versperrt. Rechnet man dazu 1 1/2 Minuten für das Abstoppen beim Annähern an den Uebergang und das Bremsen, weiter eine halbe Minute für den Zeitverlust bis zum Wiedergewinn der vollen Geschwindigkeit, nämlich annähernd die Zeit bis zum Erreichen etwa der halben Geschwindigkeit (da je während des Beschleunigungsvorganges ein entsprechendes Stück der Gesamtstrecke zurückgelegt wird), so ergibt sich ein Zeitverlust von insgesamt fünf Minuten. Die Reisegeschwindigkeit ist also auf 80 km je Stunde gesunken, weil jetzt zum Zurücklegen der 20 km Entfernung 15 Minuten gebraucht werden. Da das Kraftfahrzeug aber tatsächlich mit 120 km je Stunde gefahren ist, so hat das Hindernis der Bahnkreuzung so gewirkt, als ob die Straße nicht 20, sondern 30 km lang gewesen wäre. Je höher die Verkehrsgeschwindigkeit eines Fahrzeuges, einer um so größeren scheinbaren Streckenverlängerung entspricht eine zeitweilige Straßen-sperrung durch Querverkehr; in unserem Falle wird somit ein Bahnübergang, der vielleicht 10 m Breite hat, für den Kraftfahrer 10 km lang. Man werde nicht ein, daß die Bahn-schranken nicht immer geschlossen, die Querstraßen nicht ständig befahren sind; schon die Möglichkeit einer solchen Sperrung macht die Straßenkreuzung zum Hindernis; haben doch höchst richterliche Entscheidungen allen Ernstes verlangt, daß der Wegelagerer sich auch bei nicht geschlossener Schranke, sogar durch Erkundigungen beim Bahnwärter, selbst von der Gefährlichkeit des Ueberquerens der Schienen überzeugen müsse!

Ein dritter Gesichtspunkt ist das Zusammenwirken von Fahrzeug und Fahrbahn. Während im Stadtverkehr der Wagen im Vorteil ist, der auf der kürzesten Strecke den Geschwindigkeitszuwachs von langsamer Fahrt auf die zulässige Höchstgrenze erreicht, ist auf der Landstraße der schnellere Wagen besser — vorausgesetzt, daß die Beschaffenheit des Weges hohe Geschwindigkeiten gestattet, und daß nicht häufige Kurven, Straßenkreuzungen oder andere Wegebenutzer das Ausfahren der vollen Geschwindigkeit unmöglich machen; ja noch mehr: die Nachrechnung*) der Fahrgeschwindigkeiten auf Grund sorgfältiger Abschätzung der Widerstände ergab, daß bei der üblichen Bodeneisenziffer des Straßenbelags im dritten Gang etwas höhere Geschwindigkeiten zu errei-

*) Vgl. W. Kamm, W. Seyerle und H. G. Sney, Maßnahmen zur Steigerung der Reisegeschwindigkeit an Kraftfahrzeugen; Z. VDI, Bd. 57 (12. Dezember 1931) S. 1509—1507, Nr. 50.

chen sind als mit dem Schnellgang, und daß sich dies erst durch Erhöhen der Hinterachsübersetzung ändert!

Diese Beispiele zeigen schon, daß das beste Mittel zum Steigern der Eigengeschwindigkeit eine Autobahn ist, die den größten Teil der Gesamtstrecke einnimmt, die das dauernde Entwickeln der Höchstgeschwindigkeit gestattet, die durch keine Querwege und andere Hindernisse zum Anhalten oder auch nur zur Fahrminderung zwingt, und die durch geringe Bodeneisenziffern einem Wagen mit günstigen Luftwiderstandsverhältnissen auch bei einer für den Stadtverkehr homöomeren Getriebeabstufung wirtschaftliches Erreichen der Höchstgeschwindigkeit gestattet.

Die Fahrgeschwindigkeit wird bedingt durch die am Umfang der Treibräder verfügbare Motorleistung und durch den Leistungsbedarf der einzelnen Fahrwerksteile, nämlich für das Rollen auf der Fahrbahn, das Bewegen der umschlingenden Luft, das Nenneln von Steigungen und das Ueberwinden der Luftwiderstände. Diese Kräfte beachtet man zweckmäßig auf das Wagenzeiwicht, ebenso die Antriebsleistung, so daß man das Fahrzeug nach seiner „Leistungsbelastung“ (KZPS) bewertet.

Bezogen auf das Gewicht kann man den Rollwiderstand einfach durch eine „Reibungszahl“ ausdrücken, die bei den heutigen Straßenverhältnissen durchschnittlich mit 1/60 anzusetzen ist; der Steigungswiderstand wird entsprechend durch das „Steigungsverhältnis“ (genau genommen durch den Sinus des Steigungswinkels) gegeben, der Beschleunigungswiderstand durch den Geschwindigkeitszuwachs in der Sekunde, bezogen auf die Erdbeschleunigung 9,8 m/Sek.², mit einem Zuschlag für die Trägheit der umlaufenden Massen (Räder, Wellen usw.), der teilweise von der jeweiligen Uebertragung abhängt. Am unständlichsten ist der Luftwiderstand zu berechnen: Er besteht aus einer „Reibzahl“, die für übliche Personenzüge etwa 1/2 beträgt, aus der Stirnfläche, bezogen auf das Wagen-gewicht, und aus dem Staudruck der Fahrgeschwindigkeit (das ist 1/2 mal Quadrat der Geschwindigkeit, diese in m/Sek., also z. B. für 72 km/h 25, für 108 km/h 56, für 144 km/h 100 mm Wassersäule).

Die Leistungsbelastung des Kraftfahrzeuges, gemäß durch die Summe dieser Werte, liefert nun die erreichbare Geschwindigkeit. Bei langsamer Fahrt tritt der Luftwiderstand zurück, während er bei schnelleren Wagen erhebliche Leistungsbeiträge verzehren kann. Andererseits lohnt sich in diesem Falle eine strömungstechnisch günstige Wagenform.

Eine Nachrechnung von Beispielen zeigt, welchen Einfluß verminderte Bodenreibung auf die Fahrgeschwindigkeit hat: So folgt aus einer Durstellung von Kamm, daß die Geschwindigkeit von 91 auf 95 km je Stunde steigt, wenn man die mittlere Reibungszahl (20), etwa durch Verwenden von Kleinfußboden, auf 1/60 verbessern kann. Praktisch kommt hinzu, daß auf alter Bahn der Wagen voll auszufahren werden kann. Schwache Steigungen machen demgegenüber verhältnismäßig wenig aus; das Strömungsverhältnis addiert sich in der Dechnung zur Reibungszahl. Falls sie zweckmäßig mit Senkungen wechselt, läßt sich die Wirtschaftlichkeit beträchtlich verbessern.

Nun kommt es aber auf die Höchstgeschwindigkeit noch gar nicht so sehr an! Wie schon unsere einleitenden Beispiele zeigen, ist vielmehr zugunsten hoher Reisegeschwindigkeit in erster Linie möglichst gleichförmige Fahrt zu fordern. Jede Teilstrecke, die langsamer zurückgelegt werden muß, vermindert den Gesamtzeitaufwand von Haus zu Haus, also die Reisegeschwindigkeit weit mehr, als der Durchschnitt der Einzelgeschwindigkeit es erkennen läßt.

Vom Standpunkt der Zeitersparnis ist daher für die Zukunftsentwicklung des Kraftfahrzeuges zu fordern, daß es von der Ausgangsstelle seiner Fahrt nach möglichst geringer Zeit auf ein Netz von Nur-Autostraßen übergehen und tunlichst lange ohne Unterbrechung auf diesem verbleiben kann. Dabei muß die Höchstgeschwindigkeit nicht nur erreicht, sondern auch ungeändert beibehalten werden können.

*) Vgl. E. Everling, Luftwiderstand und Schnellverkehr, Luftfahrt-Mitteilungsblatt Band 4 (1931), S. 4 und 6, Nr. 2.

Technische Einzelheiten der Autobahn Turin-Mailand

Von Kgl. Senator Gr. Off. Dr. Puricelli

Straßenlinie.

Sie geht aus von Turin, in der Gegend der Mosca-Brücke, läuft bis Chivasso entlang der Staatsstraße No. 11 Turin-Mailand, welche sie dann verläßt, um sich nach Norden bis zum Bergfluß Elvo zu wenden. Nach Santhiä tritt sie mit einer großen Kurve in die Zone von Vercelli ein, zieht nördlich von Novara vorbei, überschneidet den Tessin stromaufwärts der Brücke von Buffalora, schneidet die lombardische Ebene fast parallel mit der Staatsstraße No. 11 und fügt sich nördlich von Mailand in die Autobahnen zu den Seen, sowie der Strecke Mailand-Bergamo-Brescia ein.

Die Gesamtlänge ist 126 km, zusammengesetzt aus langen, geraden, ebenen und durch wenige weitausstrahlende Kurven verbundenen Linien. Sie schneidet die zahlreichen Straßen und Eisenbahnen nur vermittelt günstiger Ueber- oder Unterführungen.

15 Anschlüsse von gewöhnlichen und bedeutenderen Straßen im mittleren Abstand von 8 km, in der Nähe der hauptsächlichsten Wohnzentren vermitteln den Zugang zur Autobahn, welche auf diese Weise mit den Provinzen der durchlaufenden piemontesisch-lombardischen Ebene verbunden ist.

Kunstbauten.

Mit Ausschluß der 15 Straßengewässerhüser belaufen sich die Kunstbauten auf 1119 und verteilen sich wie folgt:

Brücken	22
Viadukte	13
Straßen-Ueberführungen	83
Straßen-Unterführungen	58
Straßen-Stege	72
Straßen-Dücker	49
Senkkasten mit polizen rida, Profil	570
Senkkasten mit Sohlen	252

Die Gesamtlänge der Brücken ist 2000 m mit 97 Bögen und 74 Pfeilern in Beton und Eisenbeton.

Besonders bemerkenswert sind: die Brücken über den Bergfluß Malone bei Chivasso (115 m), über den Fluß Orco ebenfalls bei Chivasso (169,2 m), diejenige über die Dora Baltea bei Rondissano (166 m) und über den Cervo bei Balorvo (138,7 m) und vor allem die Brücke über die Sesia bei Greggio mit 12 Bögen und einer Länge von 304 Metern, sowie die andere über den Ticino mit 12 Bögen und 347 Meter Länge. Die Viadukte messen in der Gesamtlänge 300 Meter mit 37 Bögen und 30 geradlinigen Stützen in Eisenbeton.

Verschiedene Daten.

Zur Bildung des Autobahnkörpers wurden 3 000 000 Kubikmeter Material entnommen und fortgeschafft. Für die Fertigung der größeren und kleineren Kunstbauten waren erforderlich 150 000 Kubikmeter Beton mit 4000 Tonnen Zement. Für die Flußsicherungen wurden verwendet ungefähr 40 000 Kubikmeter Schanzkörbe. Für die Pflasterung in Beton wurden 400 000 Kubikmeter Kies und Kleinschlag und 600 030 Doppelzement Zement verwandt.

Pflasterung.

Zur Bildung der Straßenoberfläche hat man die Pflasterung in Zementbeton fast für die ganze Länge der Straße angewandt und den Teerakadam für die handgemachten Sohlen und die enganschließenden Stellen belassen.

Die Ausflußbreite in Beton ist 8 Meter und die mittlere Stärke 20 cm. In einer Entfernung von je 12 Metern sind Querverbindungen angewandt, geöffnet circa $\frac{1}{2}$ cm bei einer Temperatur von 40 Grad und mit halbflüssigem Bitumen gefüllt.

Diese Querverbindungen sind zur Längsachse der Straße schräg gestellt mit einem Neigungswinkel von circa $\frac{1}{4}$ und haben die Ränder angemessen abgerundet und ausgearbeitet.

Der Beton ist gehildet aus 3 Doppelzement Zement auf jeden Kubikmeter, 0,800 Kubikmeter gesiebt und gewaschenen Kies, enthaltend 20 Prozent Kleinschlag und 0,500 Kubikmeter in besonderen Drehtrommel gewaschenen Sand; die verschiedenen Ingredienzien der Mischung wurden abgemessen in entsprechend großen Behältern, bevor sie in die Betonmischmaschinen eingeführt wurden.

Die Mischungen wurden in großen Dampf-Betonmischmaschinen hergestellt und der Ausguß wurde mit Hilfe von amerikanischen Profilmaschinen bewerkstelligt, bis der Beton kein nennenswertes Nachgeben mehr zeigte und bis zur vollständigen Auswitterung des Wassers der Mischung.

Die Aufrauung der Oberfläche wurde von spezialisierten Arbeitern ausgeführt.

Sofort nach Herstellung der Betonierung wurde dieselbe gegen zu schnelles Trocknen und gegen eventuelle Regenschäden für einige Tage durch eine transportable Bretterbedachung (verschiebbar auf beiden Seiten) geschützt und hernach für weitere 2-10 Tage durch eine dauernd mit Wasser getränkt gehaltene Leine Strich nach gehalten.

Nachdem dies beendet war, wurde auf der Oberfläche eine leichte Schicht Teer gelegt und mit einem dünnen Ueberzug von Sand bestreut.

Auf den handgeheilten Sohlen, auf den sofort daran anstoßenden Strecken und allgemein auf den Erhebungen, wo ein Nachgeben zu erwarten ist, hat man die Teerakadam-Pflasterung angewandt, sowohl wegen größerer Elastizität, wie auch um ein eventuelles spätere Nacharbeiten zu ermöglichen.

Die Lage von Teerakadam mißt 10 cm Dicke und ist gebildet aus einer Unterlage von dicken Elementen (20 = 50 mm) von 8 cm Stärke und einer Oberfläche in feinen Elementen (7 = 20 mm) von 2 cm Stärke.

Den Schluß der Oberfläche nach Vollendung des Profils erhielt man durch eine Lage von $\frac{1}{4}$ cm bitumierten Geröllsand.

Fahrtgeld:

Die Benutzung ist für Krafträder verboten. Das Befahren der ganzen Autobahn von Mailand nach Turin kostet (in Lire):

Für	Einfache Hin- u. Fahrt	Rückf.
-----	------------------------	--------

Motorfahrzeuge mit mindest. 3 Rädern:		
Bis 12 PS	10 L.	15 L.
do. 12 bis 18 PS	15 L.	22,50 L.
do. 18-27 PS	20 L.	30 L.
über 27 PS	25 L.	37,50 L.

Ein Kraftwagen mit mehr als 27 PS würde also für die Benutzung der gesamten Autobahn (126 km) nach deutschem Geld RM 5,80 zu zahlen haben, also pro km rund 4 Pfg.

Besucht die
Goethe-Stadt Frankfurt a. M.

Lorenz Adlon

Weingroßhandlung

Gegründet 1864

Eine der berühmtesten
Kellereien Deutschlands

Berlin W, Wilhelmstr. 70a

Telefon: A I Jäger 0026

Ausführliche Preisliste auf Wunsch

„Autobahn“ heißt

Für die niveauekreuzungsfreie „Nur-Autostrasse“ = „Autobahn“ in Deutschland, sagt man:

in Italien	— Autostrada
„ Frankreich	— Autoroute
„ Spanien	— Autovia
„ Holland	— Autosnelwegen, Autobaan.
„ England	— Special Motor-Roads
„ Amerika	— Superhighway

*

Bei der öfters in der europäischen Presse erwähnten „transkontinentalen Autostraße“, die von Calais nach Konstantinopel führen soll, handelt es sich — um dies einmal festzustellen — nicht um eine Autobahn, sondern um den Ausbau der bereits bestehenden Landstraßen auf dieser Linie. Ungarn hat das auf sich entfallende Stück bereits zum größten Teil vorbildlich ausgeführt.

Geschäftliche Mitteilungen

Ein Goldenes Jubiläum, das Ihnen Vorteile bringt. Feiern Sie es mit den prächtigen, echt vergoldeten und versilberten Kassetten, die anlässlich des 50jährigen Geschäftsjubiläums die bekannte Firma Carl Wilhelm, Branten, Pöhrenstraße, herausbringt. Alle unsere Leser sind freundlichst eingeladen, durch eine Bestellung an dieser seltenen Feier teilzunehmen. — Man kann nicht genug über die billigen Preise staunen! Es ist in der Tat ein außergewöhnlich vorteilhaftes Jubiläum-Angebot. So etwas gab es bisher nicht. Wie werden sich unsere Leser darüber freuen! Wir können die Firma Carl Wilhelm als führendes Haus ihrer Branche. Sie wird auch den meisten unserer Leser durch ihre hervorragenden Leistungen bekannt sein. Die Wilhelmi-Zigaretten genießen als vorzügliche Marken in ganz Deutschland einen guten Ruf. — Das gleiche kann auch vom Ogo-Kaffee gesagt werden! Die Ogo Kaffee-Handelsgesellschaft Bremen nimmt als Schwefelkaffee an dem Jubiläum teil und verspricht den Bestellern eine besondere Überraschung. Alles näher ersuchen Sie aus dem Prospekt der heute unserem Heft beiliegt.

Wir haben uns persönlich von der Güte dieser Waren überzeugt und können sie bestens empfehlen.

Die Red.

Der Verkehrs-Moloch

Von Zivilingenieur Wolfgang Vogel, Berlin-Charlottenburg 5

Die Bildertafel gibt eine Zusammenstellung der Verkehrsunfälle in Berlin.

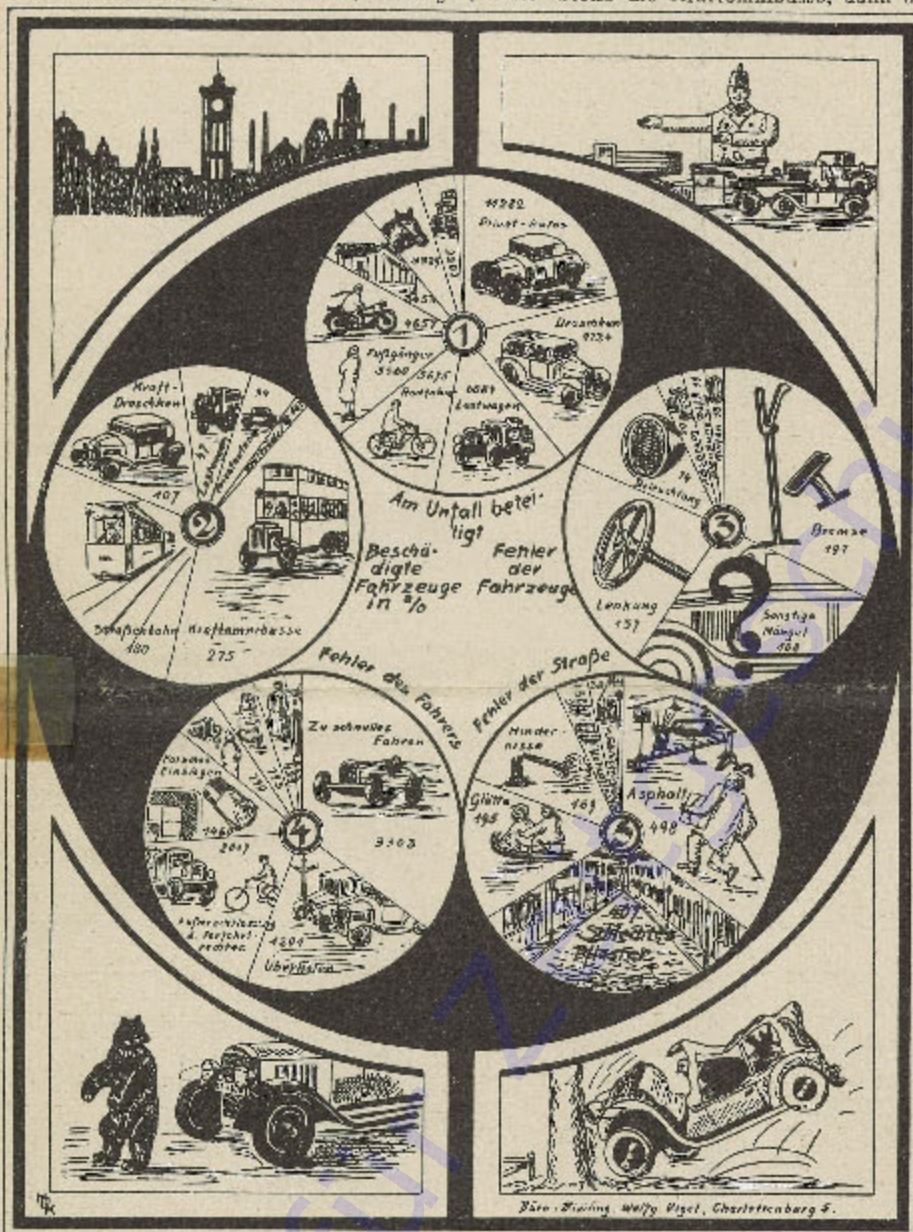
Im Kreis 1 sind die an den Unfällen beteiligten Straßen-Benutzer verzeichnet. Dabei ist selbstverständlich nicht gesagt, daß die Betroffenen die Schuld trifft, denn die Erörterung der Schuldfrage obliegt dem Gericht. Wir sehen, daß an den Verkehrsunfällen hauptsächlich Personenkraftwagen (vulgo Privatautos) beteiligt

waren, nämlich 1182 mal. Dann folgen die Kraftdroschken, die Last- und Geschäftskraftwagen, die Radfahrer usw.

Im zweiten Kreise sind die Fahrzeuge aufgeführt, die Unfälle erlitten haben. Es ist dabei wieder nicht gesagt, daß etwa die Passagiere verunglückt sein müssen, sondern lediglich, daß das Fahrzeug beschädigt wurde. Wir finden an erster Stelle die Kraftomnibuse, dann die

ten, sind die Unfälle durch schlüpfrigen Asphalt am allerhäufigsten, dann kommen diejenigen durch allgemein schlechten Zustand der Fahrbahn, durch große Glätte, durch Hindernisse auf der Straße, schlüpfriges Holzpflaster, Schlüpfrigkeit anderer Straßendecken und schließlich durch schlechte Beleuchtung.

Auch die Kreise 4 und 5 sind sehr lehrreich. Kreis 4, weil er uns sagt, durch welche Fehler hauptsächlich Unfälle verursacht werden. Nachdem wir sie kennen, ist es nicht schwer, die betreffenden Fehler zu vermeiden. Kreis 5 zeigt, welche Straßen besonders gefährlich sind und deshalb beim Befahren auch besondere Vorsicht verlangen.



Die Zeichnung: Wolfgang Vogel, Charlottenburg 5.

Straßenbahnen, nun die Kraftdroschken, dann die Lastkraftwagen usw. Nun erst die Privatautos und zum Schluß die Kraftwägen.

Kreis 3 ist besonders lehrreich, denn er erzählt von den Unfall-Ursachen, soweit sie durch das Fahrzeug begründet waren. An erster Stelle finden wir die Fehler an den Bremsen. Ein großer Unfallkomplex bleibt selbstverständlich un- aufgeklärt und deswegen wurde in den betreffenden Kreissektor ein großes Fragezeichen gesetzt. Dieser Kreis ist deshalb so wichtig, weil er uns Fingerzeige gibt, wie Unfälle vermieden werden können. Er beweist auch für den größten Zweifler, daß

es sehr wichtig ist, vor Beginn jeder Fahrt die Wirkung der Bremsen nachzuprüfen und nicht mit fehlerhaften Bremsen abzufahren.

Im vierten Kreise finden wir die Fehler, die der Fahrer gemacht hat. Ein großer Prozentsatz der Unfälle ergibt sich durch zu schnelles Fahren. Dann kommen die Unfälle durch Überholen an Kreuzungen oder Kurven, und die durch Nichtbeachten des Vorfahrtsrechtes und durch falsches Rindägen bewirkten Unfälle.

Im fünften Kreise wurden die Fehler der Fahrbahn, also der Straße aufgezählt, welche Unfälle verursachen. Wie zu erwar-

BITUMEN

für Straßenbau jeder Art, zur Herstellung von Emulsionen, als Zusatz zu Teer, zur Herstellung von Dachpappen, zur Isolierung und für sonstige Industrie-Zwecke.

Arbeitsgemeinschaft der Bitumen-Industrie, Berlin

Deutsch-Amerikanische Petroleum Gesellschaft, Hamburg 36 - Rhönania-Ossag Mineralölwerke A.-G., Hamburg 1 - Ebdano-Asphalt Gesellschaft m. b. H., Hamburg 1 - Mowag, Mineralöl- und Asphaltwerke A.-G., Berlin C II und Hamburg 8 - Westf. Mineralöl- und Asphaltwerke W. H. Schmitz K.-G., Dortmund - Deutsche Gasolin Aktien-Gesellschaft, Berlin-Charlottenburg.

Società Anonima

PURICELLI

STRADE E CAVE

Hauptsitz:

MAILAND - Via Monforte, 44

Straßenbau

Stumpfasphalt — Gußasphalt — Hartgußasphalt — Beton- und Eisenbeton-Straßenbeläge — Gußasphalttrankadam — Bituminöse Topplage — Teer- und Asphalt-Makadam — Allsort Oberflächenbehandlungen — u. a. m.

Asphaltgruben — Steinbrüche — Bauanlagen

Naturasphaltgruben in Abruzzen und Sicilien — Herstellung von Asphaltmörtel — Asphaltplatten — Besondere Maschinenaggregate für Herstellung und Imprägnierung von Holzplaster — Steinbrüche in Nord-, Mittel- und Süd-Italien — Klein- u. Groß-Pflastersteine — Fahrbare und stationäre Fräsmaschinen.

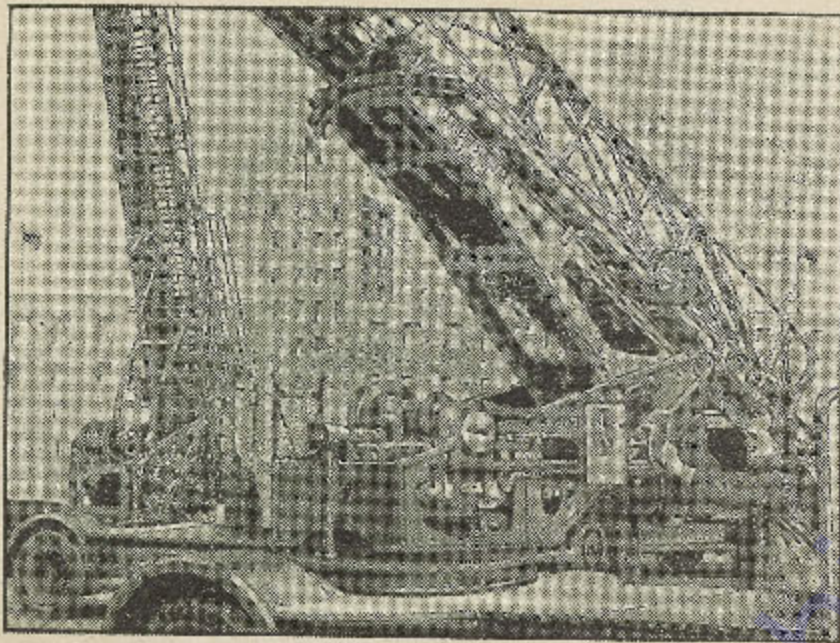
Straßenbaumaschinen

Werke in Sesto San Giovanni (Mailand) Dampf- und Motor-Straßenwalzen — Fahrbare und stationäre Steinbrecher — Straßenaufrichter — Straßenreinigungsmaschinen — Straßenreinigungsmaschinen — Wassertransport- und Spreng-Wagen — usw. Allsort Straßenbau-Ausführungen und -Lösungen, Projektierungen und Kostenschätzungen (AUTOBAHNEN)

Das letzte Modell der:

C. D. Magirus A. G., Ulm

Wir bringen laufend Berichte über die neuesten Erzeugnisse der deutschen Automobilfabrikation, um unseren Lesern deren Konkurrenzfähigkeit gegenüber jedem Auslandsfabrikat zu zeigen. (D. Red.)



Magirus-Ganzstahlleitern haben sich heute in der ganzen Welt einen hervorragenden Namen erworben. Besitzt die Stahlleiter-Konstruktion doch erhebliche Vorzüge gegenüber der Holzleiter.

Die Ulmer Feuerwehrrüst-Fabrik Magirus überraschte durch Neuerungen auf der Feuerwehrausstellung in Karlsruhe

Die Firma C. D. Magirus AG, Ulm-Donaupark, beschränkte ihrer Bedeutung als größte Feuerwehrrüstfabrik entsprechend, den 21. Deutschen Feuerwehrtag außerordentlich reichhaltig und bewies erneut ihre führende Stellung. Die vor zwei Jahren von Magirus erstmals herausgebrachten Ganzstahlleitern standen auch auf dieser Ausstellung im Mittelpunkt des Interesses. Die elektrisch geschweißten Hohlprofile geben der Leiter schließliche Vorzüge, so daß sie sich sehr gut eingeführt hat und in der Zwischenzeit an eine Reihe in- und ausländischer Feuerwehren geliefert werden konnte. Große Aufmerksamkeit fand ein mit einer Magirus-Ganzstahlleiter kombinierter Fahrstuhl, in dem sich zahlreiche Besucher der Ausstellung in die luftige Höhe fahren ließen. Ein Beweis, welches Vertrauen von allen Seiten den Magirus-Konstruktionen entgegengebracht wird. Eine Umwälzung auf dem Gebiete der Feuerlöschtechnik führte das Luftschonverfahren hervorzuheben; jedenfalls bewies das auf der Ausstellung gezeigte Magirus-Luftschonverfahren die ausgezeichnete Wirkungsweise dieser Löschmethode, auf welche noch demnächst in unserer Blätter näher eingegangen werden soll.

Auch sonst werden noch verschiedene Geräte gezeigt, wie Klein-Motorspritzen, Antosprüh mit vorgelauter Pumpe D.R.P., Zweiradstahlleitern usw., darunter eine Anzahl Geräte auf feste Bestellungen. Anhand dieser niedrigen gearbeiteten Magirus-Feuerwehrausführung konnte man feststellen,

daß jedes in diesem Werke hergestellte Gerät ein Musterergebnis ist, das selbst einer schärften Kritik standhalten kann.

Der Badische Staatspräsident, Herr Dr. Schmitt, besichtigte im Kreise zahlreicher prominenter Persönlichkeiten die Magirus-Ausstellung und bewies er, wie auch die ihn begleitenden Herren sprachen diesen Erzeugnissen ihre aufrichtige Bewunderung aus. Neben dem Präsidenten des badischen Landesfeuerwehverbandes, Herrn Müller und dem Landesbranddirektor und Vorsitzenden des Deutschen Reichs-Feuerwehverbandes, Herrn Paul Becker, waren auch wichtige ausländische Besucher zu beobachten, unter denen sich u. a. der Kommandant der Pariser Feuerwehr, Herr Oberst Poudernaux befindet, die sämtlichen allergrößten Interesse für die Magirus-Fabrikate zeigten. Alle Herren konnten in die Spitzenergebnisse dieses Unternehmens auf dem Gebiete der Feuerlöschtechnik aus eigener Erfahrung, benützt doch die Pariser Feuerwehr allein sechs Magirus-Auto-Drehleitern und verwendete die Münchener Wehr bereits in den nächsten Tagen, zu dem vorhandenen Fahrzeugpark, weitere sieben Magirus-Automobilgeräte geliefert. Die Ausstellung in Karlsruhe war jedenfalls ein voller Erfolg für Magirus und beweisen eindeutig weitere Aufträge sind auf diese Ausstellung zurückzuführen. Die gezeigten Fahrzeuge haben den Beweis erbracht, daß bei Magirus in erster Pflanzung mit den Konstruktionen gearbeitet wird, so daß konstruktiv die Fahrzeuge auf der Höhe der heutigen Feuerlöschtechnik stehen und den Ansprüchen, die an sie gestellt werden, voll und ganz genügen werden.

Die Heimatindustrien und die Autobahnen.

Von Dr. Herbert Schmidt-Lambert.

Auf den ersten Blick will es scheinen, als wenn die Zusammenhänge, die wir hier entwickeln wollen, von geringem Interesse sind. Aber schon die ersten Zeilen einer eingehenderen Untersuchung werden zeigen, daß in der Tat der Autobahnbau geeignet ist, gerade für jene Wirtschaftsgruppen neben den Gruppen der Schwer- und Groß-Industrien eine neue Be-

lebung zu bringen, die bisher als die Stiefkinder des modernen Verkehrs behandelt wurden und dadurch in Verfall gerieten. Es sind das die deutschen und mitteleuropäischen Heimatgewerbe, die Industrien der Textilheimarbeiter, der Weber, Stricker, Sticker, Wicker, Holzschneider, Uhrenmacher, Andenkenfabrikanten usw., alles Industrien und Heimgewerbe, die an Gegenden und Orten betrieben werden, die

unter den heute vorherrschenden Verkehrszuständen nur sehr schwer und langwierig zu erreichen sind, die aus diesem Zustand eben die ungeheuren Nachteile haben über sich ergehen lassen müssen, die allmählich zur Verödung der Produktion und ihrer Absatzmöglichkeiten geführt haben.

Der Autobahnbau erschließt den deutschen Wald, die mitteleuropäischen Hochlandgebiete, die Appal- und Viehzuchtgegenden Mitteleuropas; und damit werden dem Schnellverkehr Wirtschaftsbereiche zugänglich gemacht, die bisher allen sehr abseits liegen gelassen werden mußten. Nicht umsonst ist es die Hauptaufgabe des mitteleuropäischen Autobahnbaus, die allgemeine, streng von der Natur vorgeschriebene Nord-Süd-Linie aller Verkehrsbahnen, Ströme, Gesenke, Schweißgebirge etc. auszubessern und richtig zu stellen, es ist also die natürliche Folge der Autobahnbaustrebungen, daß sich jene Heimtgewerbe auf eine verkehrstechnische Besserung ihrer Lage vorbereiten können, die abseits der bestehenden, großen Verkehrstrecken betrieben werden.

Vor dem Weltkriege gehörten bestimmte Heimtgewerbe Mitteleuropas zu den vorzüglichsten und gepflegtesten Gewerben. Die Angehörigen derselben wurden von dem Kaiser und den Fürsten alljährlich einmal empfangen, sie lieferten dabei die besten Erzeugnisse ihrer Kunst der Öffentlichkeit ab. Damit wurde ein künstlerisches Interesse an Industrien unterhalten, die allmählich nach dem Wegfall dieser stützenden Repräsentationsmomente in Rückgang verfielen und heute ihren Mann nicht mehr erwidern können. Damit sind in den mitteleuropäischen Wald- und Gebirgsgegenden außergewöhnlich hohe kulturelle und wirtschaftliche Werte zerstört worden, die wieder aufzubauen das Nebenziel des Autobahnbaus sein muß, wenn man auf dieser Seite der kommenden Entwicklungen einmal aufmerksam gemacht hat. Denn für diese Heimatindustrien ist die Herantragung des Fernverkehrs von so ungeheurer Bedeutung, daß die direkte Abnahme der einzelnen Erzeugnisse vom durchfahrenden Kunden schon eine Belebung auf die Dauer bieten kann.

Die jetzt beginnende Bauperiode der Autobahn in Südwestdeutschland, der Main-Neckar-Linie, hat bereits Gelegenheit, diese Heimatindustrien in verschiedenen Gruppen in der hier beschriebenen Weise zu befruchten. Da ist die hessische und badische Holzschneidindustrie, die nach einer Statistik aus dem Jahre 1913 Werte von insgesamt 38 Millionen RM innerhalb eines Jahres schuf, diese auch restlos umsetzte, jetzt aber nur etwa für 4 Millionen Jahreswerte produziert und davon auch noch weit mehr als die Hälfte unverkäuflich finden muß. Der Autobahnbau wird hier gerade diejenigen Gegenden erschließen, in denen die Holzschneidkunst und das Holzbrunnengewerbe ihren Hauptsitz haben. Fünfzigtausend Passanten mehr in diesen Gegenden bedeutet pro Jahr mit Sicherheit etwa zehntausend Käufer für die Einzelabrikkate dieser Industrien, die sich auch schon früher vom großen Weltmarkt ziemlich weitab gehalten haben u. viel eher direkt an den Verbraucher ab Erzeugerwerkstatt verkaufen. Nur die fallende Reisebewegung in diesen Gebieten hat allmählich die Verödung mit sich gebracht, die diese Gewerbe und Heimindustrien erleben mußten; jetzt bietet der Autobahnbau diese ungelebte Anknüpfungsmöglichkeit, die hier den Nation mit vollem Recht tragen kann.

Es wird für die Autobahn der kommenden Jahre und Jahrzehnte von hoher Bedeutung sein, auf diese besonderen Voraussetzungen noch mehr Rücksicht zu nehmen, als das bisher geschehen ist und geschehen konnte. Erst wenn alle Wirtschaftskreise durch die Praxis sich davon haben überzeugen können, welche Behebungsfaktoren im Autobahnbau liegen, dann werden auch die notwendigen Mittel mit Leichtigkeit aufzubringen sein, die den Neben- und Hilfsindustrien diejenigen Verkehrswege verschaffen, die gebraucht werden, um hier sofortige Vereinfachungen der Arbeits- und Umsatzmöglichkeiten zu schaffen. Wir wollen nur ein Beispiel aus der oberbayerischen Uhrenfabrikation, die zu 75 Prozent eine Heimindustrie ist, anführen, indem wir statistisch nachweisen, daß vor dem Bau der badischen Schwarzwaldbahn der Umsatz der oberbayerischen Uhren, Kuckucks- und Wanduhren jeder Art, im Reich etwa 658 000 RM pro Jahr (Durchschnitt von zehn Jahren), drei Jahre nach der Ludionsstellung der Schwarzwaldbahn aber schon etwas über 5 Millionen RM betrug. Man sieht daraus, daß die Heimindustrien zu ihrem Gedeihen von der Schaffung ausreichender Schnellverkehrsstrecken durchaus abhängig sind. Nun aber leben die meisten Gruppen der Heimindustrien in ganz Mitteleuropa weitab von den großen Verkehrsstraßen, vielfach ist es auch einfach unmöglich, ihrer wegen besondere Bahnbauten vorzunehmen; nur die Autobahn mit ihren Zubringer- und Seitenbahnen kann allmählich in den wichtigsten Gebieten dieser Heimindustrien Abhilfe der geschädigten Notstände bringen.

Es ist ein glücklicher Zufall, daß schon die ersten großen Autobahnpäne gerade in diejenigen Gebiete führen, die eine ausgedehnte Heimindustrie tragen. Abgesehen davon, daß die Beweglichkeit der Heimindustrien, die Möglichkeit der Heranbringung der Fabrikationswerkstätten an die kommenden großen Autofernstraßen eine Kleinigkeit ist, so erstreckt sich doch auch

der günstige Einfluß einer so großen Fernverkehrsstraße seitlich der Bahnführung über 50 bis 75 Kilometer, was man am Besucherverkehr auf den bereits fertiggestellten Autobahnen und ihrer Einflußgebiete schon jetzt in aller Welt berechnen kann. Eine Strecke also, die das südwestdeutsche Gebirgs- und Waldland autobahnrechtlich erschließt, erschließt auch zur gleichen Zeit bis nach Württemberg, Oberbayern und Westthüringen hinein den allgemeinen Verkehr; damit aber sind Gebiete erreicht, in denen die jährlichen Werte der Heimindustrieproduktion schon im Jahre 1913 mehr als 144 Millionen RM betragen. Man kann sich denken, was es unter den heutigen Umständen für Mitteleuropa bedeuten würde, wenn auch nur die Hälfte dieser Heimindustrien wieder in Belebung versetzt werden könnten.

Ein kleines Beispiel dafür: in einigen Orten des Schwarztales in Thüringen wurden bis zum Jahre 1928 in der Hauptsache Holzschnitz- und Holzbrennereiarbeiten als Haupterwerbszweig der dort lebenden Bevölkerung angefertigt. Dann schloßen diese Gewerbe ein, der Umsatz war gleich Null. Die ganze Einwohnerschaft ging zur Wohlfahrt über. In diese Gebiete wurden dann von den Thüringer Verkehrsverbänden Autostraßen und Akzessorienstraßen gebaut, die einen sonntäglichen Großverkehr brachten. Seit dem Jahre 1931 sind hier wieder 48 Prozent der Bevölkerung stark beschäftigt, weitere 15 Prozent sind mit Hilfsarbeiten aus der Wohlfahrt entlassen. Alle machen Figuren für den Autokühler, Talisman-Figuren für das Wagenfenster der Autos und ähnliche Dinge, die nur bei einem verstärkten Autovekehr umzusetzen sind. Allein diese kleine Belebung hat den Staat um fast 420 000 RM an Unterstützungen im Jahre entlastet, und man sieht, daß eine direkte Interessentenbeteiligung des Staates am Autobahnbau auch von dieser Richtung her vorliegt. Man kann sich denken, daß der kommende Bau der Autobahn Main-Neckar ebenfalls in Gebiete

den Verkehr trägt, die bisher nur einen sehr sporadischen, auf gewisse Monate zugeschnittenen Teilverkehr von den Hauptstrecken des Durchgangsverkehrs her abbekamen und damit ihre Bevölkerung allmählich aus der Eigenbeschäftigung in eine fabrikmäßige Tätigkeit überführen mußten; wenn diese Bevölkerung eben heute nicht ganz ohne Verdienst dasteht. Die Aufgaben des kommenden Autobahnbaues sind auch hier ganz klar vorgezeichnet.

Wir sehen, daß unter den jetzt in ganz Mitteleuropa bestehenden Wirtschaftszuständen der Bau von Autobahnen als eine soziale Befreiungstat aufgefaßt werden kann. Dazu sind natürlich gewisse Umänderungen der heute vorherrschenden Bautendenzen notwendig, es wird auch nicht ohne eine erwähnenswerte Ausweitung der bestehenden Baupläne besonders in der Hinzufügung von Nebenbahnen abgehen, die eben erst diese Rand- und Binnenwald- oder Hochlandgebiete mit starken und früher lebenskräftigen Heimindustrien erschließen können. Zu diesen Zwecken aber muß der Staat, müssen alle beteiligten Länder direkt sich an den Vorgängen interessieren, denn schließlich geben die heute mitzunehmenden Möglichkeiten den mitteleuropäischen Staaten neue Ausblicke, die eine vollkommen veränderte, durchaus günstigere Wirtschaftsentwicklung in allen jenen Gebieten verschaffen, wo eben Autobahnen in nächster Zukunft entstehen werden. Wir haben im Ausland gesehen, daß dieselben Entwicklungen eine internationale Gleichrichtung haben, warum wollen wir auf die günstigen Nebenerscheinungen des Autobahnbaues verzichten, wo doch gerade Mitteleuropa an Heimgeworben und Heimindustrien so reich ist? Es bleibt also eine neue Richtung in der Wirtschaftstätigkeit durch Autobahnen zu beachten, und wir hoffen, daß wir diese Richtung, die in die Förderung der Heimindustrien ausmündet, deutlich genug hier vorgezeichnet haben.

„DIE AUTOBAHN“ DIENST ALS EINZIGE ZEITSCHRIFT DER WELT NUR DEM PROBLEM DER AUTOBAHNEN
„DIE AUTOBAHN“ ORIENTIERT STÄNDIG ÜBER DEN FORTSCHRITT DES AUTOBAHN-GEDANKENS IN DER WELT
„DIE AUTOBAHN“ LESEN DIE KREISE DER INDUSTRIE, WISSENSCHAFT, BEHÖRDEN, POLITIK UND KRAFTFAHRER



Hervorragende Gelegenheit!
Die kleine

**MERCEDES
SCHREIBMASCHINE**

zu ganz besonders günstigen Bedingungen.
Jedem ist der Kauf möglich!
Anfragen unter K 001 an „Die Autobahn“.

Ausstellungsstand

bestehend aus 3 Rückwänden mit Glaseinsatz, 1 Stück davon 1,50 mtr. breit und 2 Stück 1 mtr. breit; ferner 2 Seitenwänden mit Glaseinsatz je 1,40 mtr. breit, dazu 2 Ecksäulen ca. 50x50 cm, alles ca. 2 mtr. hoch. Als Vorderabschluß 2 Thaken mit Glaseinsatz 50x170 cm. Alles Eichenholz, dunkel gebeizt, preiswert zu verkaufen. Anfragen unt. V. 1002 an die „Autobahn“

Wir suchen allerorts tüchtige

**INSERATENWERBER
Abonnentensammler**

gegen hohe Provision. Angab. o. d. Geschäftsstelle der „Autobahn“

„Die Autobahn“

Die volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Grundprobleme des Autobahn-Gedankens

von Dr. Theodor Krebs

Oberregierungsrat und Vortragender Rat im Hessischen Ministerium des Innern

Zu beziehen durch den

Hafra-Verlag, Frankfurt a. M.
Leerbachstraße 112

Preis RM 1.-

Für den Gesamthalt verantwortlich: WILLY HOF; Redaktion: CURT G. KAFTAN; Verlag des HAFRA E. V., Frankfurt am Main, Leerbachstraße 112
 Telefon Zepplin 53367 Postcheckkonto Frankfurt am Main 23415. Druck: CAROLUS-DRUCKEREI, Frankfurt am Main. — Alle Zuschriften unpersönlich an die Redaktion der „Autobahn“ erbeten. Manuskriptsendungen muß unbedingt Rückporto beiliegen, andernfalls wird für Rückgabe keine Gewähr übernommen

Der Spiegel (Hamburg) 12.6.48
Hochhaus Jannade

75-1925-07

EINE »SPIEGEL«-SEITE FÜR

GÜNTHER GEREKE

PRODUKTIVE SELBSTHILFE

Eine Demokratie ist immer das, was die Menschen aus ihr machen. Sie kann die politische Plattform für das Wirken verantwortungsbewußter, vom Vertrauen der Bevölkerung getragener Persönlichkeiten sein; sie kann aber auch den Tummelplatz abgeben für die Vertreter ideologischer Verrätnisse und, wie die Geschichte uns bitter bewies, auch das Sprungbrett für eine ideologische Diktatur und damit für die Vernichtung der Freiheit selbst.

Aus dieser Einsicht und anlässlich der Debatte um den Dawes-Plan kam ich ab 1924 als Mitglied der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion in Opposition zu meiner Fraktion, aus der ich 1928 austrat, da damals schon in dieser Partei nach Ersatz des Grafen Westarp durch Geheimrat Hugenberg eine politische Haltung zu erkennen war, die später zur Harzburger Front führte und dann im Hitlerstaat endete. Ich wurde so Mitbegründer der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, deren Wortführer im Reichstage ich bis zu ihrer von Hitler herbeigeführten Auflösung war.

In der Art, wie ich die Demokratie als eine Auslesemöglichkeit für politische Persönlichkeiten sehe, bin ich durchaus ein Vertreter einer konservativen Richtung und Haltung, wobei ich das Wort „konservativ“ im Sinne einer evolutionsfähigen sozialfortschrittlichen Entwicklung verstehe. Diese demokratische Auslese politischer Persönlichkeiten ist nicht zuletzt auch eine Frage des anzuwendenden Wahlsystems. Wenn wir in Niedersachsen zur Zeit noch ein Wahlsystem haben, in dem der Kandidat der relativ stärksten Partei als gewählt gilt, und hierzu ergänzend noch ein Wahlsystem mit Anrechnung der Reststimmen auf einer Landesliste, so vermag dies kombinierte Wahlsystem zwar rein zahlenmäßig eine gerechte Lösung vorzutauschen. In der politischen Praxis führt ein solches Wahlsystem aber zu Schwierigkeiten, wie wir sie gegenwärtig in Niedersachsen zum Schaden des Ansehens unserer jungen Demokraten durch die lange andauernden Verhandlungen über eine neue Regierung erlebt haben. Eine klare Verantwortlichkeit, ohne die kein Parlament und keine Regierung funktionsfähig sein können, ist im Gegenteil nur durch ein Wahlsystem möglich, in dem der jeweilige Abgeordnete mit absoluter Mehrheit gewählt wird.

Wenn ich hier der Bitte des „Spiegel“ nachkomme, über meine Ansichten als Politiker zu schreiben, so kann ich naturgemäß nur in Stichworten die dringlichsten Probleme streifen. Das dringlichste Problem ist für uns alle wohl die Tatsache, daß wir dicht vor der seit langem erörterten Währungsreform stehen, und damit vor einer mit Sicherheit zu erwartenden Arbeitslosigkeit großen Ausmaßes. Wenn auch unter veränderten Verhältnissen, so ist doch eine gewisse Ähnlichkeit zu den Problemen der Jahre 1931 und 1932 mit ihrem Millionen-Erwerbslosenheer zu erkennen. Damals wie künftig war und ist die Frage: Wollen wir im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit nur eine unproduktive und auf die Dauer untragbare Erwerbslosenunterstützung zahlen und damit eine immer größer werdende Belastung der ganzen Wirtschaft? Oder wollen wir durch eine produktive Selbsthilfe der Wirtschaft die Möglichkeit geben, zu ihrer eigenen Gesundung die an sich dringend benötigte Arbeitskraft der Erwerbslosen einzusetzen?

Vor dieser Frage standen 1931 und 1932 auch die Regierungen Brüning und v. Schleicher. Mein Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde von beiden Kabinetten unter voller Billigung beider Gewerkschaften als Regierungsgrundlage übernommen. Sein Ziel war die Vergrößerung der Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft. Sein Inhalt bildete, in einem Satz gesagt: Die Erschließung noch unausgeschöpfter wirtschaftlicher Möglichkeiten zur Bildung neuer, lebensfähiger Existenzen, und zwar auf allen Gebieten der Wirtschaft, sowohl auf dem der Landwirtschaft als auch auf dem des Verkehrs, der Industrie usw. Die Finanzierung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms erfolgte neben der produktiven Verwendung der anfallenden Mittel der Arbeitslosenunterstützung durch einen Kreditvorgriff auf die sich durch

die Schaffung neuer Existenzen steigende Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft.

Dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm hat seine praktische Durchführbarkeit damals unter Beweis gestellt. Hitler übernahm es, um es zwar nach kurzem durch Koppelung mit seinem wirtschaftlich unproduktiven Aufrüstungsprogramm zu verdrängen und später ad absurdum zu führen. Um diesen befürchteten Mißbrauch meines Arbeitsbeschaffungsprogramms zu vermeiden, hatte mich der Reichspräsident von Hindenburg bei Antritt des Kabinetts Hitler zum beamteten und durch die Reichsregierung unabsetzbaren Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung noch besonders beauftragt, um meine als Mitglied des Reichskabinetts von Schleicher begonnene Mission unbeeinträchtigt fortzusetzen.

Durch die Arbeit der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, deren Vorsitzender ich im Reich war und denen von den Sozialdemokraten, dem Reichsbanner bis zu den Volkskonservativen und zu Teilen des Stahlhelms alle auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien und Organisationen angehörten, wurde Hitler bei der Reichspräsidentenwahl 1932 der mögliche Sieg aus den Händen gewunden. Es war der letzte große Sieg der demokratischen Kräfte gegen die Angriffe der Vertreter der Diktatur von Rechts und Links. Mein immer wiederholtes dringendes Abraten, Hitler mit der Kanzlerschaft zu betrauen, in Verbindung mit meiner Weigerung, die sehr erheblichen Mittel des Arbeitsbeschaffungsprogramms für eine militärische Aufrüstung zur Verfügung zu stellen, und meine Weigerung, einen gegen meinen Willen veröffentlichten bekannten Aufruf der Reichsregierung zu unterzeichnen, zeitigte als Ergebnis meine Verhaftung noch in der Nacht nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes und den anschließenden politischen Schauprozeß.

Wenn noch 1947 ein Teil der deutschen Presse und ihm in Gefolgschaft alle möglichen Ausschüsse mich zu einem „Steigbügelhalter“ Hitlers stempeln wollten — woran der „Spiegel“ nicht ganz unbeteiligt war^{*)} —, dann ist man es in Verkenning der geschichtlichen Tatsachen und Zusammenhänge.

Als Gründer des Verbandes der preussischen Landgemeinden und später als Präsident des deutschen Landgemeindefages war und bin ich ein Vertreter einer weitgehenden Selbstverwaltung. So sehe ich auch in einem gesunden — aber nicht übertriebenen — Föderalismus ein notwendiges Gegengewicht gegen die nationalstaatliche Tendenz, die politische Eigenständigkeit in einem Zentralismus zu ersticken. So ist es die Aufgabe des Landes Niedersachsen als heutiges „Grenzland“ zum politischen Osten, die deutsche Gemeinschaft als Mitte und Mittler zu vertreten. Für Niedersachsen erwächst aus diesem Bekenntnis zur Unteilbarkeit Deutschlands die Verpflichtung, die Forderungen der Ostvertriebenen zu den seinigen zu machen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Rückgabe der Ostgebiete, sondern auch im Hinblick auf die Sicherung ihrer hiesigen Lebensexistenz.

Die Frage einer zukünftig notwendigen Arbeitsbeschaffung ist auch die Kernfrage der Bewältigung des hiesigen Vertriebenenproblems. Als organisatorische Vorbedingung fordern wir deshalb die Errichtung eines Flüchtlingsministeriums, das nicht nur die beschleunigte Unterbringung und Betreuung sowie die berufliche Eingliederung der Vertriebenen energisch in die Hand zu nehmen hat, sondern darüber hinaus die Unterlagen schaffen soll, um bei der kommenden Währungsreform die Forderung der CDU auf eine gesonderte und bevorzugte Behandlung der geldlichen Verhältnisse aller Ostvertriebenen durchzuführen. Wenn wir politisch und wirtschaftlich in der kommenden schweren Zeit bestehen wollen, so darf es kein Nebeneinander- oder sogar Gegeneinanderwirken aller Kräfte mehr geben. Je stärker alle wahren Anhänger demokratischer Freiheit sich gegen die gemeinsam bedrohenden Gefahren zusammenschließen und dies auch unbeschadet sonstiger Meinungsverschiedenheiten bei jeder Gelegenheit bekunden, um so sicherer ist die innerstaatliche Stabilität und eine erfolgreiche Vertretung deutscher Interessen auf außenpolitischem Gebiete gewährleistet.

^{*)} Vergl. „Spiegel“ 2. 47; 6. 47; 7. 47. D. Red.



Geboren 1893 in Grupa, Prov. Sachsen. Dr. jur. und rer., pol. Mit 25 Jahren Landrat in Torgau, Gründer des Verbandes der Landgemeinden, Abgeordneter der Bauern- und Landvolkpartei im Reichstag, Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung bis zu seiner ersten Verhaftung März 33. Geschäftsführender Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Niedersachsen.

650 Millionen Dollar. Bis dahin ist ein weiter Weg. Und Holz und Kohle sind dafür eine schlechte Pflasterung. Auch die Amerikaner sehen das ein. In Zukunft sollen wenigstens 43 Prozent der Exporte Halb- und Fertigfabrikate sein.

Im Durchschnitt der letzten drei Jahre betrug der Exportanteil von Holz und Kohle rund 75 Prozent der gesamten Ausfuhr der Doppelzone. Für die letzten Monate zeigt diese Rohstoffausfuhr eine fallende Tendenz. Im Januar machte der Exportanteil von Holz und Kohle 65 Prozent aus, im April waren es nur noch 44 Prozent. Und dieser Weg ist die einzige Möglichkeit, das verschuldete Deutschland-Geschäft wieder rentabel zu gestalten.

der deutschen Kohlenbergbau-Leitung Direktor Kost und dem Gewerkschafts-Ehrendoktor Böckler über das gleiche Thema. Auch die Frankfurter Wirtschaftsverwalter besannen sich mit Spätzündung darauf, daß sie ebenfalls in der Frage der Fördersteigerung etwas tun könnten. Sie konferierten zwei Tage später, separat.

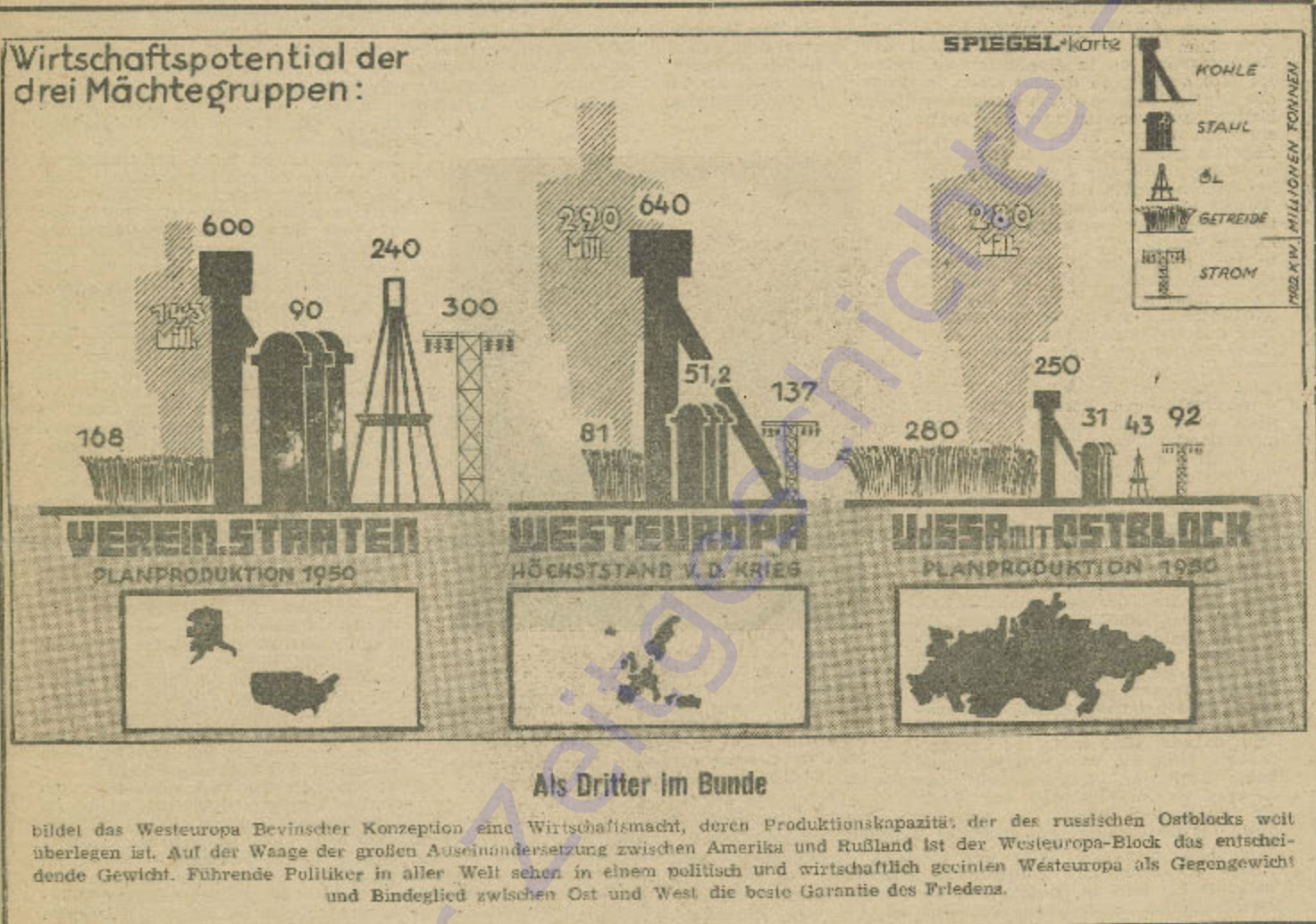
Gastgeber der Ministerkonferenz war Nordrhein-Westfalens Karl Arnold. Außer den Premiers waren auch die Wirtschaftsminister der drei Westzonen und Berlins Bürgermeister Dr. Friedensburg vertreten. Vor den Beratungen stieg die Ministerschar in einige Kohlenschächte, um sich mit den Arbeitsbedingungen der Brüder in Zechen und Gruben an Ort und Stelle bekanntzu-

der allen Reichshauptstadt. Er gab bekannt, daß durch die russische Transportsperrung seit April für 35 bis 45 Millionen Mark Material zur Ausrüstung der Kohlengruben in Berlin hängengeblieben ist.

Die gegenwärtigen Förderergebnisse liegen nun um 10 Prozent unter den Zahlen, die in der Dreimächte-Kohlen-Skala festgesetzt wurden. Sie machen die vorge-sehene Steigerung der westdeutschen Eisen- und Stahlproduktion unmöglich und bedrohen dadurch gleichzeitig die programmgemäße Erfüllung des Marshall-Plan-Targets für Westdeutschland.

Die Minister forderten die Frankfurter Wirtschaftsverwaltung auf, die Eisen-, Stahl- und Metallkontingente für den Berg-

Wirtschaftspotential der drei Mächtegruppen:



bildet das Westeuropa Bevischer Konzeption eine Wirtschaftsmacht, deren Produktionskapazität der des russischen Ostblocks weit überlegen ist. Auf der Waage der großen Auseinandersetzung zwischen Amerika und Rußland ist der Westeuropa-Block das entscheidende Gewicht. Führende Politiker in aller Welt sehen in einem politisch und wirtschaftlich geeinten Westeuropa als Gegengewicht und Bindeglied zwischen Ost und West die beste Garantie des Friedens.

Loch im Kohlensack

Brüder in Zechen und Gruben

Die Ruhrkumpels haben im Kohlenpott eine unangenehme Suppe angerührt. Nach dem dritten Care-Paket und den 40 Millionen Sonderzigaretten sank die Arbeitsstimmung wieder um einige 10 000 Tonnen Kohle täglich. In den letzten Tagen der Care-Saison war die Förderung auf über 300 000 Tonnen gestiegen. Die Durchschnittsförderung für Mai betrug nur 265 000. Auch die erste Juniwoche brachte nur einen leichten Anstieg.

Die Generale Clay und Robertson appllierten mehrfach an den deutschen Arbeitsgeist. Die Bergarbeiter seien wohl in der Lage, täglich 300 000 Tonnen zu fördern. Es fehle nur an dem nötigen guten Willen.

In Düsseldorf konferierten die Länderchefs mit Ober-Pründer, Finanz-Hartmann, Wirtschafts-Erhardt, mit dem Vorsitzenden

machen. Erst nach diesem praktischen Anschauungsunterricht setzte man sich um den grünen Tisch im Schloß Bonrath bei Düsseldorf.

In den ministerlichen Referaten wurde festgestellt, daß eine anhaltende Steigerung der Kohlenförderung bisher immer parallel mit einer Verbesserung der allgemeinen Ernährungslage im Ruhrgebiet gegangen sei. Neben den technischen Erfordernissen sei deshalb eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung im Ruhrrevier Voraussetzung für eine anhaltende Steigerung der Kohlenproduktion. Dazu seien die ungeklärten Besitzverhältnisse der Kohlenindustrie und die Befürchtung, daß jede Fördersteigerung nur dem Export zugute komme, psychologische Momente, die den Ruhrkumpel die Haare langsam schwingen ließen.

Dr. Friedensburg betonte in der Aussprache die lebenswichtigen Wechselbeziehungen zwischen dem Ruhrgebiet und

bau zu erhöhen. Die Konferenz schloß mit einem elfseitigen Memorandum, das an die Militärregierung weitergeleitet wurde. In dem Schlußkommunique verstiegen sich die westdeutschen Minister zu der Forderung, daß nicht nur für die Ruhrindustrie, sondern für die gesamte europäische Schwerindustrie eine internationale Aufsicht unter deutscher Beteiligung eingerichtet werden müßte.

Der aufgewirbelte Ruhrkohlenstaub drang bis zu den Kohlenexporten der Marshallplan-Hilfe. Das Kohlenkomitee arbeitete einen neuen Plan aus nach dem noch während des laufenden Vierteljahres 140 000 Tonnen britische Kohle nach Norddeutschland geliefert werden sollen.

Der Londoner „Economist“ sieht neben einer konstruktiven Produktionssteigerung an der Ruhr nur noch die Möglichkeit, die westdeutschen Kohlenexporte nach der in Moskau vereinbarten Gleitskala herabzusetzen. Und davon wollen wieder die Franzosen nichts wissen.

1. Dezember.

Frankfurter Zeitung
(Kaisersaal) 20. XII. 32.**Dr. Gereke's Mitarbeiter.**

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

¶ Berlin, 19. Dez. Nachdem über die Zuständigkeit des Arbeitsbeschaffungskommissars durch die am Samstag veröffentlichte Verordnung Klarheit geschaffen worden ist, hat Dr. Gereke begonnen, Mitarbeiter heranzuziehen. Obwohl durch die Verordnung das Entstehen eines umfangreichen Apparats verhindert worden ist und obwohl auch die Befugnisse des Kommissars insofern stark eingeschränkt worden sind, als sowohl in der eigentlichen Arbeitsbeschaffung wie in der Siedlung die Entscheidung stets bei einem Ausschuss liegt, dem der Arbeitskommissar als zweiter Vorsitzender nach dem Reichstanzler angehört, so bleibt es doch wichtig, nach welchen Gesichtspunkten Dr. Gereke seine Mitarbeiter auswählt.

Wie wir erfahren, hat der Arbeitsbeschaffungskommissar bereits zwei Persönlichkeiten hinzugezogen, und zwar die Herren Hertel und von Thörs. Beide Herren gehören einer Richtung an, die einer anormalen Kreditausweitung nicht abgeneigt ist. Hertel war während der Entstehung der sogenannten Ausgleichsklassenbewegung tätig. Die Ausgleichsklassen sind bekanntlich eine Einrichtung, bei der Unternehmer in örtlichen Genossenschaften zwecks Schaffung von Scheckguthaben zusammengeschlossen werden. Die Bewegung ist von der Regierung entschieden bekämpft worden, doch war ein Verbot nicht möglich, weil kein Weg gefunden werden konnte, gegen die Ausgleichsklassen vorzugehen, ohne zugleich den berechtigten Scheckverkehr zu verhindern.

In industriellen Kreisen hat die Heranziehung der genannten Herren, soweit sie heute abend bekannt war, bereits Veranlassung hervorgerufen. Sie erscheint nicht berechtigt, wenn man berücksichtigt, daß der Arbeitskommissar keine Möglichkeit hat, ohne Mitwirkung der anderen Reichsressorts eine selbständige Politik zu treiben. Immerhin ist es doch symptomatisch, wenn er seine Mitarbeiter gerade aus Vertretern einer Politik auswählt, die bisher von der Regierung entschieden bekämpft wurde.

Z-1926-49

Archiv

"Der Tag"

Morgenausgabe Berlin 10. XI. 32.

Krieg der Arbeitslosigkeit!

Zwei nationale Wirtschaftspolitiker schreiben über das brennendste Problem der deutschen Gegenwart

Trotz der erfreulichen Tatsache, daß die Arbeitslosenziffer infolge der energischen und noch rechtzeitig für diesen Winter in Gang gebrachten Maßnahmen der Reichsregierung eine sinkende Tendenz aufweist, bleibt die Arbeitslosigkeit das Zentralproblem der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Fünf Millionen Erwerbslose, zu denen die Familienangehörigen, ferner die Ausgesteuerten und statistisch nicht erfaßten Arbeitslosen sowie bis zu einem gewissen Grade auch die Kurzarbeitenden treten, alle diese zusammengenommen bedeuten eine furchtbare Wunde an unserem Volkskörper. Sie muß geheilt oder doch wenigstens einem Heilungsprozeß entgegengeführt werden, und jeder dem dienende ernste Vorschlag ist wert, beachtet und geprüft zu werden.

Wenn „Der Tag“ sich unumkehrbar in die Aussprache zunächst mit den Beiträgen zweier nationaler Wirtschaftspolitiker beteiligt, so tut er das aus Pflichtgefühl und

mit dem Willen, die Klärung des so umstrittenen Problems zunächst im nationalen Lager herbeizuführen, von dessen Führerschaft die Lösung der Aufgabe erwartet wird, an der die Novembermänner gescheitert sind. Generaldirektor Dr. E. Lübbert, Mitglied des Bundesvorstandes des Stahlhelm, stellt heute im „Tag“ einen Arbeitsbeschaffungsplan zur Erörterung, der die Öffentlichkeit bereits seit längerem beschäftigt. Oberfinanzrat Dr. P. Bang, Abg. der DNVP, nimmt kritisch zu dem Platz Stellung und erweitert seine Stellungnahme zu einer allgemeinen Abrechnung mit allen auf gleichen Gedanken beruhenden Arbeitsbeschaffungs-Programmen. So wird mit diesem Zwiegespräch die Aussprache im „Tag“ über die grundsätzliche Seite des ganzen Problems, Arbeitslosigkeit, und über die Strategie und die Waffen eröffnet, die Deutschland zum „Krieg gegen die Arbeitslosigkeit“ benötigt.

Die Schriftleitung.

Dr. Lübbert:

Die Maßnahmen, die die Regierung von Papen bisher zur Behebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen hat, beruhen auf zwei grundlegenden Ansätzen. Die erste Ansicht geht dahin, daß die Wirtschaft kurz vor einem Konjunkturaufstieg stände und daß ihr daher nur vorübergehend seitens der Regierung eine Hilfsstellung gegeben zu werden brauche. Die zweite Ansicht, die zugleich eine dogmatische Vorstellung ist, ist die, daß nur eine Hilfeleistung von erschichtlich privatwirtschaftlicher Art und Wirkung gegenwärtig sein könne.

Die Hoffnung auf das baldige Einsetzen eines wirtschaftlichen Aufschwunges aus sich heraus müssen wir leider für unbegründet halten. Die Entwicklung der letzten Monate zeigt die so-

Gefahren für die Währung mit sich bringen kann, kann natürlich niemand beweisen. In der heutigen Lage gibt es überhaupt keine ungefährlichen Maßnahmen. Und nichts Entscheidendes zu tun, vielmehr in dem bisherigen Tempo weiter zu wandeln, ist das allergefährlichste. Und eben gerade darum sind wir nun in der Tat am Grenzfuß. Denn auf der einen Seite des Flusses stehen jetzt diejenigen, die aus Angst um den Bestand der Währung geneigt sind, alle Maßnahmen zu verdammen, hinter denen sie Währungsgefahren wittern. Alles in allem diejenigen, für die schon die bloße Möglichkeit einer Währungsgefährdung schwerer wiegt, als die gegenwärtige völlige Not, die die Arbeitslosigkeit von 7 Millionen Volksgenossen mit sich bringt.

Es muß etwas getan werden

Auf die andere Seite des Flusses aber müssen

zweite Ansicht, die zugrunde liegende dogmatische Vorstellung ist, ist die, daß nur eine Hilfeleistung von ersichtlich privatwirtschaftlicher Art und Wirkung segensvoll sein könne.

Die Hoffnung auf das baldige Einsetzen eines wirtschaftlichen Aufschwunges aus sich heraus müssen wir leider für unbegründet halten. Die Entwicklung der letzten Monate zeigt die sogenannte Weltwirtschaft in fortschreitendem Zerfall, so daß für den deutschen Export die Aussichten keineswegs günstiger geworden sind. Und auch die deutsche Binnenwirtschaft läßt keine wesentlichen Anlässe zur Besserung erkennen.

Die geschwächte Privatwirtschaft

Was die zweite dogmatische Ansicht anlangt, so können wir sie jedenfalls angesichts der heutigen Lage des deutschen Volkes nicht billigen. Wir bezweifeln, daß die nunmehr seit nahezu zwei Jahrzehnten rühmlichste und geschwächte Privatwirtschaft in der Lage ist, sich gewissermaßen an eigenen Joppe aus dem Sumpf zu ziehen, und wir halten es für gefährlich, der in ihrer Bedeutung auch vor uns nicht verkannnten Initiative des Unternehmers Aufgaben aufzubürden, die sie heute jedenfalls unmöglich erfüllen kann. Alles in allem muß festgestellt werden, daß die bisherigen Maßnahmen des Kabinetts Papen die erwartete Hilfe bisher nicht gebracht haben und auch voraussichtlich in Zukunft nicht bringen werden. Bei dieser Sachlage muß ein Gedanke in den Vordergrund treten, der seit 10 Jahren in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder erörtert worden ist, nämlich der, durch große Aufträge der öffentlichen Hand nationalwirtschaftlich wichtige, wenn auch privatwirtschaftlich unrentable, Arbeiten zu ermöglichen. Damit soll erstens Arbeit in großem Umfang geschaffen und ein Teil unserer Volksgenossen aus ihrem jetzigen demoralisierenden Zustand herausgebracht werden. Zweitens soll dadurch das Lohn-Volumen erhöht, so die Kaufkraft vergrößert und damit ein neuer Antriebs für die Verbrauchsgüter-Produktion geschaffen werden. Drittens sollen so nationalwirtschaftlich wichtige Arbeiten geschaffen werden, wie Melioration von Aedern, die Urbarmachung von Mooren und Oedlandereien, Straßenbau, Eisenbahnbau u. a. m., kurz, Arbeiten, durch die der deutsche Lebensraum praktisch vergrößert und vor allem unsere Nahrungsmittelfreiheit erhöht wird.

Arbeitsbeschaffung

Unter den Vorschlägen, die sich in dieser Richtung bewegen, ist in der letzten Zeit am meisten der sogenannte Gereke-Plan oder Landgemeinde-Plan in den Vordergrund getreten. Diesem Plan liegen Beratungen zugrunde, an denen sich Stahlhelmer, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Reichsbanner, Gewerkschaften, Landbündler und Vertreter der Landgemeinden beteiligt haben. Das Verdienst, diese Beratungen überhaupt zustandegebracht zu haben, gebührt in der Hauptsache den Herren Dr. Herpel und v. Ehdorf. Wir Stahlhelmer haben uns an diesen Verhandlungen schon darum gern beteiligt, weil sie bewiesen haben, daß selbst in einer so verkrampften und verkämpften Zeit, wie der heutigen, Deutsche aus den verschiedensten politischen Lagern an einem Tisch zusammen nationale Arbeit leisten können, eine Tatsache, die wir als Zeugnis für die grundsätzliche Richtigkeit unseres überparteilichen Standpunktes werten dürfen.

Die Durchführung eines jeden derartigen Planes ist nun, darüber besteht gar kein Zweifel, mit einer Kreditausweitung verbunden und hier ist in Wahrheit der Grenzfluß, an dem sich die Geister scheiden. Denn wir selber glauben zwar keineswegs, daß die Durchführung öffentlicher Arbeiten in dem Umfang, wie sie der Plan zunächst vorsieht (zwei Milliarden) die deutsche Währung wirklich gefährden wird. Wir glauben ferner nicht, daß eine solche Maßnahme gefährlicher sein könnte, als es die jetzige Methode ist, nach der doch de facto fortwährend Defizits der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft durch geldschöpferische Mittel gedeckt werden. Aber die Unmöglichkeit, daß die geldschöpferische Finanzierung öffentlicher Arbeiten

rungsgefährden wittern. Alles in allem diejenigen, für die schon die bloße Möglichkeit einer Währungsgefährdung schwerer wiegt, als die gegenwärtige ökonomische Not, die die Arbeitslosigkeit von 7 Millionen Volksgenossen mit sich bringt.

Es muß etwas getan werden

Auf die andere Seite des Flusses aber müssen wir uns stellen, die wir die Wirtschaft nicht als Selbstzweck, sondern nur als eine der verschiedenen Funktionen unseres Volkes, und darum dem großen Gesamtleben der Nation untergeordnet, ansehen. Uns erscheint die ökonomische Not der Arbeitslosigkeit als die schlimmste und unmittelbar vorhandene Bedrohung unseres Volkslebens. Maßnahmen, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, müssen ergriffen werden, auch wenn ängstliche Gemüter darin eine Gefahr der Währungsgefährdung erblicken. Diesen Standpunkt glauben wir um so mehr verantworten zu können, als wir überzeugt sind, daß gerade ein Weiterwirtschaften auf dem bisherigen Wege geeignet ist, das Gezeck einer Inflation, das den Deutschen noch so drohend vor Augen schwebt, wieder heranzubeschwören.

Ueber gewisse Einzelheiten des sog. Landgemeinden-Plans ist noch zu reden. Die ursprünglich darin vorgesehene dezentralisierte Geldschöpfung hat schließlich dem richtigen Plan einer zentralisierten Geldschöpfung Platz gemacht. Darüber, daß die Geldschöpfung nicht im Wege des Notendrucks zu erfolgen braucht, sondern durch Schaffung von Giralgeld erfolgen kann, herrscht kaum mehr Streit. Darüber, wie diese Giralgeldschöpfung stattfinden hat, ob durch Zinszuschüsse des Reiches lombardfähige Wertpapiere geschaffen werden, oder ob man etwa eine Reichs-giraltbank gründet, die vom Reich praktisch das Monopol zur Schaffung von Giralgeld erhält, also eine Parallele zur Reichsbank, bei der bereits die Schaffung von Notengeld monopolisiert ist, darüber können im einzelnen Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein. Aber das alles ist letzten Endes nicht entscheidend. Die entscheidende Frage ist, ob die Regierung Papen, um die Arbeitslosigkeit zu bekriegen, das Inflationsschrei von links und rechts in Kauf nehmen will oder nicht. Bringt sie den Entschluß hierzu nicht auf, so wird sie den Rubikon nicht überschreiten.

H. von Papen

Wögl. Privatpost

21. X. 32.

Papens Stellung erschüttert?

Die Abgabe der Parteien und Berufsstände / Offener Brief Hitlers / Ein Kabinett der Arbeitsbeschaffung? / Was wird nach dem 6. November?

Die Stellung des Reichskanzlers von Papen ist trotz des betonten Optimismus, den er zur Schau trägt, außerordentlich schwierig geworden. Der geschlossene Widerstand aller Parteien mit Ausnahme der DNVP, auf den er stützt, der ebenso geschlossene Widerstand aller berufständischen Organisationen der Bauern, Angestellten und Arbeiter, hat ihm den Boden entzogen, auf dem er unter Berufung auf das Volk, regieren kann. Herr von Papen klüht sich zwar noch auf das Vertrauen des Reichspräsidenten, man darf aber nicht außer Acht lassen, daß Herr von Hindenburg seinerzeit den Reichskanzler nur mit dem Hinweis beauftragt hat, daß er ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführen würde, dessen Lasten im übrigen nicht auf den Rücken des deutschen Arbeiters abgewälzt werden sollten. Dies waren Hindenburgs eigene Worte beim Empfang des Kanzlers in Neudorf. Man hat aus dieser Bemerkung seinerzeit bereits eine beschränkte Befugnis des Reichspräsidenten und einen Vorbehalt herausgesehen.

So wie sich die Dinge entwickelt haben, ist es schwer, an einen Weiterbestand der Kanzlerschaft Papens nach dem 6. November zu glauben. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß nach dem 6. November ein Kanzlerwechsel unumgänglich sein wird.

Die scharfen Abfragen des Zentrums und der DNVP an den Kanzler haben die letzten Möglichkeiten einer Einigung mit den Parteien zertrümmert. Die geschlossene Ablehnung der gewerkschaftlichen Front aller Richtungen, sowie der Sturm, der im Augenblick in der Landwirtschaft losbricht, haben auch die Hoffnungen zertrümmert, daß sich Papen über die Parteien hinweg mit den berufständischen Organisationen in Verbindung setzt. Da sich der Kanzler weder auf den Reichstag noch auf einen Volksentscheid stützen kann, blieb ihm lediglich die Möglichkeit, sein Programm durch Verträge mit den Ländern durchzuführen. Diese Möglichkeit hätte allerdings nur juristische, aber keine politische Bedeutung, da auch in den Ländern, z. B. in Bayern, nur geschäftsführende Regierungen am Ruder sind, die Bürokratie also nur einen Vertrag mit sich selber, ohne das Volk, schließen würde. Im übrigen ist durchaus nicht damit zu rechnen, daß die Länder, in denen die Landtage noch Einfluß haben, sich mit dieser Regelung einverstanden erklären würden.

Herr von Papen glaubt, wenigstens aus einem beträchtlichen Stimmengewinn der Deutschnationalen Nutzen für sich ziehen zu können. Diese Hoffnung ist in den letzten Tagen wieder geringer geworden. Im Gegenteil wirt sich die wachsende Ablehnung Hindenburgs und seiner Gefolgschaft im Volk wieder günstig für die DNVP aus, die einen gewissen Auftrieb nach der Depression der ersten Wochen nach der Wahl zeigt. Bezeichnend für die Schärfe, mit der von dieser Seite der Kampf gegen Papen geführt wird, ist ein offener Brief Hitlers an den Reichskanzler, in dem es heißt: „Ich halte, Herr Reichskanzler, aus meinem geistigen, sozialen und politischen Gewissen heraus Ihre Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik für falsch, ja für in höchstem Maße verderblich für Deutschland. Ich sehe als Folge eines Umbauens Ihrer Regierung über eine längere Zeit nicht nur ein erneutes Anstreben unserer alten Klassengegensätze, sondern die drohende Gefahr einer dann nicht mehr zu verhindernden Bolschewisierung. Ich setze mich daher gegen Sie und Ihre Politik mit meiner Bewegung so zur Wehr, als ob wir „das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation“ wären. Daß Sie, Herr Reichskanzler, aber uns deshalb, weil wir insbesondere die unmögliche Art der Boshnehmung der außenpolitischen Interessen der deutschen Nation durch Ihre Regierung ablehnen, einfach als „Feinde des deutschen Volkes“ hinstellen, ist so unnatürlich, daß uns nur die legale Befolgung der Gesetze verhindert, Ihnen die darauf nötige Antwort zu geben. Ich wende mich aber an die Millionen meiner Anhänger, die ich bitte, diese meine Darlegungen nüchtern prüfen und in Vergleich zu Ihrer Rede setzen zu wollen. Der Urteilspruch dieser Millionen ist mir heute schon klar. Am 6. November wird Ihnen, Herr von Papen, und den Sie begleitenden Parteien und Interessengruppen das deutsche Volk wohl die Erkenntnis vermitteln, daß mangelnde staatsmännische Qualität nicht durch Berufung auf übernatürliche Herkunft ausgeglichen werden kann. Im übrigen, Herr von Papen, leben Sie ruhig in Ihrer Welt, ich kämpfe in der meinen.“

Dem schließt sich die Stellungnahme Hjalmar Schachts in einer ostpreussischen Zeitung an, in der der ehemalige Reichsbankpräsident erklärt: „Ich sehe aus dem Standpunkt, daß auch eine Präsidialregierung nicht ohne Rückhalt im Volke arbeiten kann, und daß der augenblickliche Versuch einer Konzentration gegen das Volk zum Scheitern verurteilt ist. Wenn man ohne den Reichstag glaubt regieren zu können, müßte man konsequenterweise keinen Reichstag wählen lassen. Den Reichstag aber wählen zu lassen mit der todsicheren Aussicht, kein Vertrauensvotum vor ihm zu bekommen und ihn dann gleich wieder aufzulösen, ist ein Karrenspiel, das die Massen des Volkes nur weiter ver-

ärgeren wird. Da ich gegen eine Revolution von oben in einer Zeit, wo man dem Volk keine Glückseligkeit bringen kann, noch mehr eingestellt bin als gegen eine Revolution von unten, so bleibe für meinen unpolitischen Verstand nur der eine Ausweg, sich so schnell wie möglich mit Hitler über die Kanzlerschaft zu verständigen, damit wenigstens die seelischen Kräfte dieser großen Volksbewegung für die Regierung nutzbar gemacht werden. Der 13. August ist in meinen Augen eine historische Dummheit der politischen Nachhaber gewesen.“

Es ist nun die Frage, wer die Nachfolge Papens antreten wird. Das kommende Kabinett wird ein Kabinett der Arbeitsbeschaffung sein und wahrscheinlich ausdrücklich zu diesem sachlichen Ziel gebildet werden. Es wird also den Versuch machen, eine Reihe politisch widerstrebennder Kräfte auf der sachlichen Basis zusammenzufassen. Es wird insoweit insofern die Note der Heberparteilichkeit des Präsidialkabinetts bewahren, sich aber auch personell enger auf Persönlichkeiten der DNVP, des Zentrums, der Gewerkschaften aller Richtungen und des Bauerntums stützen. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Arbeitsbeschaffungspläne der Landgemeinden, die von Landrat a. D. Gercke, dem Präsidenten des Landgemeindetages im Verein mit Dr. Deryel vertreten werden. Es ist den Landgemeinden gelungen, eine breite überparteiliche Front bis zum Reichstagen und den Gewerkschaften positiv für dieses Programm zu gewinnen. Außerdem hat sich der Reichspräsident selber in einem Telegramm an den ihm nahestehenden Dr. Gercke seinerzeit für dieses Programm ausgesprochen.

Feste Vorstellungen über die Nachfolge Papens existieren wohl noch nicht. Jedoch finden, neben einigen Persönlichkeiten des heutigen Kabinetts, Leute wie Gregor Strasser, Schacht, Gercke, Nabolny und Freiherr von Linnik, der am Freitag vom Reichspräsidenten empfangen wird, zur Verfügung, sowie einige Namen von den Gewerkschaften.

Es ist anzunehmen, daß die Frage der Umbildung des Kabinetts und des Kanzlerwechsels nach dem 6. November stärker erörtert werden wird.

049

Institut

Braun-Schwarz=rot=gold

Die „Dritte Front“ — Eine sensationelle Kundgebung

Berlin, 18. August.

Was seit einiger Zeit im Dunkeln gemaukelt wurde, kommt nun ans volle Tageslicht. Eine neue „Front“ ist in Bildung. Sie reicht von Tarnow bis Gregor Strasser und Hierl, sie umfaßt aber gleichzeitig auch Junker und Industrieverbände. Der Sozialfaschismus marschiert.

Eingige Tatsachen:

Da war vor einiger Zeit die Züricher Zusammenkunft Gregor Strassers, des Reichsorganisationsleiters der NSDAP, mit seinem Bruder Otto Strasser, der als nationaler Sozialist aus der Partei ausgeschlossen wurde, und Jehrer, dem Kopf des „Lat“-Kreises. Dieser Kreis, der sich rund um die Zeitschrift „Die Lat“ gebildet hat, hat zwar gar keine Verbindung mit den werktätigen Massen, bemüht sich aber um die Herausbildung einer neuen großen Clique aus „Persönlichkeiten“ der verschiedensten Lager, welche eben die „Dritte Front“ darstellen sollen. Die „Lat“-Kreis wird nun die Zeitung „Die Tägliche Rundschau“ in die Hand gedrückt, die weder leben noch sterben kann; es heißt, daß die Mittel für diese Zeitung durch Gregor Strasser beschafft würden.

Eine zweite Tatsache:

Zwischen dem Vertreter des ADGB, Fürtwängler, und einem Führer des sogenannten Gewerkschaftsflügels der Nationalsozialisten, haben geheime Unterredungen stattgefunden. Sie wurden zwar dementiert, aber Dementis schaffen Tatsachen nicht aus der Welt. Auch in diesen Unterredungen ging es um

eine breite Gewerkschafts-Front, gerade auch für Fragen der Arbeitsbeschaffung. Man weiß, daß die Programm-Forderungen Gregor Strassers und Leipwarts miteinander verwechselt werden können.

Eine dritte Tatsache:

Der „Vorwärts“ hat in seiner Sonnabend-Nummer vom 13. August ein Liebeswerben um den nationalsozialistischen Grafen Reventlow veranstaltet. Man entdeckt in ihm und in Reuten seines Schlages die „Sozialisten“.

Die vierte Tatsache:

Gestern abend gab der Präsident des Deutschen Landgemeinde-Tages, Dr. Gerrecke, im Haus der Presse das Arbeitsbeschaffungs-Programm der Landgemeinden

bekannt, das die „zinslose Kreditschöpfung“ (man sprach von dieser Sache bisher unter dem Stichwort „Feder-Geld“) vorsteht — —

Dieses Programm stellt nicht mehr und nicht weniger dar als eine Vereinbarung zwischen Nazis, SPD-Gewerkschaften, SA-Führung und Reichsbanner-Führung.

Um dies zu erhärten, drucken wir die Darstellung der Telegraphen-Union zur Wortlaut ab.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden, deren Präsident am Mittwochabend die Einzelheiten dieses Planes in einer Besprechung im Haus der Deutschen Presse vortrug, ist

vorher bereits mit Organisationen der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und mit Vertretern der Bauverbände der verschiedensten Mächtigungen besprochen worden.

Vertreter aller dieser Organisationen waren auch bei dieser Besprechung zugegen.

Im Anschluß an die Ausführungen des Präsidenten Dr. Gerrecke nahm Kornemann von der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei das Wort zu einer kurzen Erklärung, in der er sein völliges Einverständnis mit dieser Art der Selbsthilfe der untersten deutlichen Verwaltungskörper ausdrückte und dem vorgelegten Arbeitsbeschaffungsplan den vollsten Erfolg wünschte.

Darauf ergriff der Generalsekretär des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Gebhardt, das Wort.

Er verwies zunächst auf die Vorarbeiten der Herren Dr. Hertel und von Ehdorf, die als die eigentlichen Väter des Gedankens der zinslosen Kreditschöpfung im Interesse eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms anzusprechen sind, und erklärte, daß der heutige Tag durchaus ein Wendepunkt für die wirtschaftliche und politische Zukunft des deutschen Volkes sein könne. Ja, noch weiler: die letzten Monate und besonders die letzten Wochen seien ungeheuer schwer gewesen.

Der heutige Tag aber sei der schönste seines Lebens,

weil er erweise, daß der Lebenswille des deutschen Volkes sich mit elementarer Macht durchringe, um endlich der ungeheuren und für das Schicksal des Volkes entscheidenden Not der Arbeitslosigkeit ein Ende zu bereiten. Er schloß mit dem Appell: „Vorwärts, aufwärts, durch!“

Der schönste Tag des Reichsbanner-Führers — das ist der Tag, an dem Nazi-Vertreter, ADGB- und Reichsbanner-Vertreter und Präsidenten der Agrarier einander umarmen.

Ueber die Bereitschaft der ADGB- und SPD-Führer zur Einigung mit der Nazi-Führung werden wir in den nächsten Tagen weitere Mitteilungen machen.

Die Welt am Abend
18. VIII. 1932
in der kommunist. Partei

Frankfurt am M.

müßigen
Lademaß

müßigen
Fingel

Institut

Wirtschafts-Tagungszeitung 3. VIII. 32.

Schafft Arbeit und Brot!

Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindevverbandes.

Der Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden trat gemeinsam mit einem zur Erörterung des Arbeitslosenproblems gewählten Ausschuss der Landgemeinden in Berlin zusammen, um zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung zu nehmen. Der Präsident des Deutschen Landgemeindevverbandes und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, Dr. Gerete, wies auf die bekannte, für die Gemeinden unhaltbar gewordene Lage hin, die es den Gemeinden auf längere Sicht völlig unmöglich mache, ihren Verpflichtungen gegenüber den Wohlfahrts-erwerbslosen weiter nachzukommen. Auch eine nach den Wünschen der Landgemeinden sozial und gerecht aufgebaute Reichsarbeitslosenfürsorge könne nie das Grundübel, die Erwerbslosigkeit, beseitigen. Letzteres sei nur möglich durch ein umfassendes, planvoll aufgestelltes Arbeitsbeschaffungsprogramm, dessen Durchführung mit größter Beschleunigung in Angriff genommen werden müsse.

Der Landgemeindevverband habe eingehend die zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannten Vorschläge geprüft, die zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit gemacht worden sind, insbesondere die von Dr. Hernal gemachten Vorschläge, denen zum Teil auch schon praktische Erfahrungen zugrunde liegen. Man müsse ganz offen feststellen, daß Privatinitiative heute nicht ausreiche, um wieder für 8 Millionen Erwerbslose Arbeit und Brot zu schaffen, sondern es sei die vorrangigste Aufgabe der öffentlichen Hand, hier bahnbrechend voranzugehen. Wie in der Vergangenheit, so müsse auch heute die öffentliche Hand

die Durchführung großer volkswirtschaftlicher Aufgaben

betreiben und damit die Wirtschaft neu beleben. Die Finanzierung habe nach wie vor auf der Grundlage der Krediterschöpfung durch die öffentliche Hand zu erfolgen. Diese Krediterschöpfung könne sich nur stützen auf die Steuerkraft der Bevölkerung. Allerdings sei es nicht angängig, diese Kredite der öffentlichen Hand mit hohen Zinsen zu belasten und damit der Wirtschaft untragbare Ausgaben aufzuerlegen. Die Krediterschöpfung müsse vielmehr neben einem ganz geringen Verwaltungsbeitrag völlig zinsfrei sein. Die allseits als notwendig anerkannte Herabsetzung der heute unerträglich hohen Zinsen würde dadurch stark gefördert werden, weil Reich, Länder oder Gemeinden nicht mehr als Kreditnehmer auf dem Anleihe- markt auftreten. Die durch Aufbauarbeiten belebte Wirtschaft würde außerdem die Möglichkeit erhalten, neues Sparkapital anzulammeln, und dadurch würde ein vergrößertes Kapitalangebot geschaffen. Das leider weitgehend geschwundene, für eine Belebung der Wirtschaft aber unbedingt notwendige Vertrauen in die öffentliche Hand werde in dem Augenblick wieder hergestellt sein, wo es gelingt, die Masse der Arbeitslosen in den Arbeits-prozess wieder einzuschalten. Dr. Gerete schlug dann folgende

Richtlinien

für die Weiterverfolgung der Arbeiten vor:

1. Reich, Länder, Gemeinden und die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände haben zur Belebung des Arbeitsmarktes volkswirtschaftlich wichtige Arbeiten vorzunehmen, um dadurch eine möglichst hohe Zahl von Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen.
2. Die Arbeiten sind planmäßig zu betreiben. Der Plan ist nach volkswirtschaftlichen, verkehrs- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten auf Jahre hinaus einheitlich unter Mitwirkung der Selbstverwaltungskörperschaften aufzustellen und durchzuführen.
3. Grundsätzlich sollen die Arbeiten zu vollem Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen, damit dadurch die Wirtschaft eine weitere Belebung erfährt und die Steuerkraft der öffentlichen Hand gestärkt wird.
4. Die Finanzierung erfolgt durch eine in beschränkten Grenzen gehaltene zinslose Kreditgewährung auf der Grundlage des Hoheitsrechtes der öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten.
5. Der bargeldlose Verkehr ist im Interesse der Finanzierung der Aufbauarbeiten durch Ausbau des Giroverkehrs und durch Verschärfung des Scheckgesetzes zu erweitern.
6. Die Kredite sind in ihrer Laufzeit entsprechend dem verwendeten Zweck zu begrenzen.
7. Die Kreditbereitstellung ist von den Aufsichtsbehörden im Einvernehmen mit den Kreditausschüssen zu überwachen.

Als Ergebnis einer sehr eingehenden Aussprache stellte Dr. Gerete die grundsätzliche einhellige Zustimmung zu diesen ersten Richtlinien fest. Allseitig wurde darauf hingewiesen, daß keine Zeit mehr zu verlieren und daß es angesichts der ungeheuren Not nicht mehr angängig sei, sich diesen Problemen lediglich voller Bedenken und negativer Kritik oder mit leeren Redensarten gegenüberzustellen. Notwendig sei vielmehr, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Ländern, Gemeinden und Gemeindevorständen noch in den nächsten Wochen diese Vorschläge unverzüglich zur Vermeidung der sonst unabwendbaren wirtschafts- und staatspolitischen Gefahren, die bei Fortdauer der bisherigen Arbeitslosigkeit zwangsläufig entstehen müßten.